Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 95. Dienstag, den 28. November 1893. Jahrgang II.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **24. November 1893** unter dem Vorsitze des Vice-Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Die Herren Gem.-Räthe Josef Müller und Dr. Stenzl entschuldigen ihr Ausbleiben wegen Unwohlseins.

2. Das Präsidium des Oberlandesgerichtes hat eine Note an die Gemeinde gerichtet, in welcher es heißt (liest):

„Nachdem die von dem k. k. Ärar für Zwecke des Bezirksgerichtes und der Finanzcassa in Döbling im Hause Or.-Nr. 10 und 12 Theresiengasse daselbst gemieteten Realitäten am 11. d. M. dem k. k. Ärar übergeben worden sind, fühle ich mich angenehm verpflichtet, der Commune Wien für das in dieser Angelegenheit bethätigte bereitwillige Entgegenkommen, für die schöne und zweckmäßige Ausstattung der für die obigen Zwecke gewidmeten Räume den wärmsten Dank im Namen der Justizverwaltung auszusprechen."

Wird zur Kenntnis genommen.

3. Ferner ist eine Zuschrift des Obercuratoriums der Ersten österr. Sparcassa eingelangt, welche lautet (liest):

„Sr. Hochwohlgeboren Herrn Dr. Joh. Nep. Prix, Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien!

Die Direction der Ersten österr. Sparcassa hat in ihrer Vollversammlung vom heutigen Tage beschlossen, aus dem restlichen Reingewinne des Jahres 1892 a) zur Anschaffung und Vertheilung von Winterkleidern an die in Privatpflege befindlichen Waisenkinder Wiens 3000 fl., b) zur Anschaffung und Vertheilung von Brennmateriale an die Armen Wiens 1000 fl., c) zur Vertheilung von Speise-, dann Thee- und Suppenmarken an die Armen Wiens 1000 fl. zu widmen.

Ich beehre mich, Euer Hochwohlgeboren diese Beträge zusammen per 5000 fl. im Anschlusse mit dem höflichen Ersuchen zu übermitteln, dieselben den obigen Zwecken gefälligst zuführen zu wollen.

Wien, am 24. November 1893.

Erste österr. Sparcassa.
Der Obercurator:
Dumba.
Karl Ritter v. Lucam, Referent."

Die Versamlung wird einverstanden sein, dass dem Obercuratorium für diesen neuerlichen munificenten Act der Dank ausgesprochen wird. (Zustimmung. — Gem.-Rath Gregorig: Es gibt keinen Prix als Bürgermeister, was schreiben die zusammen?) Aber ich bitte! (Gem.-Rath Gregorig: So lange er nicht bestätigt ist, gibt es keinen Bürgermeister Prix!) Das ist Sache der Sparcassa-Direction. (Gem.-Rath Gregorig: Das ist unsere Sache.)

4. Von den Erben der verstorbenen Herren Abraham May und Hermann May wurde mir ein Betrag von je 2000 fl., zusammen 4000 fl., zur Vertheilung an Arme in Wien übergeben. (Beifall.)

Den Angehörigen wird der Dank ausgesprochen.

5. Herr Gem.-Rath Trambauer hat an das Präsidium die Anfrage gerichtet: „Ist der Herr Vice-Bürgermeister geneigt, zu veranlassen, dass die Sitzungsberichte des Stadtrathes in detaillierter Weise sofort im nächsten communalen Amtsblatte erscheinen?"

Ich erlaube mir, Folgendes zu bemerken:

Die Protokolle der Stadtraths-Sitzungen werden jedesmal von dem der Sitzung beiwohnenden Präsidialbeamten verfasst, hierauf der Redaction des Amtsblattes übergeben, von dieser zum Drucke befördert, sodann der üblichen Druckcorrectur unterzogen und sohin in das zunächst folgende Amtsblatt eingestellt.

Der Präsidialbeamte kann immer erst nach der betreffenden Sitzung das Protokoll aus seinen Aufzeichnungen verfassen und muss jedes der vorgekommenen Geschäftsstücke im Sinne des Beschlusses, meritorisch und formaliter, seiner Erledigung zuführen.

Bei dem Umstande, als in den meisten Stadtraths-Sitzungen durchschnittlich 50 bis 60, in manchen Sitzungen auch bis 80 Geschäftsstücke zur Discussion gelangen und über dieselben Beschlüsse gefasst werden, ist es wohl erklärlich, dass der betreffende Präsidialbeamte durchschnittlich drei, bei stärkeren Sitzungen auch fünf Tage zur gewissenhaften Bearbeitung dieser Acten, sowie zur Verfassung des Protokolles benöthigt.

Die Drucklegung und Correctur dieses Sitzungsberichtes erfordern ebenfalls einige Tage.

Allein, abgesehen von der physischen Unmöglichkeit, die Berichte über die Stadtraths-Sitzungen sofort nach deren Abhaltung im Amtsblatte der Stadt Wien zu publicieren, muss noch mit Rücksicht auf den heute ohnehin starken Umfang des Amtsblattes, welches vier, fünf und oft auch sechs Druckbogen umfasst, eine gewisse Vertheilung der einzelnen Rubriken getroffen werden, da sonst einzelne Nummern auf zehn und mehr Druckbogen anwachsen würden.

Die Herstellung eines solchen umfangreichen Druckwerkes binnen drei Tagen wäre aber der Druckerei unter den Preisverhältnissen, wie sie für den Druck des Amtsblattes bestehen, kaum möglich und es dürfte auch die k. k. Postverwaltung der continuierlichen Expedition eines so umfangreichen Amtsblattes an die p. t. Abonnenten Schwierigkeiten entgegensetzen.

Im Interesse der Actualität des Amtsblattes und um den gestellten Anforderungen nach Möglichkeit genüge zu leisten, wird die Redaction des Amtsblattes bestrebt sein, jederzeit so rasch als thunlich die einzelnen Rubriken des Amtsblattes zu reproducieren. (Gem.-Rath Gregorig: Wer's glaubt, wird selig.) Aber wozu denn immer diese Unterbrechung? (Gem.-Rath Gregorig: Das ist alles unrichtig!) Die einzelnen Thatsachen sind der Wirklichkeit entsprechend angeführt; dagegen gibt es ja keine Kritik.

6. Herr Gem.-Rath Maresch hat die Anfrage an den Herrn Vice-Bürgermeister gerichtet, „ob er nicht geneigt wäre, zu veranlassen, damit auch die am Galitzynberge gelegenen parcellierten Baugründe der Gemeinde Wien zum Verkaufe bestimmt werden, und dass dies durch eine Ankündigungstafel und in den Amtsblättern dem Publicum zur Kenntnis gebracht wird."

Ich habe die Ehre, Folgendes mitzutheilen:

Die in der Anfrage des Herrn Gem.-Rathes Maresch angeführten, der Gemeinde Wien gehörigen Grundstücke im XVI. Bezirke Ottakring liegen am Abhange des Wilhelminenberges und umfassen die Cat.-Parc. 343/1 am Ende des sogenannten Liebhartsthales und die Cat.-Parc. 345/1 an der Waldstraße nächst der Polizei-Wachstube.

Es wurden seinerzeit von der ehemaligen Gemeinde Ottakring Theile der ursprünglichen Stamm-Parcellen 343 und 345 durch Abtrennung verkauft und die oben bezeichnete Straße zwar auch planmäßig in Projectsform auf Bauparcellen abgetheilt, allein im Grundbuche ist eine Parcellierung nicht ausgezeichnet.

Es müsste daher mit Rücksicht auf die dermalen noch nicht definitiv genehmigten Tracen der Waldstraße und Liebhartsstraße und die Errichtung von je einer Querstraße für die beiden Cat.-Parc. 343/1 und 345/1 eine Baulinienbestimmung erfolgen und auf Grund derselben ein Parcellierungsplan verfasst werden, ehe ein weiterer Verkauf empfohlen werden kann.

Wegen Verfassung dieses Parcellierungsplanes werde ich den entsprechenden Auftrag ertheilen.

Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

7. Herr Gem.-Rath Herold hat eine Interpellation folgenden Inhaltes gestellt: „1. Weshalb ist über das erste Project, betreffend die Erbauung elektrischer Bahnen in Wien, dem Gemeinderathe kein Bericht vorgelegt worden? 2. Gedenkt der Herr Bürgermeister die Verhandlungen so zu beschleunigen, dass zuerst über das Princip, die Bedingungen der politischen und administrativen Vorkehrungen, und in zweiter Linie erst die technischen Details verhandelt und referiert werden?"

Ich habe die Ehre, darauf Folgendes zu erwidern:

Das in Rede stehende Project wurde mit Stadtraths-Bescheid vom 27. Februar d. J. dem Magistrate zur Berichterstattung zugewiesen. Der unterm 1. März d. J. abverlangte Bericht des Stadtbauamtes wurde dem Magistrate am 3. Juni 1893 vorgelegt.

Referent war jedoch nicht in der Lage, hierüber an den Stadtrath zu berichten, weil die Angelegenheit nach seiner Ansicht nicht einseitig behandelt werden konnte, sondern mit der Frage des Ausbaues des Netzes der Wiener Tramway-Gesellschaft in Verbindung gebracht werden musste, selbst wenn auch nur principiell über die vorgeschlagenen Linien mit elektrischem Betriebe mit der Anglo-österreichischen Bank (Hört! links) in eine Verhandlung eingetreten werden sollte.

Die Frage des Ausbaues des Netzes der Wiener Tramway-Gesellschaft bildete jedoch einen Programmpunkt der tagenden Enquête in Tramway-Angelegenheiten und gelangte erst in der letzten Sitzung am 16. November d. J. zur Berathung.

Dass die Ansicht des Referenten keine unmotivierte oder irrige war, dürfte aus dem Umstande erhellen, dass sofort nach der Enquête-Berathung ein Ansuchen der Wiener Tramway-Gesellschaft um Gestattung der probeweisen Einführung des elektrischen Betriebes auf einer Strecke einlief und da diese Berathung weiters ergab, dass sich sowohl die Wiener Tramway-Gesellschaft, als die Neue Wiener Tramway-Gesellschaft mit der Frage des Ausbaues ihres Netzes beschäftigt.

Inzwischen ist vor wenigen Tagen eine das vorgelegte Project erweiternde Eingabe der Anglo-österreichischen Bank eingelangt und es wird über dieses nunmehr erweiterte Project, und zwar im Sinne des Ansuchens und nach den Intentionen des Herrn Interpellanten, zuerst über die allgemeinen Fragen mit aller Beschleunigung berichtet werden, zu welchem Behufe der Act bereits dem Stadtbauamte zur Äußerung zugemittelt wurde.

Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Ich ersuche um Mittheilung der Einläufe.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

8. Anfrage des **Gem.-Rathes Dr. Lueger:**

Mit Vertrag ddto. 26. November und 10. December 1892, Mag.-Z. 205118, welcher zwischen der Gemeinde Wien und der Frau Karoline Gräfin Vecsey v. Hajnacskö bezüglich der Besorgung der Erhaltung, Beleuchtung und Ausschmückung der einfachen Gruft Gruppe XIV, Nr. 83, und der Doppelgruft Gruppe XIV, Nr. 91, am Hietzinger Friedhofe geschlossen wurde, hat die Gemeinde Wien folgende Leistungen übernommen:

a) die Beleuchtung dreier Grablaternen an jedem Allerheiligen- und Allerseelentage sammt Bewachung und Aufbewahrung der von der Partei beigestellten Laternen;

b) die jährlich am Allerheiligentage zu erfolgende Deponierung je dreier von mir beizustellender grüner Kränze auf beiden Grüften;

c) die von sechs zu sechs Jahren zu erfolgende Erneuerung des Ölfarbenanstriches, sowie die Erhaltung und Verkittung der Decksteine und Frischvergoldung der Inschriften der Monumente.

Am 21. November d. J. erhielt nun Herr Dr. Josef Neumayer, Hof- und Gerichtsadvocat in Wien, von seiner Clientin Frau Karoline Gräfin Vecsey folgendes Schreiben —

Wünschen die Herren, dass ich das Schreiben vollinhaltlich verlese? (Rufe: Ja!) Es wird darin gesagt, dass dieser Verbindlichkeit nicht nachgekommen wurde (Gem.-Rath Gregorig: Bitte, nur zu verlesen; das ist sehr wichtig!) (liest):

„Waag-Neustadtl, 23. November 1893.

Lieber Dr. Neumayer!

In einer mir recht peinlichen und eigentlich ganz unfassbaren Angelegenheit muss ich heute Ihre gefällige Intervention mir erbitten.

Sie hatten vor einem Jahre meine Widmung von 1200 fl. in Papierrenten an die Wiener Gemeinde behufs der Erhaltung von zwei Grüften auf dem Hietzinger Friedhofe, dann deren übliche (am Allerseelentage) Ausschmückung und Beleuchtung rc. durchgeführt.

Der diesbezügliche Vertrag mit der Wiener Gemeinde in bezüglicher Abschrift folgt hier anbei zu Ihrer Einsicht.

Vor Abschluss obiger Widmung ließ ich im Herbste 1892 diese beiden Grüfte noch vollkommen restaurieren und in Ordnung herstellen und besorgte noch aus eigenem die Allerheiligen- und Allerseelen-Obliegenheiten dieses Jahres 1892.

Jetzt zu Ende October war ich der festen Überzeugung, dass von Seite der Wiener Gemeinde diese stipulierte Obliegenheit für obige Gedenktage 1893 auch besorgt werden würde, umsomehr, als die einjährigen Coupons der Widmungspapiere per 50 fl. bereits erwiesen hatten und die Auslagen der sehr bescheidenen Ansprüche für die Ausschmückung der zwei Grüfte weitaus zu decken vermochten. Zu meiner unbeschreiblichen Überraschung musste ich aber jetzt nach Allerseelen erfahren, dass von Seite der Gemeinde absolut keinerlei Sorge getroffen worden war, ihre diesbezügliche Verpflichtung zu erfüllen.

Ohne der pietätsvollen Anstalten meiner Wiener Angehörigen wären diese beiden Grüfte jetzt verwaist dagestanden, an den Tagen, wo die einfachsten, ärmsten Leute ihren Todten eine Erinnerung weihen.

Meine ausdrückliche Bitte, lieber Dr. Neumayer, ist es nun, dass Sie gefälligst auf kürzestem Wege die Sache bei der Wiener Gemeinde vorbringen mögen und mir baldigst Nachricht geben.

Welche Gewähr hätte ich für die Zukunft, wenn schon im ersten Jahre eine derartige Vernachlässigung stipulierter Pflichten stattfinden konnte?

Seit dem Tode vor 18 Jahren meiner in einer der betreffenden Grüfte ruhenden Schwester Marie Gräfin Vecsey, k. k. Hofdame, hat deren erlauchter ehemaliger Zögling, Erzherzog Ludwig Victor, Bruder Seiner Majestät des Kaisers, an keinem Allerseelentage verabsäumt, einen Kranz auf der Ruhestätte seiner unvergesslichen Jugendhüterin niederzulegen, und was ich für die abgeschiedenen Lieben, meinen theueren Vater, General der Cavallerie August Graf Vecsey, und die selige Schwester Marie für ewige Zeiten sichern wollte, finde ich unbeachtet trotz aller Vorkehrungen.

Um Retournierung der Widmungsschrift u. s. w.

Karoline Gräfin Vecsey m. p.

Gegenwärtige Zeilen können Sie ohneweiters an betreffender Stelle einsehen lassen. Erkundigungen, die ich auch in Hietzing nachträglich vornehmen ließ, bestätigten vollkommen die Nichteinhaltung des Vertrages zur Zeit des heurigen Allerseelentages 1893."

Ich habe diesem Schreiben nichts beizufügen. Wenn die in demselben aufgestellten Behauptungen richtig sind, dann liegt eine ganz unglaubliche Pflichtvernachlässigung vor.

Es liegt nicht bloß im Interesse der Stifter, sondern im allgemeinen Interesse, dass öffentlich die nöthigen Garantien dafür geboten werden, dass derartige Verpflichtungen der Gemeinde auch wirklich erfüllt werden.

Aus diesem Grunde erlaube ich mir, folgende Fragen zu stellen:

1. Sind die in dem citierten Schreiben der Frau Karoline Gräfin Vecsey gemachten Mittheilungen richtig?

2. Wenn ja, wer ist der Schuldtragende und welche Genugthuung gedenkt man zu geben?

3. Wenn ja, welche Maßregeln wird der Herr Vice-Bürgermeister treffen, um eine derartige Verletzung der der Gemeinde Wien obliegenden Vertragspflichten hintanzuhalten?

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich habe die Ehre, hierauf Folgendes zu erwidern:

Mit dem Magistrats-Decrete vom 10. Jänner 1893, Z. 238738, wurde der Todtengräber des Hietzinger Friedhofes, Georg Kolarz, beauftragt, die von der Gemeinde Wien vertragsmäßig übernommenen Leistungen bezüglich der Ausschmückung und Beleuchtung der Doppelgruft des Herrn August Grafen Vecsey v. Hajnacskő und der einfachen Gruft der Frau Marie Gräfin Vecsey v. Hajnacskő zu besorgen.

Dieses Decret ist dem genannten Todtengräber zugestellt und unter seinen Schriften vorgefunden worden.

Der Todtengräber Georg Kolarz ist bereits seit Juni d. J. schwer krank (leberleidend) und werden die Todtengrabergeschäfte von der Gattin desselben mit vier ständig in diesem Friedhofe beschäftigten Todtengrabergehilfen besorgt.

Im Sommer und zu Allerheiligen werden mit Rücksicht auf das Erfordernis noch Aushilfs-Gärtnergehilfen verwendet.

Nach dem Vertrage waren im Jahre 1893 folgende Leistungen zu besorgen:

1. Deponierung von je drei grünen Kränzen auf beiden Grüften;

2. die Beleuchtung der Doppelgruft mit zwei Ständerlaternen und der einfachen Gruft mit einer Hänglaterne.

Auf Grund der am 23. November d. J. gepflogenen Erhebung ist constatiert, dass außer übrigen auch je ein Kranz aus grünen Blättern und ein solcher mit einigen Blumen durchzogener Kranz auf beiden Grüften deponiert wurde, und zwar liegt der ersterwähnte Kranz auf der vorderen Gruftdeckplatte, der letztbezeichnete auf der Mitteldeckplatte.

Die Frau des Todtengräbers behauptet, den Auftrag gegeben zu haben, auf die vorbezeichneten zwei Grüfte je zwei grüne Kränze zu legen; ob diesem Auftrage entsprochen, beziehungsweise ob die vorerwähnten noch heute auf den beiden Grüften befindlichen Kränze dieselben sind, welche über ihren Auftrag daselbst deponiert wurden, kann dieselbe nicht bestimmt angeben, respective beweisen, weil die Aushilfsgärtner nicht mehr im Dienste sind.

Den Vertragsbestimmungen wäre wohl in keinem Falle entsprochen, weil auf jede Gruft drei grüne Kränze hätten deponiert werden sollen.

Zu ihrer Rechtfertigung führt die Frau des Todtengräbers an, sie sei einerseits durch die Krankheit ihres Gatten, andererseits durch die vielen anderen Arbeitsleistungen gerade zu Allerheiligen so aufgeregt gewesen, dass ein etwaiges Übersehen möglich gewesen wäre.

Die Beleuchtung der beiden Grüfte zu Allerheiligen und Allerseelen wurde jedoch, wie erhoben wurde, ordnungsmäßig ausgeführt.

Ad 1. Es sind daher die in dem Schreiben der Frau Karoline Vecsey gemachten Mittheilungen wenigstens insoweit richtig, als nicht drei grüne Kränze auf die beiden Grüfte deponiert worden sind.

Ad 2. Der Schuldtragende ist der Todtengräber Georg Kolarz, welcher diesfalls genaue Weisungen erhielt, beziehungsweise dessen Frau.

Mit Rücksicht auf vorstehende Umstände erhält der Todtengräber aus den Zinsen des gewidmeten Capitales pro 1893 nur den für die Beleuchtung mit drei Laternen an zwei Tagen entfallenden Betrag per 6 fl., während der Restbetrag dieser Zinsen dem Vertreter der Frau Karoline Gräfin Vecsey zurückgestellt wird.

Ad 3. Es wurden von Seite des Sanitätsdepartements auf allen zugewachsenen Friedhöfen nach Thunlichkeit Revisionen vorgenommen und hiebei auch stichprobenweise jene Gräber oder Grüfte, für deren Ausschmückung oder Beleuchtung seinerzeit bei den ehemaligen Vorortegemeinden Widmungscapitalien erlegt worden sind, besichtigt und bezüglich der ordnungsmäßigen Ausführung controliert.

Mit Rücksicht auf den vorliegenden speciellen Fall werden die bisherigen Grüfte bezüglich der ordnungsmäßigen Ausführung der vertragsmäßig übernommenen Leistungen in besondere Vormerkung genommen.

Ich kann noch mittheilen, dass aus Anlass dieses speciellen Falles noch ein specieller strenger Auftrag ergangen ist (Gem.-Rath Hawranek: Das ist nothwendig!), über dessen Ausführung die Herren seinerzeit Nachricht erhalten werden.

Ich bitte, fortzufahren.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

9. Interpellation des **Gem.-Rathes Heiler:**

Nachdem meine an den Herrn Bürgermeister am 29. September d. J. gerichtete Interpellation, betreffend die Überwachung der Gemeindeanstalten, nicht in klarer und unzweideutiger Weise beantwortet wurde, sehe ich mich veranlasst, den Herrn Bürgermeister höflichst zu ersuchen, über nachstehende Fragen eine genaue und deutliche Auskunft ertheilen zu wollen:

1. Mit welcher Aufgabe wurde das vom Stadtrathe am 13. November 1891 eingesetzte Comité zur Aufsicht über die Vermögensverwaltung der Gemeindeanstalten betraut? Hatte dieses Comité die Beaufsichtigung der städtischen Anstalten im Sinne des § 71 des Statutes selbst vorzunehmen, oder hatte dasselbe bloß ein Elaborat über die Durchführungsmodalitäten der vom Stadtrathe auszuübenden Aufsicht vorzulegen?

2. Sollte das letztere der Fall gewesen sein, so erlaube ich mir die weitere Anfrage,

a) wieso es kommt, dass das bereits vor zwei Jahren gewählte Comité ein für die Vermögensverwaltung der Commune so hochwichtiges Referat bis heute noch nicht erledigt hat?

b) in welcher Art und Weise der Stadtrath seit seiner Constituierung die ihm laut § 71 des Statutes übertragene verantwortungsvolle Aufsicht der Gemeindeanstalten ausgeübt hat? und

c) ob über die diesbezüglich von den controlierenden Stadtrathsmitgliedern gemachten Wahrnehmungen betreffs der Verwaltung der Gemeindeanstalten schriftliche Berichte vorliegen (damit sind die Berichte der Scontrierungs-Commissionen gemeint), und ob der Herr Bürgermeister geneigt ist, dieselben zur Kenntnis des Gemeinderathes zu bringen?

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich werde die Ehre haben, diese Interpellation in der nächsten Sitzung zu beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

10. Interpellation des **Gem.-Rathes Sauerborn:**

Gegenüber den Bewerbern um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband wird in jüngster Zeit ein Vorgang beliebt, welcher geradezu unglaublich ist. Im April d. J. suchte der Brantwein-Verschleißer Albert Kohlruß, X. Bezirk, Wielandplatz Nr. 12, um die Verleihung der Zuständigkeit an. Nach Beendigung der gepflogenen ämtlichen Erhebungen wurde Gesuchsteller vom Stadtrathe in der Sitzung vom 15. September abgewiesen. Dessenungeachtet musste er am 29. September über Aufforderung des magistratischen Bezirksamtes X. Bezirk die entfallende Zuständigkeitstaxe im Betrage von 54 fl. 10 kr. zahlen. (Rufe links: Unglaublich!) Selbstverständlich war er nun der Meinung, dass sein Ansuchen bewilligt sei. Am 11. November wurde er abermals zum magistratischen Bezirksamte beschieden, wo er den Bescheid erhielt, sein Gesuch sei in der Sitzung vom 15. September vom Stadtrathe abgewiesen worden. Der bereits vor sechs Wochen erlegte Betrag von 54 fl. 10 kr. wurde ihm abzüglich einer Gebür von 1 fl. 10 kr. (Gem.-Rath Hawranek: Niederträchtig!) zurückgestellt. Die Gründe, warum die Abweisung erfolgte, theilte man ihm nicht mit.

Ebenso ergieng es dem Baupolier Jakob Kolba, X. Bezirk, Waldgasse Nr. 3, dessen Abweisung einigermaßen befremden muss. Derselbe befindet sich schon seit 30 Jahren in Wien, X. Bezirk, seit 20 Jahren in einem und demselben Dienste, ist als anständiger, ruhiger, in geordneten Verhältnissen lebender Mann bekannt und geachtet, welcher noch nie den geringsten Anstand hatte.

Derselbe ersuchte am 3. April d. J. um die Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband an und wurde in der Stadtraths-Sitzung vom 15. September abgewiesen. Dennoch musste er über Auftrag des magistratischen Bezirksamtes für den X. Bezirk am 29. September die Zuständigkeitstaxe von 29 fl. 10 kr. (Gelächter links) bezahlen. Am 9. November wurde ihm das Geld mit dem Bescheide zurückgestellt, sein Ansuchen sei vom Stadtrathe in der Sitzung vom 15. September abgewiesen worden. Die Gründe wurden ihm nicht bekanntgegeben, dafür musste er aber ebenfalls eine Gebür von 1 fl. 10 kr. bezahlen. (Rufe links: Merkwürdig!) Dass ein solcher Vorgang geeignet ist, das ohnehin gesunkene Vertrauen der Bevölkerung gänzlich zu erschüttern (Gem.-Rath Gregorig: Die hat überhaupt keines mehr!), kann gewiss nicht bestritten werden. Ich erlaube mir daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, sich über diese Vorgänge die nöthige Aufklärung zu verschaffen und zu veranlassen, dass solche Irrthümer nicht mehr vorkommen. (Gem.-Rath Gregorig: Das ist die liberale Wirtschaft!)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich werde Erhebungen pflegen lassen und die Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

11. Antrag des **Gem.-Rathes Becker** und Genossen:

Seitdem im V. Bezirke, Neumargarethen, auf den Bürgerspitalgründen an der Südbahn gelegen, von der Neudorfer Dampftramway eine Station erbaut wurde, ist dadurch eine gut fahrbahre, der Südbahn gehörige, den Verkehr zwischen Neumargarethen und der Südbahn fördernde Straße, das sogenannte Frachtenstraßel, verloren gegangen.

Es wurde, gewissermaßen zum Ersatze dieses, die Wolfganggasse über die Matzleinsdorferstraße an Dungls Gasthaus entlang bis zur Südbahn, recte Dammstraße, geöffnet, jedoch nicht fahrbar gemacht; selbe ist nur mit dem untauglichsten Rundschotter nothdürftig bestreut, und es ist grauenhaft anzusehen, wie sich Menschen und Vieh martern, um auf dieser Straße mit einem Fuhrwerke vorwärts zu kommen, und geht dies nur ruckweise unter beständigem Schlagen und wieder Rastenlassen der Pferde.

Zur weiteren Kenntnis bringe ich noch, dass diese dem Verkehre übergebene, sagen wir verlängerte Wolfganggasse, 2 m hoch aufgeschüttet, bis heute noch ohne Geländer und Beleuchtung ist, was den Verkehr auf dieser Straße für den, der sich am Abend auf selbe wagt, zu einem halsbrecherischen macht, noch außer den angeführten Fährlichkeiten für das Fuhrwerk.

Weil nun diese verlängerte Wolfganggasse für den Verkehr Neumargarethens von und zur Südbahn unbedingt nothwendig ist, so wird Folgendes beantragt:

1. Die Wolfganggasse sei von der Matzleinsdorferstraße, sage von Dungls Gasthaus an bis an die Südbahn, recte Dammstraße, wenn selbe von der Gemeinde noch nicht übernommen, von dieser sofort in eigene Regie zu übernehmen;

2. soll die Straße zur Beleuchtung Gas oder Petroleum erhalten;

3. mit dem dringend nothwendigen Geländer versehen werden;

4. unumgänglich nothwendig ist es, dass diese Straße mit Kalkstein geschottert und gewalzt wird.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wird geschäftsordnungsmäßig behandelt werden.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

12. Antrag des **Gem.-Rathes Schlögl** und Genossen:

In der Gemeinderaths-Sitzung vom 14. November 1893 wurde von mir der Wunsch ausgesprochen, es sollen die abgestorbenen Bäume im XV. Bezirke, Henriettenplatz, durch gesunde ersetzt werden; nachdem aber wahrscheinlich dieser Wunsch nicht die gebürende Würdigung findet, so stelle ich folgenden Antrag:

Es mögen die dort befindlichen abgestorbenen Bäume sofort durch gesunde kräftige ausgewechselt werden.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

13. Antrag des **Gem.-Rathes Rauscher** und Genossen:

In Erwägung, dass bisnun seitens der berufenen Organe für das Sanitätspersonale (Sanitätsaufseher) nichts Endgiltiges beschlossen wurde, um dasselbe aus dem Stande „städtischer Tagelöhner" emporzuheben;

in weiterer Erwägung, dass (dem Vernehmen nach) seitens der hohen k. k. Statthalterei eine definitive, mit Beeidigung verbundene Anstellung des genannten Personales gewünscht wird;

in schließlicher Erwägung, dass die bisherigen provisorischen Kräfte mit erhöhter Berufstreue und mit gesteigerter Amtsliebe thätig sein werden, wenn sie wissen, dass bei Erlangung des Definitivums — selbst bei Belassung ihrer jetzigen Bezüge — für sie im Falle der Dienstuntauglichkeit, sowie nach ihrem Ableben für ihre Witwen und Waisen durch die Gemeinde gesorgt ist, stellen die Gefertigten den Antrag:

Es sei dem Sanitätspersonale des Wiener Magistrates die definitive Anstellung zuzusprechen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Diese Anträge gehen zur Vorberathung an den Stadtrath.

Wir übergehen zur Tagesordnung. Zum Referate bitte ich Herrn Dr. v. Billing.

14. Referent Gem.-Rath Dr. v. Billing: Zunächst habe ich die Ehre, über Subventionen zu referieren, welche von Seite des Gemeinderathes Vereinen und Corporationen gewährt werden sollen, die es sich zur Aufgabe machen, arme Schulkinder zu Weihnachten mit Kleidern, Schuhen oder in anderer Weise zu beschenken. Es liegt den Herren eine diesbezügliche Druckforte unter Nr. 209 vor.

Ich erlaube mir vorerst Folgendes zu bemerken: Die Gemeinde subventioniert schon seit einigen Jahren derlei Vereine, welche den oben bezeichneten Zweck verfolgen. Es sind sowohl Vereine aus den Bezirken I bis X als auch — seit der Vereinigung der Vororte mit Wien — solche aus den früheren Vororten um Subventionierung eingeschritten. Die Erledigung dieser Gesuche hat bisher immer von Fall zu Fall stattgefunden. Es kamen ein oder zwei derartige Gesuche im Stadtrathe oder im Gemeinderathe zum Vortrage. Dadurch wurden nun manche Missstände hervorgerufen, weil einerseits die Übersicht über die Zahl dieser Vereine, sowie auch über diejenigen Beträge, die gewidmet und bewilligt worden sind, vollständig mangeln, und man andererseits sich auch nicht ein richtiges Urtheil darüber zu bilden in der Lage war, ob die bewilligten Beträge im Vergleiche der Leistungen der Vereine untereinander angemessen erscheinen.

Es hat daher der Magistrat schon im vorigen Jahre den Auftrag erhalten, er möge einen Bericht erstatten und Anträge stellen bezüglich einer Regelung der Subventionierung dieser Vereine, damit denn doch ein gewisses System, ein gewisser leitender Gedanke zum Durchbruche komme. Leider hat der Magistrat diese Anregung ziemlich lange, nahezu zehn Monate, unerledigt gelassen und es ist als einzige Frucht dieses Auftrages zu verzeichnen, dass der Magistrat im Laufe dieses Jahres, allerdings auch sehr spät, mit einem Verzeichnisse hervorgetreten ist, in welchem, wenn dasselbe auch nicht vollständig war, dem Stadtrathe eine Übersicht derjenigen Vereine, welche im vorigen Jahre bedacht wurden, zur Kenntnis gebracht wurde. Dadurch wurde dem Stadtrathe allerdings wenigstens die eine Überzeugung geboten, dass in der That die Betheilung dieser Vereine an einer Systemlosigkeit, an dem Mangel an leitenden Gedanken leidet und dass denn doch in Zukunft ganz entschieden eine Regelung dieser Verhältnisse eintreten müsse, eine Regelung, welche sich nicht nur darauf zu beschränken haben wird, dass man überhaupt fixe Beträge ausspricht, sondern dass weiterhin alle jene Erhebungen gepflogen werden, welche nothwendig sind, um sich über die Leistung eines Vereines ein vollständig klares Bild zu machen, also über die Anzahl der Mitglieder, die Anzahl der betheilten Kinder, den Umfang der Betheilung, die Anzahl der Competenzgesuche u. s. w. Alle diese Momente werden zusammengefasst werden müssen, um dann für jeden Verein dasjenige, was ihm auch wirklich aus Billigkeitsrücksichten gebürt, bemessen zu können.

Diese Regelung aber jetzt, vom Tage der Zutheilung des Referates an den Referenten, bis zu Weihnachten durchzuführen, erschien dem Stadtrathe ein Werk der Unmöglichkeit, und so ist der Stadtrath in die auch von ihm bedauerte Lage versetzt, an Sie mit dem Antrage herantreten zu müssen, diejenigen Vereine, welche bisher eingeschritten sind — das Verzeichnis nennt Ihnen die Namen derselben — und deren Gesuche wegen der abgeschlossenen Vorerhebungen erledigt werden können, heuer noch mit demselben Betrage zu bedenken, welchen sie im Vorjahre erhalten haben, und zwar aus dem Grunde, weil eine durchgreifende Regelung jetzt absolut nicht möglich ist, im Verlaufe des nächsten Jahres aber unbedingt durchgeführt werden wird. Es hat der Magistrat diesfalls bereits vom Stadtrathe die nöthigen Weisungen bekommen. Aber auch nur eine einzige Veränderung in der Liste, wie sie vorliegt, würde die traurige Folge haben, dass auch andere Veränderungen durchgeführt werden müssten, wodurch aber auch kein System in die Sache käme, sondern nur ein Präjudiz geschaffen werden würde, welches die Regelung nur zu erschweren imstande wäre.

Ich habe daher die Ehre, im Namen des Stadtrathes an Sie die Bitte zu richten, nachbenannten Vereinen, beziehungsweise Corporationen die im Vorjahre von Seite des Gemeinderathes bewilligten Subventionen wieder zu bewilligen, und zwar zuerst dem im II. Bezirke befindlichen humanitären Vereine „Leopoldstädter Kinderschutz" im Betrage von 50 fl., dem „Leopoldstädter Humanitäts-Vereine" im Betrage von 100 fl., dem humanitären Vereine „Kaisermühlen" einen Betrag von 50 fl.; für den Leopoldstädter Verein „Kinderfreunde" 50 fl. — das ist ein Verein, der im Vorjahre noch nicht betheilt war . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (unterbrechend): Ich erlaube mir an die Versammlung die Frage zu richten, ob es sich nicht vielleicht als zweckmäßiger empfehlen wird, dass wir bezirksweise vorgehen, so dass die Vereine, welche sich in einem Bezirke befinden, gesondert erledigt werden. (Rufe: Bezirksweise! In Bausch und Bogen! Gem.-Rath Dr. Klotzberg: En bloc!) Ich bitte, ich kann ja nicht zwei Anträge auf einmal zur Abstimmung bringen. (Rufe links: Wir haben den Antrag nicht verstanden!) Ich bitte, wir können auf zweierlei Art vorgehen. Entweder so, dass der Herr Referent sämmtliche Anträge, das sind also die Anträge mit sämmtlichen Ziffern, zur Verhandlung bringt, und dass dann die Debatte über alle geführt wird, oder aber in der Weise, dass immer die Vereine je eines Bezirkes zum Vortrage gebracht werden, und die Debatte über den einzelnen Bezirk geführt wird.

Gem.-Rath Herold (zur Geschäftsordnung): Ich erlaube mir die En bloc-Annahme der Vorlage zu beantragen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Das geht nur vorbehaltlich derjenigen Punkte, zu welchen nicht das Wort gewünscht oder Anträge gestellt werden.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Ich glaube, wir kommen am kürzesten zum Ziel, wenn wir bezirksweise vorgehen. Ich empfehle diesen Vorgang aufs wärmste, weil es anders nicht möglich ist, eine Debatte, wenn eine solche entsteht, zu leiten. Es wird dann über den III., IV. und V. Bezirk u. s. w. gesprochen werden. Es entsteht ein Durcheinander und man bekommt absolut keine Klarheit.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg (zur Geschäftsordnung): Der Herr Referent hat uns erklärt, dass diese Dotationen einer gründlichen Revision unterzogen werden sollen und hat gleichzeitig an die Versammlung appelliert, in diesem Jahre die Dotationen in dieser Weise zu bewilligen, wie es von Seite des Referenten vorgetragen wird. Ich erlaube mir, die En bloc-Annahme zu beantragen. (Rufe: Das geht nicht!)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich bitte, die En bloc-Annahme kann nur beschlossen werden vorbehaltlich des Rechtes

jedes einzelnen Gemeinderathes, zu den einzelnen Positionen Anträge zu stellen. Die Herren, welche in diesem Sinne mit der En bloc-Behandlung einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität. — Angenommen.

Ich werde also fragen, ob ein Mitglied zu den einzelnen Positionen das Wort wünscht, und diejenigen Positionen, wo das Wort nicht gewünscht wird, werden en bloc zur Abstimmung gebracht werden.

Wünscht jemand bezüglich des II. Bezirkes das Wort?

Gem.-Rath Tomola: Ich wollte im allgemeinen eine Bemerkung machen, ist das nicht gestattet?

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich bitte, diese Bemerkung bei dem Bezirke, wo Sie es für nothwendig halten, anzubringen.

Gem.-Rath Stehlik: Ich hätte auch gerne im allgemeinen gesprochen. Wie können Sie beim XV. Bezirke 1000 fl. bewilligen? Das ist eine Ungerechtigkeit.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Sie werden bei der betreffenden Position in der Lage sein, diese Bemerkung zu machen.

Zum II. Bezirke wünscht niemand das Wort. Ich erkläre diesen Antrag für angenommen.

Referent: Im III. Bezirke erscheint der „Verein zur Bekleidung armer Schulkinder im III. Bezirke" mit 100 fl. und der „Verein zur Bekleidung und Unterstützung armer und würdiger Schüler der Doppel-Volksschule III., Schulgasse 3", mit 50 fl.; letzterer ist als neu dazugekommen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? — Angenommen.

Referent: Im V. Bezirke erscheint der „Margarethener humanitäre Nikolobrüder-Verein" mit 50 fl.

Gem.-Rath Strobach: Ich erlaube mir, an den Herrn Referenten die Anfrage, um welchen Betrag der humanitäre Nikolobrüder-Verein angesucht hat?

Referent: Er hat um den Betrag von 100 fl. angesucht, hat im vorigen Jahre 50 fl. erhalten, und das war auch der Grund, warum er vom Stadtrathe wieder mit 50 fl. in Antrag gebracht wird.

Gem.-Rath Strobach: Dieser Verein hat voriges Jahr 63 Kinder angezogen, was ungefähr einen Kostenaufwand von 1000 fl. erforderte. Im heurigen Jahre werden 70 Kinder angezogen, was ungefähr 1100 fl. kosten wird. Ich möchte bemerken, dass heute bereits mehr als 150 Gesuche armer Eltern vorliegen, welche bitten, dass ihre Kinder betheilt werden.

Ich will nicht auf andere Bezirke, so auf den XV. Bezirk mit 1000 fl. hinweisen. Ich möchte aber anführen, dass im V. Bezirke zwei analoge Vereine ebenfalls mit je 100 fl. betheilt wurden. Nachdem im V. Bezirke thatsächlich eine Masse armer Leute und Kinder sind, würde ich mir den Antrag zu stellen erlauben, dass der humanitäre Nikolobrüder-Verein mit dem angesuchten Betrage von 100 fl. betheilt werde. Ich würde die verehrten Herren, auch von der anderen Seite, bitten, meinen Antrag zu unterstützen.

Referent: Ich zweifle gar nicht an der ausgezeichneten Wirksamkeit dieses Vereines und würde, wenn es auf mich ankäme, ganz gewiss bezüglich der 50 fl. kein Wort verlieren, zumal diese 50 fl. im Budget der Stadt Wien keine Revolution hervorbringen. Allein, wenn Sie bei einem Vereine anfangen, müssen Sie consequenterweise auch bei anderen Vereinen Gerechtigkeit üben. So bemerke ich, dass der Verein unter Nr. 8 ebenfalls den Betrag von 1174 fl. vertheilt und 60 Kinder damit beschenkt, der Verein sub Post 9 hat 1094 fl. verausgabt und 72 Kinder bekleidet, der sub Post 21 hat 912 fl. vertheilt und 90 Kinder bedacht und alle diese Vereine erhalten auch nur 50 fl. Sie sehen, wohin man kommen würde, wenn man in die jetzige Unordnung eine noch größere Bresche schießt. Ich bitte daher dringlichst, an dem status quo, so wenig er auch den jetzigen thatsächlichen Verhältnissen entspricht, nicht zu rütteln, sonst kämen wir dahin, dass man alles ändert, dabei aber doch keinen leitenden Gedanken in die ganze Sache bringt.

Ich bitte daher, diesen Antrag abzulehnen.

Gem.-Rath Becker: Ich hätte das Wort nicht ergriffen, aber ich war der Meinung, dass der Nikolo-Verein bestimmt 100 fl. bekommen wird. Es wundert mich nur, dass die anderen Vereine, die im vorigen Jahre auch angesucht haben, 100 fl. bekommen und heute noch eine Subvention wollen. (Referent: Sie haben noch nicht angesucht!) Im vorigen Jahre wurden diesem Humanitätsvereine 50 fl. bewilligt, später haben die anderen Vereine je 100 fl. bekommen. Warum nicht gleiches Recht? Beide haben doch den gleichen Zweck. Sie streben bloß an, dass die armen Kinder angezogen werden, und dahier sind die allerärmsten Kinder. Aber ich weiß, warum der Nikolo-Verein weniger bekommt, weil er zufällig ein confessioneller Verein ist, der nur christliche Kinder bekleidet. Ist das ein Verhältnis, dass man ihm die Hälfte gibt? Ich weiß, das gute Wienerherz spendet, und wenn Sie wirklich ehrlich denken, so müssen Sie sagen: Das ist ein confessioneller Verein, geben wir dem im Verhältnisse wie den anderen. Die anderen Vereine haben, der eine zwei, der andere drei nichtchristliche Kinder zu betheilen. Also geben Sie ihm 90 fl. oder ziehen Sie ihm meinetwegen 7 fl. ab. Das thun Sie aber nicht, Sie geben ihm bloß die Hälfte. Unlängst erst ist ein vielfacher Millionär gestorben, ein gerechter Mann. Er hat 5000 fl. für Arme gegeben, die Hälfte für die christliche Confession, die Hälfte für die israelitische Confession. Ich respectiere das, das ist ganz schön. Hier aber bekommen 93 Christen soviel wie 7 Nichtchristen. Das Verhältnis ist hergestellt. Also geben Sie ihm 93 fl. und ich bin zufrieden. Die anderen, die später kommen, kriegen doch auch 100 fl., nur dieser Verein bekommt 50 fl. Seien Sie gerecht, ich verlange nicht mehr als Gerechtigkeit. Was ich gewünscht habe, ist die volle Gerechtigkeit.

Gem.-Rath Strobach: Ich möchte darauf aufmerksam zu machen mir erlauben, dass das, was der Herr Referent ausgeführt hat, nicht stichhältig ist. Er hat Vereine genannt, welche nur 50 fl. bekommen; allein, diese haben nur um 50 fl. angesucht. Es ist daher begreiflich, dass ihnen nicht mehr bewilligt wurde. Ich bitte also, diesem Vereine 100 fl. zu geben, weil die zwei anderen Vereine ebenfalls soviel bekommen. Ich würde bitten, bei diesem Vereine keine Ausnahme zu machen.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ich habe schon früher, als ich die En bloc-Annahme beantragte, hervorgehoben, dass ja nach Aussage des Herrn Referenten im nächsten Jahre eine Regulierung dieser Dotationen platzgreifen soll.

Ein Herr Vorsprecher hat erklärt, dass dieser Verein aus dem Grunde nur 50 fl. bekommt, weil er das Unglück hat, ein confessioneller zu sein. Ich möchte besonders hervorheben, dass im IX. Bezirke ein Verein besteht, welcher 62 Kinder ohne Unterschied der Confession betheilt und dessenungeachtet auch nicht mehr als 50 fl. bekommt. Der Verein hat nicht um eine bestimmte Summe angesucht; ich würde das für nicht richtig, ich möchte fast sagen, für anmaßend erachten. Ein Verein hat überhaupt nur um eine Sub-

vention anzusuchen. Damit also der allgemeinen Regulierung der Subventionen nicht vorgegriffen werde, möchte ich bitten, 50 fl. zu bewilligen; nächstes Jahr kann man ja nach Bedürfnis und Gestalt der Verhältnisse mehr geben.

Gem.-Rath Bärtl: Meine Herren! Ich werde den Antrag des ersten Herrn Vorsprechers unterstützen. Das Motiv, welches der Herr Referent angegeben hat, dass der Verein im Vorjahre auch nur 50 fl. bekam und der Stadtrath deshalb wieder nur 50 fl. beantragt, kann für uns nicht maßgebend sein.

Der Herr Antragsteller hat schon ausgeführt, dass heuer mehr Kinder bekleidet werden, und was kann man denn viel mit 50 fl. oder selbst mit 100 fl. anfangen?

Ich bin zwar nicht in diesem Bezirke, aber ich habe nur Schönes und Gutes von diesem Vereine gehört; die Armut im V. Bezirke mehrt sich auch und es giebt keinen zweiten Bezirk, wo sie so stark vorhanden wäre. Wenn der Herr Vorsprecher sagt, ein Verein im IX. Bezirke betheilt 65 Kinder und bekommt auch nur 50 fl, so ist das ja möglich, vielleicht sind mehr Wohlthäter in diesem Bezirke, aber maßgebend ist, dass der V. Bezirk wirklich arm ist, und dass dieser Verein heuer mehr Kinder bekleiden wird. Man sollte also auch wirklich diese 50 fl. mehr bewilligen und ich ersuche Sie daher, dem Antrage des ersten Herrn Vorsprechers zuzustimmen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich hätte mich nicht zum Worte gemeldet, wenn nicht Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg gegenüber dem Vereine einen Ausdruck gebraucht hätte, den ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen muss. Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg hat von einer Anmaßung des Vereines gesprochen und gesagt, der Verein habe anmaßend gehandelt. Nun erlaube ich mir, Ihnen Folgendes mitzutheilen:

Als diesem Vereine im Vorjahre 50 fl. gegeben wurden und den beiden anderen Vereinen in demselben Bezirke je 100 fl., so hat er sich an mich mit der Frage gewendet, warum das geschieht. Ich habe ihm darauf eine Antwort gegeben, die ich hier nicht wiederholen werde, aber ich habe gesagt, suchen Sie direct um 100 fl. an, weil man hier wiederholt gefragt hat, um was sucht denn eigentlich der Verein an?

Was soll denn ein solcher Verein thun? Nennt er eine bestimmte Summe, so sagt Herr Dr. Klotzberg, er sei anmaßend, und nennt er keine Summe, so sagt der Herr Referent, ja, es steht gar nichts im Gesuche, wie viel der Verein will! Ich bitte also, doch nicht mit solchen Worten herumzuwerfen. Dieser Verein ist nicht anmaßend, er recrutiert sich gerade aus dem ärmsten Theile der Bevölkerung von Margarethen und ist ein Verein, der nicht genug zu loben und zu preisen ist; man muss seine Wirksamkeit nur kennen, um zu wissen, was dieser Verein leistet.

Einen solchen Verein anmaßend zu nennen, das übersteigt wirklich alle Grenzen und muss mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg hat in seinem ganzen Leben noch nicht das geleistet, das dieser angeblich anmaßende Verein vielleicht in einem Jahre leistet. (Unruhe.) In dieser Weise darf man nicht vorgehen, und ich muss mir schon erlauben, Leute, welche sich wirklich in ganz unglaublicher Weise um die armen Kinder bemüht haben, hier gegenüber einer solchen Grobheit in Schutz zu nehmen. (Unruhe rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich bitte allerseits um Mäßigung. Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet, der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Ich habe schon erwähnt, dass heuer alle diese Unterschiede zurücktreten müssen und für mich liegt gar kein anderer Grund vor, stricte auf dem Stadtraths-Antrage zu bestehen, als dass sonst dadurch Präjudize provociert würden, die die ganze geplante Regelung erschweren, ja undurchführbar machen. Im nächsten Jahre wird dem Vereine ja sein Recht werden, ich muss Sie aber dringendst bitten, wenn Sie nicht voraussichtlich nicht nur den heutigen, sondern vielleicht noch einen zweiten Abend damit verbringen wollen, in dieser Richtung kein Präjudiz zu schaffen und den Gegen-Antrag abzulehnen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Es sind zwei Anträge gestellt worden; der Herr Referent beantragt, dem Margarethener humanitären Nikolobrüder-Vereine eine Subvention von 50 fl. zu bewilligen.

Dem gegenüber hat Herr Gem.-Rath Strobach beantragt, diese Subvention mit 100 fl. zu bestimmen. Diesen Antrag bringe ich zuerst zur Abstimmung und bitte jene Herren, welche für eine Subvention von 100 fl. sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Nun bitte ich jene Herren, welche für eine Subvention von 50 fl. stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Referent: Für den VI. und VII. Bezirk wird beantragt, dem Vereine der Kinderfreunde „Die Finken" 50 fl. zu spenden.

Gem.-Rath Ferdinand Mayer: Ich möchte mir die Frage erlauben, ob nicht weitere Ansuchen vorliegen.

Referent: Es liegen noch Ansuchen vor, sie sind noch im Stadium der Erhebungen und werden in einer zweiten Serie vorgelegt werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Referent: IX. Bezirk. Verein zur Bekleidung armer Kinder von Lichtenthal und Himmelpfortgrund 50 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Referent: X. Bezirk. Comité zur Veranstaltung einer Christbaumfeier, 200 fl.

Gem.-Rath Steiner: Ich glaube, heute ist es ein Glück, dass die Gemeinderäthe keine Diäten beziehen, sonst würden die Diäten mehr ausmachen als die Beträge, um die herumgestritten wird. Dass aber die Humanität nicht immer am richtigen Platz geübt wird, habe ich wiederholt Gelegenheit gehabt, zu sehen. Ich erlaube mir aber an den Herrn Referenten die Anfrage, wer ist denn eigentlich der Verein zur Veranstaltung der Christbaumfeier? Da können sich an einem Tische zwanzig zusammensetzen und treten an den Gemeinderath um eine Subvention heran. Das scheint mir nicht der richtige Weg.

Referent: Es ist ein constituierter Verein. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Es ist kein Verein!) Es ist ein Comité von Mitgliedern eines solchen, welches sich zusammengethan hat, um arme Kinder zu betheilen. Ich bemerke nur, dass dieses Comité nicht weniger als 800 Kinder betheilt.

Gem.-Rath Trambauer: Es ist auch ein zweiter humanitärer Verein im X. Bezirke (Referent: Wird noch kommen!) — das bleibt sich gleich. — Es ist der Verein „Sennefelderbund" unter der Post Nr. 11. Dieser ist wirklich in seiner Grundlage nach ein rein humanitärer Verein; die Mittel, die er aufbringt zur Bekleidung armer Schulkinder, leistet der Verein durch sich selbst, jedes Mitglied zahlt nämlich wöchentlich 5 kr. Von diesen

Beiträgen werden die Kinder betheilt; nicht so ist es aber bei dem Comité, von dem uns der Referent hier gesagt hat. Hier in dieser Vorlage sind 23 Subventionen, davon sind 22 humanitäre Vereine und ein politischer Verein, das muss ich bemerken. Ich habe vor zwei Jahren gegen diesen politischen Verein gesprochen und thue es auch heute. Es geht nicht an, dass man einem politischen Verein eine Subvention gibt. Dieser politische Geselligkeitsverein in Favoriten steht mir gar nicht im Wege; er kann ganz gut gedeihen. Ich bin sehr gut auf ihn, aber dass er hier an den Gemeinderath herantritt und Gemeindegelder haben will, um damit — wie man sagt — Propaganda zu machen, geht nicht; dazu sind die Gemeindegelder nicht da. Von mir ist schon vor zwei Jahren der Antrag gestellt worden, die 200 fl. dem Armenrathe zur Vertheilung zu geben. Das ist die richtige Corporation, der die Subvention gehört.

Damals hat Herr Gem.-Rath Geitler die Fackel aufgezündet und namentliche Abstimmung beantragt, um mich in Verlegenheit zu bringen; deswegen bin ich aber nicht in Verlegenheit gekommen, ich habe für die Subvention gestimmt, weil dem Armenrathe diese 200 fl. nicht zugesprochen worden sind. Ich werde auch heute gegen diese Subvention stimmen, würde aber bitten, dem Armenrathe die 200 fl. zu geben; ein politischer Verein darf keine Subvention erhalten; denn Gemeindegelder sind nicht dazu da, um — wie man sagt — damit Propaganda zu machen. Ich stelle daher den Antrag, wie ich ihn vor zwei Jahren gestellt habe — ich bitte, ihn auch anzunehmen — es seien dem Armenrathe 200 fl. zu gewähren und dem Sennefelderbund 50 fl.

Gem.-Rath Sauerborn: Meine Herren! Dieses sogenannte politische Comité — eigentlich Comité des politischen Geselligkeitsvereines — ist ein Anhängsel dieses Vereines und wird meistens dazu benützt, um Parteizwecke zu fördern. Das sage ich, meine Herren, und ich habe es schon öfter gesagt; es hat sich bewiesen vor drei Jahren, im Jahre 1890, als die liberale Partei bei der Wahl unterlegen ist, da haben die Herren gar nichts vertheilt; sie sind bei den Wahlen in den Bezirksausschuss und Gemeinderath unterlegen und die antiliberale Partei hat den Sieg davongetragen. Da haben die Herren gar nichts vertheilt, trotzdem Geld in der Casse war. Dieser Verein hat die Bewilligung zu Sammlungen in den Häusern; die städtischen Diener besorgen die Austragung der Bogen, und das Comité findet von allen Seiten großartige Unterstützung. Es wäre wohl angezeigt, dem Sennefelderbund 100 fl. zu bewilligen; was aber dieses Comité betrifft, so stimme ich dem Herrn Collegen Trambauer vollständig bei. Vor zwei Jahren kam ein Comitémitglied zu einem armen Schuster, der sich darum beworben hatte, für diesen Verein die nothwendigen Schuhe zu liefern. Da sah er bei diesem Schuster das Bildnis des ehemaligen Abgeordneten Schönerer an der Wand hängen. Er that furchtbar entrüstet und sagte: „Wie können sie es wagen, zu uns um Schuhlieferungen zu kommen, Sie sind ja Schönerianer?"

Es ist evident, dass dieser Verein politische Zwecke verfolgt. Was den Sennefelderbund anbelangt, so kann ich sagen — ich war selbst vier Jahre Obmann dieses Vereines — dass derselbe ein wirklich humanitärer Verein ist. Die Beiträge sind heuer freilich etwas schlecht eingelaufen, und zwar infolge der schlechten Erwerbsverhältnisse im X. Bezirke. Der Verein recrutiert sich nämlich nur aus kleinen Leuten, es sind die kleinsten Geschäftsleute, die da ihr Scherflein beitragen.

Ich möchte daher beantragen, dass dem Sennefelderbund eine Subvention von 100 fl. bewilligt werde, bezüglich der 200 fl. schließe ich mich dem Antrage des Collegen Trambauer an.

(Gem.-Rath Silberer verzichtet auf das Wort.)

Gem.-Rath Gregorig: Verehrte Herren! Wir haben jetzt aus dem Munde des geehrten Collegen Sauerborn gehört, dass ein Verein Communalgelder, die er zur Unterstützung der Armen hätte verwenden sollen, diesem Zwecke nicht zugeführt hat. (Widerspruch.) Ich bitte, er hat gesagt, das Geld ist durch den Verein nicht vertheilt worden. (Rufe: Das hat er nicht gesagt!)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (unterbrechend:) Herr Gem.-Rath Sauerborn ist ja da, und er wird schon sagen, ob er es gesagt hat oder nicht.

Gem.Rath Gregorig (fortfahrend:) Ich wiederhole, so kann es nicht fortgehen. Ich beantrage daher, dass eine Untersuchung eingeleitet wird. Es kann nicht angehen, dass gewisse Personen, was sie aus der eigenen Tasche zahlen sollten, aus dem Gelde der Armen bezahlen. Das ist eine unerhörte Schweinerei. Wenn von Seite des Gemeinderathes nichts geschehen sollte, so mache ich die Anzeige.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich kann den Herrn Gem.-Rath Gregorig versichern, dass eine Untersuchung eingeleitet werden wird. Er kann sich darauf verlassen.

Gem.-Rath Trambauer: College Sauerborn hat Ihnen bewiesen, dass das im strengsten Sinne des Wortes ein politischer Verein ist. Herr St.-R. Matzenauer kennt ihn auch, er hat ja schon in diesem Vereine debutiert. (Unterbrechung seitens des Vorsitzenden.) Nein, ich bleibe schon bei der Sache.

Bei diesem politischen Geselligkeitsvereine tragen die Mitglieder nichts bei. (Widerspruch rechts.) Sie zahlen keinen Beitrag, das ist nicht richtig, sondern es wird nur die Bewohnerschaft molestiert. Wie College Sauerborn sagte, gehen Hausbogen herum; ich bekomme auch einen. Wenn sie ein Kränzchen geben, wird man auch molestiert. Kurz und gut: der Verein als solcher gibt gar nichts dazu, sondern er pumpt nur an und macht Propaganda. Dem Antrage Gregorig können Sie schon zustimmen, eine Untersuchung einzuleiten, damit ich und College Sauerborn nicht blamiert sind, aber ich bitte, die Sache nicht zu vertagen. Weisen Sie die 200 fl. dem Armenrathe zu und die Sache hat ein Ende. Wenn Sie heute die 200 fl. dem Armenrathe zuweisen, kommt der politische Geselligkeitsverein aufs Jahr nicht mehr, Sie sehen ihn nicht mehr, er ist verschwunden.

Gem.-Rath Sauerborn: Ich habe nicht gesagt, wozu man das Geld verwendet hat; ich habe nur gesagt, dass der Verein nicht betheilt hat. Es wurde bekanntgemacht, die Verhältnisse im X. Bezirke seien derartige, dass sie nichts thun. Noch muss erwähnt werden, dass dieser Verein dem Armenrathe jedes Jahr, ich weiß nicht, wie viel, ich glaube, 200 Paar Schuhe zur Vertheilung gibt. (Rufe rechts: Nun also!) Ich glaube, dafür wäre der Gemeinderath da, dem Armenrathe etwas zu geben, und nicht, dass wir es dem Vereine zur Zuweisung geben. Ich glaube, 300 fl. bekommt der Armenrath, es wird eben alles zu Parteizwecken verwendet. (Widerspruch rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Schuhe sind doch keine Parteizwecke!

Referent: Ich kann es nur tief bedauern, dass bei solchen Dingen, wo es sich ja wirklich nur um Acte der Wohlthätigkeit, um die Betheilung von armen Kindern handelt, dieser häßliche politische Parteihader von allen Seiten hineingezerrt wird.

(Rufe links: Nicht wir!) Das ist mir ganz gleichgiltig, ich aber will mich rein erhalten von diesen Einflüssen. Ich stehe hier lediglich als objectiver Referent und betrachte allein die Leistungen des Vereines, soweit sie gegenwärtig erhoben worden sind. Das arme Kind bleibt armes Kind, und es ist ganz gleich, ob von der einen oder anderen Seite ihm die Schuhe gegeben werden, und ich protestiere im Namen der Wohlthätigkeit gegen eine solche Entstellung der Humanität. (Lärm links.) Bitte, es geht einem wirklich manchmal die Galle über.

Hier haben die Erhebungen ergeben, dass die Anzahl der Mitglieder dieses Vereines 300 ist, dass er eine Einnahme von 2906 fl. erzielt hat, dass davon zur Vertheilung 2619 fl. verausgabt worden sind, und dass über 800 Kinder betheilt wurden. (Hört! rechts.)

Nun, ich glaube, diese Daten sprechen deutlich. Was die Zuweisung an den Armenrath betrifft, so bitte ich, heute in dieser Richtung kein Präjudiz zu schaffen. Denn die geplante Regelung kann nur auf eine Weise erfolgen, wonach entweder bei der Bezirksvertretung oder bei dem Armenrathe oder Ortsschulrathe irgendeine Centralisation wird durchgeführt werden müssen. Das ist der leitende Gedanke dieser Regelung, und es wird in dieser Beziehung wohl schon im nächsten Jahre ein entsprechender Bericht erstattet werden. Ich bitte es aber heute so zu belassen wie es war, und diesem Comité 200 fl. und dem Sennefelderbund 50 fl. zu gewähren.

Gem.-Rath Steiner (zur Abstimmung): Ich erlaube mir, den Herrn Referenten vor der Abstimmung zu fragen, aus welchen Personen dieses Comité besteht, ich bitte um die Verlesung.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Es wäre das früher möglich gewesen, jetzt ist die Debatte geschlossen, das gehört nicht zur Abstimmung. Es steht im Referenten-Antrage, dem Comité zur Veranstaltung einer Christbaumfeier eine Subvention von 200 fl. zu gewähren, ferner dem Wohlthätigkeits-Vereine Sennefelderbund eine Subvention von 50 fl.

Gegen den ersten Antrag hat Gem.-Rath Trambauer den Antrag gestellt, die für dieses Comité beantragten 200 fl. dem Armenrathe zu geben.

Die Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Minorität; abgelehnt.

Die Herren, welche mit dem Referenten-Antrage, dem Comité zur Veranstaltung einer Christbaumfeier 200 fl. zu bewilligen, einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen. (Rufe links: Schrecklich! Prixhusaren!)

Bei dem Wohlthätigkeits-Vereine „Sennefelderbund" hat Herr Gem.-Rath Sauerborn beantragt, statt 50 fl. 100 fl. zu geben. Ich bringe diesen Antrag zuerst zur Abstimmung. Die Herren, welche mit diesem Gegen-Antrage einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Nun bitte ich die Herren, welche mit dem Referenten-Antrage auf 50 fl. einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Referent: Für den XI. Bezirk ist vorläufig der Unterstützungsverein für arme Schulkinder in Simmering eingeschritten; derselbe hat im Vorjahre 200 fl. erhalten und bittet wieder um die Bewilligung von 200 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? — Angenommen.

Referent: Für den XII. Bezirk ist der Kindergarten in Meidling, Schillergasse, um 400 fl., und das Waisenhaus, welches ebenfalls unter der Leitung, von geistlichen Schwestern steht, wie im vorigen Jahre um 100 fl. eingeschritten. Ich bemerke, dass dies eine überkommene Post ist, die dadurch entstanden ist, dass die Gemeinde Meidling früher diesen Kindergarten und auch das Waisenhaus in gleichem, ja sogar in höherem Maße subventioniert hat.

Es folgen noch für den XII. Bezirk der Verein der Kinderfreunde in Hetzendorf mit 50 fl., und die Kinderbewahranstalt in Gaudenzdorf, die sogenannte Haas'sche Stiftung mit 100 fl.

Gem.-Rath Stehlik: Meine Herren, wenn man die ganze Debatte sieht, so muss man sagen, dass es am besten wäre, wenn gar nicht referiert würde, sondern wenn alles en bloc angenommen würde. Das wäre das Richtigste.

In jedem Bezirke haben wir unendlich viele Humanitäts-Vereine. Dadurch, dass soviele Vereine im ganzen Jahre betheilt werden, kommt das auf die breiten Schichten und jeder Verein will es in der kürzesten Zeit auch haben. Ich weiß, dass in meinem Bezirke unendlich viele humanitäre Vereine sind, aber sie kommen nicht ein, sie thun das Möglichste; mit allen diesen Betteleien. . . . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (unterbrechend): Ich bitte, zur Sache zu sprechen.

Gem.-Rath Stehlik: Ich spreche zur Sache. So geht es absolut nicht weiter!

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Es steht in Verhandlung der Antrag, dem Kindergarten-Vereine Meidling 400 fl. zu bewilligen.

Gem.-Rath Stehlik: Gut! So werde ich dazu sprechen. Wie kommt man dazu, diesem Vereine 400 fl. zu bewilligen? Wo ist da der Gerechtigkeitssinn? Wie ist es möglich, diesem Vereine ununtersucht soviel zu geben. Sie (rechts) werden abstimmen und werden mit Ja stimmen, davon bin ich überzeugt.

Aber so geht es nicht. Wir müssen einmal tabula rasa machen, wir müssen früher eine Untersuchung haben, ob der Verein auch würdig ist, ob er wirklich das austheilt. So geht es absolut nicht, dass man einem Vereine um soviel mehr gibt als dem anderen. Das ist eine Verkürzung der anderen Vereine. Die Leute plagen sich in den Vereinen, und da kommt man her, will einem Vereine soviel geben, und die Gemeinde muss das aus den Steuergeldern hergeben.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Aber ich bitte, Herr Gemeinderath!

Gem.-Rath Stehlik: Die Steuergelder werden dafür verwendet. Wie kommt ein Verein dazu, 400 fl. zu bekommen, der andere 50 fl.? das geht nicht.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Der Herr Referent wird Ihnen die Aufklärung geben.

Gem.-Rath Stehlik: Ich werde auch bei dem Antrage, betreffend die 1000 fl., sprechen und werde mir das Wort nicht entziehen lassen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Das Wort wird Ihnen nicht entzogen. Der Herr Referent wird die Aufklärung geben und eine Aufregung ist ganz überflüssig.

Gem.-Rath Stehlik: Es herrscht eine Ungleichheit und ich weiß, dass es unnütz ist, zu sprechen.

Referent: Der Kindergarten, sowie das damit verbundene Waisenhaus sind nunmehr communale Anstalten wie alle übrigen

Waisenhäuser, weil die Gemeinde Wien diese communalen Anstalten der früheren Gemeinde Meidling übernommen hat. Der Gegenstand gehört eigentlich nicht in dieses Verzeichnis, sondern in das Verzeichnis derjenigen Leistungen, welche für alle unsere Waisenhäuser und derlei communale Anstalten separat geführt werden.

Ich will nur bemerken, dass diese communalen Anstalten gerade so werden behandelt werden müssen wie alle übrigen städtischen Waisenhäuser, und ich habe ausdrücklich zur Erklärung des Betrages gesagt, dass von der Gemeinde Meidling für ihre seinerzeitige communale Anstalt mehr geleistet worden ist, als wir jetzt bieten.

Gem.-Rath Schneiderhan: In der Anstalt sind Kinder von Arbeitern untergebracht, die in der Frühe, wenn die Leute in die Arbeit gehen, hingebracht, und am Abend, wenn die Leute aus der Arbeit kommen, wieder abgeholt werden. In früheren Jahren wurden von der Gemeinde Unter-Meidling 600 fl., manches Jahr 800 fl. für diese Anstalt ausgegeben. Ich glaube nicht, dass es gerechtfertigt wäre, wenn die Commune in dieser Beziehung einen Abstrich macht oder gar keine Subvention gibt. Es sind die Allerärmsten in der Anstalt untergebracht, über 400 Kinder, und diese können sonst nicht alle betheilt werden, wenn der Betrag nicht ausreicht. Ich würde Sie bitten, dem Referenten-Antrage zuzustimmen.

Gem.-Rath Silberer (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Schluss der Debatte.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Die Herren, welche den Schluss der Debatte annehmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Schluss der Debatte ist angenommen.

Das Wort haben noch die Herren Gem.-Räthe Dr. Nechansky, Dr. Klotzberg, Stehlik und Dr. Lueger. (Gem.-Rath Dr. Nechansky verzichtet auf das Wort.)

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Nachdem hier gegen diesen Verein so Sturm gelaufen wird, möchte ich doch an den Herrn Referenten die Anfrage richten, von wem dieser Verein geleitet wird. (Rufe links: Es ist kein Verein, es ist eine communale Anstalt!)

Referent: Es ist das eine communale Anstalt, welche von den Barmherzigen Schwestern vom heil. Kreuze geleitet wird. (Rufe rechts: Nun also, da ist der Stehlik dagegen!)

Gem.-Rath Stehlik: Wenn das früher gesagt worden wäre, so wäre das nicht so gewesen (Gelächter rechts, Rufe links: Ruhig! Was gibt's da zu lachen?), und das wäre für mich genügend gewesen. (Lebhafte Unruhe. — Gem.-Rath Stehlik spricht einige unverständliche Worte.)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Herr Gem.-Rath Strobach, ich rufe Sie zur Ordnung! (Widerspruch links und Rufe links: Warum denn?)

Gem.-Rath Strobach: Das lasse ich mir nicht gefallen, ich habe kein Wort gesprochen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Sie haben durch Zwischenrufe die Verhandlung gestört! (Lebhafter Widerspruch links.)

Gem.-Rath Strobach: Ich bitte . . . . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Sie haben jetzt nicht das Wort. Ich habe Sie zur Ordnung gerufen, weil Sie durch einen Zwischenruf die Verhandlung gestört haben.

Gem.-Rath Strobach: Das ist unrichtig, das ist nicht wahr!

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich rufe Sie wieder zur Ordnung!

Gem.-Rath Strobach: Das ist unrichtig! Ich lasse mir das nicht gefallen. (Beifall links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich bitte, jetzt Platz zu nehmen.

Gem.-Rath Strobach: Ich bitte, den Ordnungsruf zurückzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Das thue ich nicht! (Stürmischer Widerspruch und Rufe links: Unerhört!)

Gem.-Rath Strobach: Ich lasse mir das nicht gefallen. Ich habe kein Wort gesprochen!

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Herr Gem.-Rath Stehlik hat das Wort!

Gem.-Rath Strobach: Ich bitte, den Ordnungsruf zurückzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Das thue ich nicht! (Erneuerter Lärm links.)

Gem.-Rath Strobach: Dann thuen Sie unrecht!

Gem.-Rath Weitmann: Das ist eine Ungerechtigkeit! Ohne Grund kann man niemanden zur Ordnung rufen!

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich bitte, ich habe einen Zwischenruf gehört.

Gem.-Rath Strobach: Ich habe kein Wort gesprochen!

Gem.-Rath Weitmann: Anständigerweise müssen Sie den Ordnungsruf zurücknehmen!

Gem.-Rath Strobach: Dann gehen Sie herunter, wenn Sie nicht den Vorsitz führen können! (Rufe links: So ist es!)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Herr Gem.-Rath Strobach, ich ersuche Sie . . . . . .

Gem.-Rath Strobach: Ich dulde das nicht! (Lebhafte Rufe rechts: Ruhe! — Rufe links: Das ist ein Unrecht! Den Ordnungsruf zurücknehmen! — Ruhig drüben!)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich bitte um Ruhe. Der Herr Gem.-Rath Stehlik hat das Wort!

Gem.-Rath Strobach (vor der Tribüne des Präsidiums): Ich versichere Sie, Herr Vice-Bürgermeister, auf mein Ehrenwort, dass ich kein Wort gesprochen habe. Ich kann es nicht zugeben, dass ich den Ordnungsruf erhalte.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Ziehen Sie den Ordnungsruf zurück, wenn constatiert wird, dass es unrichtig ist. Wie kann man so eigensinnig sein!

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Herr Gem.-Rath Grünbeck, ich bitte Sie um Ruhe! (Lebhafte Rufe links: Das muss zurückgezogen werden!)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich thue es nicht! Herr Gem.-Rath Stehlik hat das Wort! (Anhaltende Unruhe links.)

Gem.-Rath Stehlik: Wenn Sie mich von Anfang an hätten sprechen lassen, wäre eine solche Vermittlung entstanden, dass ein solcher Scandal nicht gewesen wäre.

Soviel Subventionen sollen ertheilt werden. Sind wir denn zu nichts anderem da, als dass wir hier soviel betheilen? Ich beantrage in dieser Sturmdebatte, dass in der Zukunft ein Comité gewählt wird, von jedem Bezirk ein Vertreter, welches zu untersuchen hat. Dann werden wir dem Referenten glauben und müssen ihm glauben, weil er das zusammengezogene Material hat; — ich bitte, mich nicht zu unterbrechen, Herr Bürgermeister, Sie sind ja gleich in der Höhe. (Heiterkeit.)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (unterbrechend): Ich bin gar nicht in der Höhe, aber eine solche Debatte geht nicht an!

Gem.-Rath Stehlik (fortfahrend): Das soll in der Zukunft nicht mehr vorkommen, das geht schablonenmäßig, und wir kommen bald wieder zu so einer Sturmdebatte.

Ich will, dass in Zukunft von jedem Bezirke einer ins Comité gewählt wird; es ist mir alleseins, wenn auch alle von jener (rechten) Seite sind. Die Vereine sollen untersucht werden; dann wird Gerechtigkeit sein. Jetzt müssen wir etwas hören und glauben, und die Abstimmung liegt immer dort (rechts). Ich bitte, meinen Antrag anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich bitte, den Antrag schriftlich zu übergeben.

Gem.-Rath Strobach: Ich beantrage, für die Subventionen ein Comité aus dem Plenum zu wählen, und zwar aus jedem Bezirke ein Mitglied, welches die Verhältnisse in seinem Bezirke kennt und die beste Kenntnis besitzt von den betreffenden Humanitätsvereinen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Herr Gem.-Rath Dr. Lueger hat das Wort.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Wünschen Herr Vice-Bürgermeister nicht früher eine Erklärung abzugeben?

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ja, ich bitte! Ich weiß nicht, welche Erklärung ich abgeben soll.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich muss Ihnen sagen, Herr Vice-Bürgermeister, der Präsident Dr. Smolka stand gewiss höher, als Sie jetzt stehen. (Große Unruhe und Unterbrechungen rechts.) Das werden Sie gewiss zugeben.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Darf ich bitten! Eine solche Bemerkung ist doch nicht nothwendig. (Gem.-Rath Gregorig ruft dazwischen.) Herr Gem.-Rath Gregorig beruhigen Sie sich.

Gem.-Rath Dr. Lueger (fortfahrend): Er hat einmal einen Ordnungsruf, nachdem ihm nachgewiesen worden, dass dieser Ordnungsruf nicht mit Recht ertheilt war, zurückgenommen. So sollten auch Sie vorgehen, denn jeder Vorsitzende muss es eigentlich als eine Wertschätzung anerkennen, wenn man auf seinen Ordnungsruf Wert legt, und er muss selbst wünschen, den Ordnungsruf, wenn er nicht am Platze war, zurückzunehmen.

Ich ersuche daher den Herrn Vice-Bürgermeister Dr. Grübl, den Ordnungsruf zurückzuziehen, weil es richtig ist, dass Herr Gem.-Rath Strobach auch nicht ein Wort gesagt, sondern ganz still rückwärts gesessen ist, so dass ich selbst überrascht war, wie ich den Ordnungsruf gehört habe.

Nun erlauben Sie aber, dass ich auch zur Sache selbst einige Worte spreche. Diese ganzen Debatten sind in folgender Weise entstanden. Zuerst hat dieses gewisse Comité im X. Bezirke eine Betheilung bekommen. Davon, meine Herren, habe ich Sie gewarnt. Ich glaube, es waren damals schon 200 fl. beantragt. Ich habe Sie gewarnt und habe gesagt, nun wird jeder Verein kommen und den Gemeinderath um eine Subvention ersuchen. Was ich damals gesagt habe, das geschieht heute, und Sie haben damals die Subvention bewilligt, weil es in Ihrem politischen Interesse war. (Unruhe und Unterbrechungen rechts. Während dieser Worte ist Gem.-Rath Wünsch mit dem Vorsitzenden in einem Gespräche begriffen. Rufe links: Aha, der Wünsch belehrt ihn!) Ich glaube, der Herr Vice-Bürgermeister wird sich vom Gem.-Rathe Wünsch keine Belehrung ertheilen lassen. Er wird selbst wissen, was er zu thun hat, und wenn er es nicht weiss, so kann ich es nur bedauern.

Ich sage Ihnen nochmals, Sie haben aus politischen Gründen mit der Geschichte angefangen und jetzt müssen Sie das ausessen. Aus politischen Gründen haben Sie zuerst das Comité im X. Bezirke subventioniert (Widerspruch rechts), trotzdem ich Sie gewarnt habe, und jetzt verfallen Sie in den Fehler, dass Sie je nach der politischen Anschauung höhere und geringere Summen bewilligen. Dem Nikolovereine im V. Bezirke, welcher aus armen Leuten besteht, haben Sie 50 fl. bewilligt, und den anderen zwei Vereinen wegen ihrer anderen Parteifärbung je 100 fl. und darum sind wir misstrauisch. Unsere Opposition richtet sich nicht gegen einen einzelnen Verein, sondern sie bezweckt nur eine gleichmäßige Vertheilung; wir wollen, dass jeder Verein in gleicher Weise bekommt, was ihm gebürt, und das musste ich sagen, weil hier erwähnt wurde, dass die Opposition des Herrn Gem.-Rathes Stehlik sich gegen einen bestimmten Verein wende. Nein, sie wendet sich nicht gegen einen bestimmten Verein, sondern gegen die Art und Weise der Vertheilung, von der ich rundweg sagen muss, dass sie entschieden parteiisch ist. (Rufe links: Richtig! — Gem.-Rath Dr. Rechansky: Das ist nicht wahr!) Entschieden parteiisch! Herrn Gem.-Rath Dr. Rechansky und seinem Herrn Nachbarn empfehle ich, dass sie sich ruhig benehmen, weil sie uns fortwährend reizen und verhöhnen; das schickt sich nicht, das ist nicht anständig. (Gem.-Rath Gregorig: Das ist ein Doctor! — Gem.-Rath Hawranek: Das ist ein Doctor der Unrechte!)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Meine Herren! Dieser Vorgang ist geradezu unglaublich. Der Herr Vorredner hat im Stadtrathe bei der Berathung und Beschlussfassung über diese Anträge mitgewirkt und es ist ihm dort nicht eingefallen, einen derartigen Vorwurf zu erheben; ich begreife auch nicht, wir er jetzt dazu kommt, gegen die Majorität den Vorwurf der Parteilichkeit zu schleudern! Das muss ich entschieden zurückweisen. Auf diese Art wäre es möglich, alles abzuweisen und jeden Beschluss in das Gegentheil zu verkehren! Ich muss doch von der Voraussetzung ausgehen, dass jedes Mitglied der Versammlung sich nach bestem Wissen und Gewissen entscheidet und ich kann daher einen solchen Vorwurf nicht zugeben. (Beifall rechts.)

Nun zu dem Falle Strobach! Ich habe, wie der Tumult entstand, laute Rufe ertönen gehört und Herrn Gem.-Rath Strobach hinter Herrn Gem.-Rath Dr. Lueger stehen gesehen. (Rufe links: Ja, dort war er!) Also, ich bitte! Es wurden lebhafte Rufe laut und ich musste annehmen, dass Herr Gem.-Rath Strobach, der solche Bewegungen gegen die rechte Seite des Hauses machte und der auch gestanden ist, diese Zurufe gemacht habe.

Nachdem jedoch Herr Gem.-Rath Strobach hier vor der Versammlung mit seinem Ehrenworte erklärt, er habe keinen Ruf gethan und nicht gestört, so nehme ich den Ordnungsruf, der auf unrichtigen Voraussetzungen basiert, zurück. (Beifall links.)

Gem.-Rath Steiner: Nachdem heute diese Verhandlung durch die Majorität gestört worden ist (Widerspruch rechts), erlaube ich mir, den Herrn Vorsitzenden zu bitten, in Zukunft die Majorität daran zu erinnern, dass sie sich parlamentarisch und anständig benimmt. (Andauerndes Gelächter rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich kann dem Herrn Gem.-Rathe Steiner nur erwidern, dass es nothwendig ist, bei den Verhandlungen den erforderlichen Ernst zu bewahren.

Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Wünscht der Herr Referent noch eine Bemerkung? (Referent: Nein!) Es ist nicht der Fall.

Es ist gegenüber den Anträgen, betreffend den XII. Bezirk, ein Gegen-Antrag hinsichtlich der Ziffern nicht gestellt worden. Es

sind daher die Ziffern von 400, 100, 100 und 50 fl. genehmigt. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich bitte den Antrag wegen der Wahl eines Comités zur Abstimmung zu bringen!)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Der Antrag geht an den Stadtrath, denn das ist ein ganz neuer Antrag. Ist die Versammlung damit einverstanden. (Zustimmung.)

Referent: XIII. Bezirk. Es sind zwei Vereine eingeschritten, der Verein zur Bekleidung armer Schulkinder in Penzing und der Wohlthätigkeits-Verein „Kinderliebe" in Breitensee; für jeden sind 50 fl. beantragt.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? — Angenommen.

Referent: XIV. Bezirk. Verein der Rudolfsheimer Kinderfreunde 100 fl. und der unentgeltlichen Arbeitsschule in der Herklotzgasse 110 fl. wie im vorigen Jahre.

Gem.-Rath Brauneiß: Ich habe gegen diese beiden Subventionen nichts zu sagen. Jedoch möchte ich mir an den Herrn Referenten die Anfrage erlauben, ob der Bezirksvorsteher des XIV. Bezirkes auch um eine Subvention zu einer Christbaumfeier angesucht hat?

Referent: Bis jetzt nicht.

Gem.-Rath Brauneiß: So möchte ich mir erlauben, den Antrag zu stellen, nachdem wir im XIV. Bezirke gewiss keine reichen Leute sondern viel arme Leute haben, dass auch dem Bezirksvorsteher des XIV. Bezirkes eine Subvention von 1000 fl. für die Armen bewilligt werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wünscht jemand das Wort?

Gem.-Rath Röhrl: Ich unterstütze den Antrag.

Referent: Ich bemerke, dass der Bezirksvorsteher im Vorjahre eingeschritten ist, wenn er heuer wieder einschreitet, so wird er wahrscheinlich die Subvention wieder bekommen. Es liegt bisher kein Ansuchen vor, die Angelegenheit kann daher nicht Gegenstand der Verhandlung und Beschlussfassung sein.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Gegen die Anträge, betreffend die Vereine des XIV. Bezirkes, ist eine Einwendung nicht erhoben worden, ich erkläre dieselben für angenommen.

Der Antrag, betreffend eine Subvention an den Bezirksvorsteher, wird zur Verhandlung gebracht werden, wenn das Ansuchen des Vorstehers des bezüglichen Bezirkes eingebracht sein wird.

Der Herr Referent hat bereits bemerkt, dass eine zweite Serie solcher Subventionsstücke zur Verhandlung gebracht werden wird.

Referent: Im XV. Bezirke ist der Bezirksvorsteher um eine Subvention von 1000 fl. zur Christbaumfeier eingekommen.

Ich bemerke, dass auch diese Summe einer eingehenden Erhebung und Regelung wird unterzogen werden müssen; es ist das auch eine überkommene Post, nachdem die frühere Gemeinde einen solchen Betrag für die Weihnachtsfeier verwendet hat.

Gem.-Rath Weitmann: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, wieviele Kinder aus diesen 1000 fl. bekleidet werden?

Referent: Ich muss erst nachsehen. Ich bitte, vielleicht den nächsten Redner sprechen zu lassen.

Gem.-Rath Tomola: Ich muss vor allem meinem Missfallen darüber Ausdruck geben, dass auch in diese Debatte das politische Parteigeplänkel hineingezogen wird. Ich werde dies nicht thun. Die Humanität soll sich auf alle Gebiete erstrecken, sie soll von allen Menschen in gleicher Weise geübt werden. Auf diesem Standpunkte stehe ich und habe daher auch immer für die höheren Subventionsbeträge gestimmt. Wenn man die Kinder ansieht, wie sie aus den Schulen in den Vororten herauskommen, insbesondere wenn man in jene Bezirkstheile hinausgeht, wo die ärmste Bevölkerung wohnt, so muss jeden das tiefste Mitleid erfassen. Ich war vor nicht langer Zeit in Ottakring und habe die Kinder aus der Schule kommen gesehen. Fast der vierte Theil der Kinder war in Holzschlapfen. Es ist als das größte Opfer zu betrachten, welches die Eltern bringen, wenn sie ihre Kinder, nachdem ja die allgemeine Schulpflicht besteht, bei dieser Ungunst der Witterung in die Schule schicken. Sobald die allgemeine Schulpflicht besteht, ist es meiner Ansicht nach die Pflicht der Gemeinde, dafür zu sorgen, dass die Kinder in einem Zustande in die Schule gehen, dass sie sich nicht der Gefahr einer Erkrankung aussetzen. Für den XV. Bezirk werden 1000 fl. beantragt. Ich glaube, dass der Bezirk diese 1000 fl. gewiss auch brauchen wird. Ich werde für diesen Betrag aus vollem Herzen stimmen, ich bin aber der Meinung, dass der Vorgang, wie er im XV. Bezirke beobachtet worden ist, auch in den anderen Bezirken beobachtet werden sollte. Das Lehrpersonal in den Schulen wird ja mit so vielen Aufträgen belästigt, muss so viele statistische Tabellen ausfüllen, dass man auch da an dasselbe herantreten und sagen könnte, in jeder Classe soll der Classenvorstand untersuchen, welche Kinder zu den ärmsten gehören, welche absolut nicht von ihren Eltern mit den nothdürftigsten Kleidern versehen werden können, damit sie über den Winter die Schule besuchen können, dann soll er ein Verzeichnis zusammenstellen. Das Geld soll beim Bezirksvorsteher erlegt werden.

Ich bin auch der Meinung, dass alle, welchen es nicht möglich ist, in anständiger Kleidung zur Schule zu kommen, betheilt werden sollen. Ich glaube, dass dies eine Pflicht der Gemeinde ist und ich bin auch aus idealen Gründen dafür, dass eine Christbaumfeier veranstaltet werde.

In meiner Vaterstadt Troppau war es, wenigstens solange sie eine deutsch-nationale Vertretung hatte, so, dass in jeder Schule seitens der Gemeinde ein Christbaum aufgestellt und die Wintersonnenwende in Gegenwart eines Mitgliedes der Gemeindevertretung festlich begangen wurde. Ich möchte daher wünschen, dass in Erwägung gezogen werde, ob nicht derselbe oder ein ähnlicher Vorgang, wie er hier im XV. Bezirke platzgreift, auch für die anderen Bezirke sehr nützlich und angezeigt wäre. Damit schließe ich. (Bravo! Bravo! links.)

Referent: Ich erlaube mir wiederholt darauf hinzuweisen, dass, wie ich schon im Referate erwähnte, das Ziel der beantragten Organisierung eben das ist, Sorge zu treffen, dass die Mittel, die von Seite der Gemeinde für solche wohlthätige Zwecke gegeben werden, in irgendeiner Weise, etwa bezirksweise, centralisiert werden, weil dann mit Rücksicht auf die Localkenntnisse und durch ein etwaiges Mitwirken des Armenrathes und Ortsschulrathes voraussichtlich das Richtige getroffen werden könnte. Ich bemerke, dass der Magistrat strenge Weisungen bekommen hat, gerade in diesem Sinne Bericht zu erstatten und Anträge zu stellen.

Gem.-Rath Bärtl: Ich möchte in erster Linie an den Herrn Referenten die Anfrage stellen, ob die Bezirksvorstehung auch voriges Jahr diese 1000 fl. bekommen hat?

Referent: Die Bezirksvorstehung hat schon voriges Jahr 1000 fl. bekommen.

Gem.-Rath Bärtl: In zweiter Linie hätte ich dieselbe Frage gestellt, wie College Weitmann, was nämlich alles mit diesen 1000 fl. geschieht?

Referent: Hier sind eben nur die Rechnungen der betreffenden Lieferanten vorgelegt, welche Kleider, Schuhe u. dgl. geliefert haben. Diese Rechnungen repräsentieren zusammen den Betrag von 1793 fl. Das Geld ist also thatsächlich für gelieferte Kleider und Schuhe verwendet worden, die an die armen Kinder vertheilt worden sind.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren! Das geht doch nicht so, wie es sich der Herr Referent vorstellt, dass man da warten muss, bis die betreffenden Bezirksvorsteher erst ansuchen. Das scheint mir, wenn ich darüber nachdenke, doch ganz und gar eine Unmöglichkeit zu sein. Der Herr Referent wird mir doch zugeben, dass z. B. im XVI., XVII., XVIII. und zum Theile auch im XIX. Bezirke viel traurigere Verhältnisse in der Bevölkerung bestehen, als gerade im XV. Bezirke.

Nun kann man es doch nicht vom Belieben des Bezirksvorstehers abhängig machen, ob die armen Kinder Schuhe bekommen oder nicht. Das ist ja eine reine Unmöglichkeit; da muss doch irgend etwas geschehen; vielleicht dass der Stadtrath diesbezüglich Anträge stellt; aber dass man da warten soll, bis der Bezirksvorsteher ansucht, das ist doch unmöglich. Vielleicht sucht er gar nicht an, man weiß es ja nicht. Man kann doch deshalb nicht die armen Kinder ohne Schuhe lassen, man muss ihnen doch irgendwie entsprechend entgegenkommen. Ich gestehe es offen, dass ich immer mehr zur Überzeugung komme, dass man mit der Regelung heuer hätte beginnen sollen; das wäre vernünftiger gewesen. Ich sehe ja ein, dass viel zu thun ist, aber der Herr Referent selbst muss das Gefühl haben, dass es in dieser Weise nicht geht. Der XV. Bezirk bekommt 1000 fl.; im XVI. Bezirke bekommen drei Vereine nur 200 fl.; für den XVII. Bezirk wird gar nichts ausgegeben, für den XVIII. auch nichts, für den XIX. ebenfalls nichts. Hier verlässt man sich darauf, dass die Bezirksvorsteher kommen. Das ist doch rein unmöglich; in der Weise kann doch nicht weiter vorgegangen werden.

Ich erlaube mir daher den Antrag zu stellen, dass von Seite des Stadtrathes über die Art und Weise, wie die armen Kinder zu Weihnachten zu betheiligen sind, und zwar in den Bezirken, welche bisher vernachlässigt worden sind oder doch zu wenig bekommen haben, noch einmal im Laufe des heurigen Jahres referiert werden soll. Da muss etwas geschehen. Dieser Antrag kann doch sofort angenommen werden, er muss doch nicht erst dem Stadtrathe zur Vorberathung zugewiesen werden.

Gem.-Rath Weitmann: Meine an den Herrn Referenten gestellte Frage ist bis jetzt noch nicht beantwortet worden. Der Herr Referent ist nicht in der Lage zu sagen, wieviel Kinder betheilt werden. Nun hat mir der Herr Referent annähernd Aufschluss gegeben, indem er gesagt hat, es liegen ihm sämmtliche Rechnungen vor und diese sämmtlichen Rechnungen betragen 1700 fl. Wenn dieser Verein nur 1700 fl. ausgegeben hat und 1000 fl. von der Commune bekommt, so ist die Thätigkeit des Vereines eine minimale. (Rufe rechts: Es ist ja die Bezirksvorstehung!)

Ich finde das sehr sonderbar und höchst ungerecht, dass man gerade den XV. Bezirk in so reicher Weise dotiert. Dieser Bezirk bekommt 1000 fl. und andere Bezirke erhalten gar nichts.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Der Herr Referent wird die Aufklärung geben.

Referent: Vor allem bemerke ich, dass ich ausdrücklich mit lauter Stimme erklärt habe, es sei dies eine überkommene Erbschaft, nachdem die früher bestandene Gemeinde zur Betheilung armer Schulkinder zu Weihnachten einen gleichen Betrag verwendet hat. Die Gemeinde Wien hat in dieser Beziehung nicht etwas Neues geschaffen, sondern sie hat nur, nachdem sie doch bis zur Regelung der Sache nicht weniger leisten konnte als die frühere kleine Gemeinde, diesen Betrag bewilligt.

Ich bemerke ferners, dass diese Sache einer Regelung in dem Sinne, wie sie Herr Dr. Lueger angeregt hat, zugeführt werden soll. Es ist bedauerlich, dass der Magistrat diesfalls so lange Zeit vergehen ließ; solche Fragen regt man leicht an, die Durchführung jedoch macht man nicht so im Handumdrehen.

Was die Bezirksvorsteher betrifft, so sind im Vorjahre nur diejenigen des XIII., XIV. und XV. Bezirkes und außerdem der Ortsschulrath des XVI. Bezirkes eingeschritten, und von diesen sind bisher nur zwei eingeschritten, das ist der Bezirksvorsteher des XIII. Bezirkes — das Gesuch liegt bereits beim Magistrat — und derjenige des XV. Bezirkes. Die anderen werden voraussichtlich auch herankommen. So sagt mir College Kreindl, dass vom XIX. Bezirke ein diesbezügliches Gesuch vorliegt. Diese Gesuche werden Gegenstand einer zweiten Serie von Anträgen sein, welche ich die Ehre haben werde, wahrscheinlich im Laufe der nächsten Woche vorzulegen.

Gem.-Rath Weitmann: Der Herr Referent hat gesagt, dass in dieser Beziehung nichts Neues geschaffen worden ist, sondern dass man den Usus — so kann man sagen — von der alten Gemeinde herübergenommen hat. Wir haben aber doch keine Verpflichtung übernommen. Es liegt darin eine Ungerechtigkeit, weil gerade nur dieser eine Bezirk diese 1000 fl. bekommen soll, und von allen anderen Bezirken bekommt gewiss keiner diese Summe. Ich sehe nicht ein, warum wir gerade diesen Bezirk so gut dotieren sollen. Geschieht es vielleicht ebenfalls aus politischen Gründen, weil wir dort lauter Vertreter der liberalen Partei haben? Es scheint so, ich kann mir das nicht anders erklären, warum gerade ein Bezirk herausgegriffen und mit 1000 fl. dotiert wird. Auch jeder andere Bezirk hat ein Anrecht auf 1000 fl. Ich stelle den Antrag, dass die Betheilung vorläufig vertagt wird, bis diesbezüglich eine Regulierung stattgefunden hat.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich muss eine Bemerkung des Herrn Vorredners zurückweisen. Es ist hier gar keine Parteinahme für irgend jemanden. Der Referent hat darauf hingewiesen, dass der frühere Bürgermeister von der Gemeinde den Betrag von 1000 fl. zur Vertheilung an arme Kinder erhalten hat und, da man die Verhältnisse nicht verschlechtern wollte, hat man dem Bezirksvorsteher zu gleichem Zwecke, also wieder zur Vertheilung an arme Kinder, 1000 fl. zur Verfügung gestellt. (Gem.-Rath Gregorig: Weil dort Liberale sind!) In anderen Bezirken mit anderer Parteistellung wird das auch so geschehen.

Es sind zum Worte gemeldet die Gem.-Räthe Stehlik, Beutnitz, Schoderböck, Witzelsberger, Gregorig, Brauneiß, Grünbeck Sebastian, Silberer, Vaugoin und Dr. Klotzberg.

Gem.-Rath Dr. Mittler (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Schluss der Debatte und für den Fall der Annahme dieses Antrages die Wahl von Generalrednern.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Die Herren, welche mit dem Schlusse der Debatte einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen. Es ist weiter der Antrag gestellt worden auf Wahl von Generalrednern.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Dieser Antrag kann nicht gleichzeitig gestellt werden, das ist geschäftsordnungswidrig. Das soll der Herr Vorsitzende wissen. Ich bitte, die Komödie werden Sie wirklich nicht aufführen, dass jetzt sofort darüber abgestimmt werde. In der Beziehung würde ich denn doch bitten, sich etwas zurückzuhalten. Ich hätte ja nichts gegen die Wahl von Generalrednern, aber gehen Sie immer schön nach der Geschäftsordnung vor und lassen Sie jetzt einen Redner sprechen.

Gem.-Rath Steblik: Nach allem, was ich hier gehört habe, will ich auch den Ausspruch thun: das ist eine Parteilichkeit. Es ist und bleibt parteilich, wenn Sie einem Bezirke 1000 fl. geben. Wo ist die Gerechtigkeit, dass die anderen Bezirke nichts bekommen? Sie hören ja, welche Armut überall in den Vororten besteht. Hier haben wir es mit einem Bezirke zu thun, von dem Gem.-Rath Röhrl einmal den drastischen Ausdruck gebrauchte: das ist der Cavaliersbezirk. (Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Das war der XIV. Bezirk!)

Es ist eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, einem Bezirksvorstande 1000 fl. zu geben; wir müssen uns dagegen verwahren. Wir sitzen nicht da, um die Steuergelder zu vertheilen, das dürfen Sie nicht thun und wenn Sie es thun, dann sind Sie parteilich, das sage ich ihnen nochmals. Wir müssen endlich auf eine neue Bahn kommen. Wir haben nothleidende Bezirke in den Vororten, Sie sehen es und hören es von den anderen Vertretern. Aber nicht nur in den Vororten, auch in den inneren Bezirken herrscht kolossale Noth und Elend. Wenn man ein Kränzchen gibt mit 30 kr. Entrée, kommen keine Leute, weil sie die 30 kr. nicht haben. So steht die Geschichte, das ist der Aufschwung Groß-Wiens, von welchem Sie immer sprechen; es herrscht Jammer und Elend; neulich habe ich es schon gesagt, es vermehren sich immer mehr die Pferdefleischhauer, weil die Leute kein anderes Fleisch kaufen können.

Ich werde also gegen diese Post stimmen, und wenn Sie dieselbe bewilligen, werden wir uns das merken und werden es für unsere Bezirke auch verlangen; die haben auch das Recht, 1000 fl. zu verlangen. Wenn mit den Steuergeldern so gewirtschaftet wird, haben auch die anderen Bezirksvorstände das gleiche Recht, das zu verlangen. Ich sitze nicht für einen Bezirk hier, sondern für alle Bezirke. Wenn wir immer niedergestimmt werden, so beweist das nur die Noblesse von dieser (rechten) Seite, Sie, meine Herren, sind nicht nobel! Sie sind nur immer nobel, wie Sie es für Ihre Partei brauchen. Das sollten Sie nicht thun!

Gem.-Rath Dr. Mittler (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage die Wahl von Generalrednern.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Es ist der Antrag auf Wahl von Generalrednern gestellt. Ich ersuche diejenigen Herren, welche einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität, der Antrag ist angenommen. Ich bitte also zur Wahl von Generalrednern zu schreiten. (Unruhe.) Ich bitte um Ruhe! (Über Aufforderung seitens des Vice-Bürgermeisters Dr. Grübl erklären pro sprechen zu wollen: die Herren Gem.-Räthe Beutnitz, Schoderböck, Witzelsberger, Brauneiß, Silberer, Baugoin, Dr. Klotzberg, contra: die Herren Gem.-Räthe Gregorig, Sebastian Grünbeck.) Ich bitte, die Wahl der Generalredner vorzunehmen. (Nach einer Pause:) Zum Generalredner pro wurde Herr Gem.-Rath Witzelsberger, zum Generalredner contra Herr Gem.-Rath Sebastian Grünbeck gewählt.

Gem.-Rath Witzelsberger: Es ist vor allem anderen nothwendig und wichtig, dass die Herren informiert sind, wie der Vorgang früher war.

Das Ansuchen, welches hier vorliegt, ist von keinem Vereine gestellt. Es war von jeher in Fünfhaus üblich, dass, wenn der Herbst gekommen ist, die Gemeindevertretung eine Anzahl von Männern zusammenberufen hat, die das Weihnachtsbaum-Comité gebildet haben. Es wurden nicht nur Gemeindevertreter, sondern aus allen Sphären der Bevölkerung Personen hineingewählt.

Es wurden dann Sammelbögen von Haus zu Haus geschickt und mit den eingegangenen Geldern arme Kinder betheilt. Leider ist es schon seit Jahren nicht möglich gewesen, Kinder anders als mit Schuhen zu betheilen, denn die Armut greift, wie wiederholt betont wurde, immer mehr um sich. Draußen wohnt eine große Anzahl von Arbeitern, und es ist daher selbstverständlich, dass es dort viele arme Kinder gibt. Man musste daher von dem früheren Modus, nach welchem Kinder auch Kleidung bekamen, abgehen, und jene Betheilung, die seitens der Gemeindevertretung veranstaltet wurde, hat sich ausschließlich nur mit der Vertheilung von Schuhen befasst. Es wurden jedes Jahr 600 bis 700, auch 800 Paar Schuhe vertheilt, je nach dem Ergebnisse der Sammlung. Auch im vergangenen Jahre, als schon die 1000 fl. vom Gemeinderathe bewilligt waren, wurden 600 bis 700 Paar Schuhe vertheilt. Die Subvention, wie sie für den XV. Bezirk angeschlagen wird, ist gewiss keine einseitige. Die Herren hätten sich nur näher informieren sollen, so würden Sie erfahren haben, dass auch der XIII., XIV., XVI. und XIX. Bezirk — vom XVII. und XVIII. Bezirke weiß ich es nicht — 1000 fl. bekommen haben. Wir wünschen gewiss nicht, dass der XV. Bezirk allein mit 1000 fl. bedacht wird; aber wenn die betreffenden Herren Bezirksvorsteher noch nicht angesucht haben, so ist dies eben ihre Schuld. Der Herr Vorsteher des XV. Bezirkes hat die Mission übernommen, die früher der Bürgermeister von Fünfhaus hatte. Zu Beginn des October sind die Herren zusammengetreten und haben das beschlossen. Das hat sich nun auf den Bezirksausschuss vererbt, in dessen erster Sitzung beschlossen wurde, diese Sammlungen einzuleiten. Die Sammelbögen sind jetzt wieder draußen. Gleichzeitig wurde auch beschlossen, an den Gemeinderath um eine Subvention heranzutreten. Meine Herren! Das geht doch nicht an — ich will gewiss nicht grob werden, ich werde mich wenigstens dessen befleißen (Gelächter links) — es geht aber doch nicht an, die armen Kinder ins Parteigetriebe hineinzuziehen, das ist doch nicht recht. Wie kann man sagen, dass der XV. Bezirk bevorzugt wird und 1000 fl. bekommt, weil er liberal ist?

Wenn Sie die Sammelbögen erschauen, so finden Sie auch antiliberale Herren darauf, die sich in der Sammlung für die armen Kinder so gut betheiligen als die Liberalen. Der Vorwurf ist also nicht gerechtfertigt und man soll, wenn man schon bei jeder Gelegenheit sich auf den Parteistandpunkt stellt, dies am allerwenigsten gegenüber der Armut thun, denn Sie können versichert sein, die Eltern der armen Kinder, die betheilt werden müssen, denken nicht an die Liberalen und auch nicht an die Antiliberalen, sie haben dazu weder Zeit noch Lust, weil die Sorge sie drückt, die können sich Derartiges nicht erlauben, dass sie sich in Parteigetriebe einlassen.

Diejenigen Herren, welche hier losgedonnert haben, dass vom XVI., XVII., XVIII. und XIX. Bezirke noch keine Gesuche vorliegen und die Sache daher vertagt werden müsse, bis diese Gesuche ein-

gelaufen sind, mögen die Güte haben und sich an die betreffenden Herren Bezirksvorsteher, oder Obmänner, oder Ortsschulräthe, oder wer immer es ist, wenden und sie aufmerksam machen, dass sie in Zukunft etwas vorsichtiger sein sollen. Sie sollen früher ansuchen; man muss schon im Sommer daran denken, dass der Winter kommt und die armen Kinder Schuhe brauchen. Daraus kann man doch meinem Bezirke keinen Vorwurf machen. Dass dieser Bezirk zufällig liberal ist, hat doch mit der Sache selbst gar nichts zu thun, und dieser Bezirk kann doch auch nichts für die Nachlässigkeit der anderen Bezirke, die noch nicht angesucht haben. Es laufen übrigens, wie ich weiß, schon Gesuche aus dem XIX., XIII. und XIV. Bezirke und wahrscheinlich werden auch aus den anderen Bezirken Gesuche da sein. Neugierig bin ich aber, ob Sie, wenn diese Gesuche kommen werden, dann auch dagegen sein werden. Von unserer Seite werden Sie den Vorwurf gewiss nicht hören, wenn vielleicht die Vertretung im Bezirks-Ausschusse antiliberal ist, dass wir sagen: „Das ist eine antiliberale Vertretung". Meine Herren, das ist nicht am Platze und das sollen Sie nicht thun, und den armen Kindern das Parteigetriebe nicht entgelten lassen. Traurig genug, dass der größte Theil der Geschäftsleute in Wien das Parteigetriebe empfinden muss, aber hüten Sie sich, das den armen Kindern fühlen zu lassen.

Der Antrag, wie er vorliegt, auf Bewilligung einer Subvention von 1000 fl. für den XV. Bezirk, ist nur der erste Antrag; die übrigen Bezirke kommen ja nach. Wenn von Seite eines Redners betont wird, dass auch die alten Bezirke kommen können, so ist es ganz richtig. Aber, meine Herren, Sie müssen doch zugestehen, dass die Bezirksvertretungen ganz besonders darauf bedacht sein müssen, dass in dieser Beziehung, was die Betheilung armer Kinder anbelangt, nicht eine Verschlechterung eintritt. Man thut es ja schon mit allem anderen, mit allem Möglichen und Unmöglichen, dass man es in das Parteigetriebe hereinzerrt. Aber diese Betheilung .... ich wollte etwas sagen, das habe ich unterdrückt, weil ich niemanden beleidigen will. Die Herren mögen entschuldigen, dass ich plötzlich abgebrochen habe; es liegt mir fern, jemanden zu beleidigen, weil ich überzeugt bin, dass genug Herren in der Opposition sind, welche das Herz am rechten Flecke haben und nicht dagegen sind, dass die Subvention von 1000 fl. für die armen Kinder bewilligt wird.

Ich will nur erwähnen, dass man sich in den neuen Bezirken sehr häufig auf den Standpunkt stellt: „Wir sind jetzt Groß-Wien, jetzt geben wir nichts mehr. Das soll die Gemeinde geben. Wie kommen wir dazu, etwas zu geben?" Das ist leider auch in unserem Bezirke der Fall. Es gibt sehr viele Leute, die früher einen beträchtlichen Betrag gegeben haben. Die Sammlungen, die wir früher in Fünfhaus eingeleitet haben, haben Beträge von 1500, 1600, 1700, selbst 1800 fl. ergeben und jetzt geben sie nicht mehr als 700 fl.; das ist auch ein trauriges Zeichen der Zeit.

Ich will schließen. Ich wollte niemanden verletzen, ich habe mir die größte Reserve auferlegt, obwohl es ein dankbares Feld gegeben hätte, aber ich thue es aus dem einfachen Grunde nicht, weil ich weiß, dass die Herren der Opposition nicht einstimmig sind in dieser Angelegenheit, dass sie nicht das Herz haben und auch nicht haben können, gegen die Subvention von 1000 fl. zu stimmen, die ausschließlich verwendet wird zur Bekleidung der armen Kinder. Ich bitte Sie daher, den Antrag des Referenten, wie er vorliegt, bezüglich des XV. Bezirkes anzunehmen, weil Sie überzeugt sein können, dass die übrigen Bezirke ohnedies nachkommen. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Wir sind ja nicht dagegen!)

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Hochgeehrte Versammlung! Wo es gilt, den Armen zu unterstützen, glaube ich, war gerade die Partei, der ich die Ehre habe anzugehören, nicht die letzte, und nicht wir haben etwas vereitelt, wo es sich um einen Verein gehandelt hat, ob liberal oder antiliberal, wenn er seine Pflicht nur erfüllt, wenn er nicht aus Parteiinteresse handelt, sondern wahre und richtige Humanität übt. Da, glaube ich, können Sie uns den Vorwurf nicht machen, dass wir aus reinem Parteiinteresse vielleicht dagegen gestimmt haben. Wir sind eigentlich nicht gegen die 1000 fl., uns ist nur aufgefallen, dass die 1000 fl. plötzlich für einen Bezirk gehören, welcher zumeist nur liberal vertreten ist. Die Thatsache, dass die anderen Bezirke nicht auf dem Verzeichnisse stehen, der XVI., XVII., XVIII. und XIX., brachte uns zum Nachdenken. Das ist eigentlich der ganze Kern der Sache.

Sie können versichert sein: wo wir sehen, dass schnell geholfen werden soll, sind wir nicht die letzten. Ich habe ja auch der Gemeindevertretung von Hernals angehört, und wir haben alljährlich 800 fl. aus unserer bescheidenen Gemeindecassa gegeben, und zwar dem Ortsschulrathe oder dem dortigen Bürgermeister. Wozu gehören denn die 1000 fl.? Sie genügen kaum für Schuhe. Es ist selbstverständlich, dass dies nur ein Tropfen auf einen glühenden Stein ist. Hier liegt gerade eine Hauptursache dafür vor, dass soviele Krankheiten in den Schulen herrschen, dass in einer Classe oft zehn, zwölf Kinder fehlen wegen verschiedener Krankheiten, die sich rasch verbreiten. Sie können uns also nicht zumuthen, dass wir das harte Herz haben, hier entgegenzutreten. Ich habe mich nur deshalb als Contraredner eintragen lassen — und ich glaube in gleichem Sinne auch der geehrte College Gregorig — weil wir auch andere große Bezirke haben, wie den XVI., XVII., XVIII. und XIX. Bezirk, wo das Elend nicht geringer ist als in Fünfhaus, vielleicht sogar größer, denn gerade in diesen Bezirken gibt es viele Arbeiter und nicht soviele Fabriken, wie in Fünfhaus. Ich bin also absolut nicht dagegen, hoffe aber, dass Sie bei der nächsten Vorlage, wenn von anderen Bezirksvorstehern eingereicht wird, die Sache so schnell als möglich dem Plenum unterbreiten und nicht so lange warten, wie es jetzt üblich ist.

Der Herr Generalredner sagte auch, dass die Bezirksvorstände vielleicht aus Saumseligkeit so lange auf ihre Eingaben warten ließen. Nein, sondern voriges Jahr haben die Bezirksvorsteher zwei, drei Tage vor Weihnachten diese paar Groschen bekommen. — Das hat die Leute entmuthigt und sie haben sich gesagt: wer weiß, ob wir überhaupt etwas bekommen. Ich möchte also dem löblichen Stadtrathe empfehlen, derartige dringende Sachen — wo das Wetter so schlecht und das Bedürfnis so groß ist — etwas rascher vorzulegen und lieber andere Gegenstände, die minder dringend sind, liegen zu lassen. Wir sind also nicht gegen die 1000 fl., stimmen aber nur in der Voraussetzung dafür, dass Sie die anderen Bezirke, wenn sie kommen, vom gleichen Standpunkte aus behandeln und jede Parteischattierung beiseite lassen.

Gem.-Rath Tomola (zur Berichtigung): Der geehrte Herr St.-R. Witzelsberger sagte, dass von Vertretern des XVI., XVII. und XVIII. Bezirkes gegen die 1000 fl. losgedonnert worden ist. Nachdem ich der einzige Vertreter des XVIII. Bezirkes bin, welcher in dieser Angelegenheit gesprochen hat, und nachdem ich mir bewusst bin, dass weder in der Form noch in dem Inhalte meiner Rede etwas gelegen war, was den Charakter eines Donnerwetters

gehabt hätte, so sehe ich mich bemüssigt, diese Kritik für meine Person abzulehnen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Der Herr Referent stellt den Antrag, es sei dem Bezirksvorsteher im XV. Bezirke für die Christbaumfeier ein Betrag von 1000 fl. zu bewilligen. Ich ersuche jene Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Herr Gem.-Rath Dr. Lueger stellt den Antrag: Es ist der Stadtrath zu beauftragen, noch heuer vor Weihnachten über die Art der Betheilung der armen Kinder in den Bezirken, in welchen eine arme Bevölkerung in größerem Maße wohnt, dem Gemeinderathe Anträge zu stellen. — Ich ersuche jene Herren, welche zustimmen, dass dieser Antrag dem Stadtrathe zur meritorischen Behandlung zugewiesen werde, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen. (Gem.-Rath Gregorig: Das kommt dann am Schustersonntag zur Berathung!) Herr Gem.-Rath Gregorig, ich bitte, sich zu mäßigen.

Referent: Im XVI. Bezirke sind drei Vereine eingekommen, und zwar sollen erhalten der Verein der Kinderfreunde in Neulerchenfeld 50 fl., Humanitärer Verein „Nikolaus" in Ottakring" 100 fl. und der Wohlthätigkeitsverein „Kinderwohl" 50 fl. Bitte um die Genehmigung.

Gem.-Rath Hipp: Ich werde Ihre Geduld nicht lange in Anspruch nehmen. Wie Sie wissen, ist Neulerchenfeld durch die Einverleibung, leider Gottes, mit Ottakring in einen Bezirk verschmolzen worden. Nun werden Sie wohl finden, dass im XVI. Bezirke 200 fl. gegeben werden. Es erscheinen aber darunter betheilt in Ottakring ein Verein mit 100 fl. und der zweite mit 50 fl., während der Verein in Neulerchenfeld nur 50 fl. bekommt. Nachdem die arme Bevölkerung in Neulerchenfeld gewiss nicht minder zahlreich ist als in Ottakring, so ersuche ich die Herren, dafür zu sein, dass dem Vereine in Neulerchenfeld ein Betrag von 100 fl. statt 50 fl. gegeben werde, damit in dieser Richtung eine kleine Ausgleichung stattfinde.

Gem.-Rath Silberer: Ich habe mich nicht zum Worte gemeldet, um speciell zu dieser Vorlage, sondern um über die Sache im allgemeinen zu sprechen. Ich werde für die Referenten-Anträge stimmen, wie sie hier vorliegen; aber zu dieser Art, wie jetzt diese Subventionen bewilligt werden, muss ich mir doch einige Bemerkungen erlauben.

Ich stimme vollkommen mit dem überein, was der Herr College Stehlik gesagt hat, dass es nicht so weiter gehen kann — aber vielleicht aus anderen Gründen und in anderer Weise. Der Herr College hat einerseits geschildert die schreckliche Armut, die herrscht, und andererseits gesagt, man solle nicht Geld ausgeben.

Nun, man verlangt, dass für die Armen etwas geschieht und wenn dann für die Armen Geld bewilligt wird, so ist es nicht recht. Also in der Sache nützt alles nichts, die Gemeinde wird subventionieren müssen. Aber ich gebe dem Herrn Collegen vollkommen recht und habe es schon im vorigen Jahre und vor zwei Jahren gesagt, dass es mit dieser Art der Subventionsbewilligung, wo man ganz im Dunkeln tappt, nicht weiter gehen kann. Ich habe schon im vorigen Jahre einen Anstoß zu einer Besserung gegeben — es liegt auch in dieser Richtung ein kleiner Fortschritt vor. Ich habe mir damals zu beantragen erlaubt, weil wir gar nicht gewusst haben, was gegeben wird, was gegeben wurde im laufenden Jahre, es möge immer durch die Buchhaltung zusammengestellt und uns in Ausweisen geboten werden, was überhaupt im letzten Jahre ausgegeben wurde. Das liegt zunächst vor, und wir haben wenigstens einen Anhaltspunkt. Das reicht aber nicht hin. Dieser Ausweis, wie er hier vorliegt, ist sehr gut; um aber bei einem einzelnen Vereine nachzuschauen, das erfordert langes Nachsuchen, man hat dabei keinen Überblick. Das ist aber nothwendig.

Ich erlaube mir in dieser Richtung keine Anträge zu stellen, jedoch das, was ich sagen will, als Bitte an das Präsidium vorzubringen, damit es Berücksichtigung im Stadtrathe finden möge, so wie das mit diesem Ausweise der Fall ist. Es ist nothwendig, dass dieser Ausweis, so wie er ist, gegeben, aber noch mit einem Anhange versehen werde, worin das Gegebene nach Bezirken getrennt wird, damit man sich klar werde, für diesen Bezirk wird so viel, für jenen so viel für humanitäre Zwecke gewidmet.

Es ist aber auch etwas weiteres nothwendig. Das kann auch nicht angehen, dass, wenn ein Verein oder ein Bezirksvorsteher 1000 fl. bekommt, alle anderen Bezirke sagen: „Ja, wenn das bewilligt wird, so müssen wir es auch bekommen", und dass anlässlich eines solchen Antrages hier eventuell die Initiative ergriffen wird, um, weil 1000 fl. ausgegeben werden, die nach der Ansicht des Collegen Stehlik nicht ausgegeben werden sollen, geschwind noch 10.000, 12.000, 14.000 fl. auch für die anderen Bezirke zu beantragen. Das kann nur auf eine Weise vermieden werden: die ganze Sache muss in ein System gebracht werden. Einstweilen haben wir das Materiale dazu in den Ausweisen. Es muss aber die Sache in der Weise systemisiert werden, dass vor allem ein Zeitpunkt fixiert und bekanntgegeben wird: bis zu diesem Zeitpunkte, zum Beispiel bis zum 1. Juli, haben alle Vereine oder Bezirksvorsteher oder wer immer für humanitäre Zwecke von der Gemeinde Geld anspricht, das Gesuch an die Gemeinde einzubringen. Wenn das publik gemacht wird und man weiß, dass derjenige, der nach dem 1. Juli kommt, nichts bekommt, und dass dann kein Bitten und Betteln nützt, so haben wir auch erreicht, dass das Materiale insgesammt vorliegt, und zwar zu einer Zeit, wo wir noch Zeit genug haben werden, alles zu sichten, zu ordnen, zu prüfen und zu untersuchen und es in ein solches System zu bringen, dass es als ein Ganzes vorliegt. Es ist ja schon ein Fortschritt gemacht, und ich mache in dem Punkte auch niemandem, auch nicht der Verwaltung, einen Vorwurf; die Verwaltung kann ja auch aus dem einfachen Grunde nichts für die desolaten Zustände, die in dieser Beziehung herrschen, weil das nicht aus einer organischen Sache hervorgegangen ist, sondern weil eben der Wirrwarr dadurch entstanden ist, dass die Vororte einverleibt wurden und dort überall ein anderes System der Subventionierung herrschte, dass überall eine mehr oder minder freigebige Hand war. Das ist nun alles in eines vereinigt. Natürlich, was früher in den Vororten gegeben wurde, soll weiter gegeben werden. Einzelne Vereine werden besser dotiert, in anderen Bezirken werden solche Vereine nicht dotiert. Das führt zu einer Ungleichheit, aber man kann deswegen weder der Verwaltung einen Vorwurf machen, noch, glaube ich, dass es gerechtfertigt ist, immer politische Motive zu suchen. Diese Zustände sind auf die Weise entstanden, wie ich es geschildert habe. Seien Sie überzeugt, dass ich meinestheils solche Sachen ganz ohne jedes politische Nebeninteresse zu behandeln trachte und ohne jedes solches politische Nebeninteresse stimme ich dafür oder dagegen.

Ich mache jedoch einen Vorschlag, der dazu führen soll, dass jede Parteilichkeit ausgeschlossen werde. Das geschieht auf die Weise, dass uns ein Ausweis für das nächste Jahr vorgelegt werde, wie

wir auch hier schon eine ganze Liste erhalten haben. Dieselbe repräsentiert aber doch nur einen Bruchtheil und eine erste Rate. Nächstes Jahr sollen wir jedoch das Ganze erhalten, so dass wir sämmtliche Subventionierungen am 1. Juli kennen. Sie werden uns zu dem gegebenen Zeitpunkte alle miteinander ins Haus geschickt, damit wir Zeit haben, dieselben zu vergleichen, da wird sich langsam ein System herausbilden. Diese Bitte erlaube ich mir an das Präsidium zu stellen, im übrigen stimme ich bezüglich der drei Posten für die Vorlage.

Referent: Der Herr Vorredner war offenbar nicht bei Beginn der Sitzung anwesend, als ich die Ehre hatte, zu referieren. Ich habe da bemerkt, dass von Seite des Stadtrathes an den Magistrat bereits stricte Weisungen ergangen sind, in welcher Weise er vorzugehen habe. Es wird den Herrn Vorredner befriedigen, zu hören, welche Weisungen an den Magistrat ergangen sind (liest):

„1. Der Magistrat wird aufgefordert, weiterhin über die Leistungen der gesuchstellenden Vereine und Corporationen eingehendste Erhebungen zu pflegen, um einen denselben entsprechenden, möglichst richtigen Antrag zu stellen.

2. Weiters hat der Magistrat Veranlassung zu treffen, dass alle Gesuche dieser Art bis zu einem bestimmten Termine einlangen, damit dem Stadtrathe rechtzeitig eine vollständige Liste und ein vollständiger Bericht erstattet werden könne.

3. Der Magistrat erhält neuerlich den Auftrag, unverzögert wegen Regelung der Frage dieser Subventionen Berathungen zu pflegen und besonders darüber Bericht zu erstatten, ob nicht die Betheilung von Kindern mit Winterkleidung und Schuhen (die Weihnachtsbetheilung) künftighin in der Weise zu erfolgen habe, dass der Vertretung jedes Bezirkes ein den Verhältnissen desselben entsprechender Betrag zugewendet werde."

Der Herr Vorredner sieht, dass diese seine dankenswerten Anregungen bereits vom Stadtrathe escomptiert worden sind.

Gem.-Rath Hawranek: Ich erkläre voraus, dass ich für heuer für den Referenten-Antrag stimme, aber ich erkläre auch, dass ich ein entschiedener Gegner bin von Subventionen an Privatvereine. Wenn es nothwendig ist, dass Kinder betheilt werden, machen wir es ganz anders. Man weiß, dass in den ehemaligen Vororten viele arme Leute sind, da gibt man dem Armenrathe 1000 fl. für jeden Bezirk, und für die inneren Bezirke, weil nicht so große Noth ist, 500 fl.; das macht man fest und man kann vom Armenrathe voraussetzen, dass er wissen wird, wo die größte Noth ist.

Es geht nie recht zu bei den Privatvereinen; da wird Protection geübt und Kinder, die es am wenigsten nothwendig haben, werden angezogen. (Widerspruch.) Ob Sie dagegen sprechen oder nicht, ob Sie abwinken oder nicht, ich habe meine Überzeugung; ich habe auch Gelegenheit gehabt als Armenrath zu fungieren und weiß, wie es geht und was nothwendig ist.

In Zukunft wird jeder Verein, ob humanitärer Privatverein oder ein anderer, an den Gemeinderath kommen und um Subvention ersuchen. Das ist unerhört und ich werde gegen jede Subvention an einen Privatverein stimmen.

Ich bitte, meinen Antrag anzunehmen, dass in Hinkunft die äußeren Bezirke mit 1000 fl. und die inneren Bezirke mit 500 fl. für arme Kinder betheilt werden.

Gem.-Rath Stehlik: Ich danke dem Herrn Gem.-Rathe Silberer bestens, dass er meinen Antrag unterstützte. Wenn das geschehen wird, wäre etwas geleistet und es wäre auch diese Debatte erspart worden. Nun habe ich nur zu sagen: Bei dieser kleinen Betheilung, wo wir mehr als 50 fl. verlangt haben, wollten Sie nicht einen Heller mehr geben, und das hat mich bewogen, dass ich gegen die kolossale Summe von 1000 fl. gesprochen habe.

Der Herr St.-R. Witzelsberger hat gesagt, und ich werde ihn beim Worte nehmen und werde sehen, ob seine Behauptung stichhältig ist, er hat gesagt: Die Bezirke sollen einkommen und jeder Bezirk wird auch seine 1000 fl. bekommen. Ich bin neugierig, ob Herr St.-R. Witzelsberger mit seinen Parteigenossen aus Fünfhaus dafür stimmen wird. Ich werde ihn beim Worte nehmen.

Gem.-Rath Vaugoin: Ich fühle mich veranlasst, das Wort zu ergreifen, weil ein geehrter Herr Vorsprecher von dieser (linken) Seite erklärt hat, dass er gegen die Privatvereine überhaupt ist und gemeint hat, die Gemeinde solle sich die Unterstützungen selbst besorgen und die Gelder an die Bezirksvorsteher und Armenräthe geben.

Meine Herren! Die Privatwohlthätigkeit auszuschließen, wäre sehr gefahrvoll. Ich habe in Armen- und Subventions-Referaten durch eine Reihe von Jahren Kenntnisse und Erfahrungen gesammelt und ich weiß, dass Vereine, die von der Gemeinde mit 50, 100 oder 200 fl. unterstützt worden sind, das Zehnfache davon durch Sammlungen, durch Beiträge ihrer Mitglieder, durch Veranstaltung von Festen und Unterhaltungen u. dgl. hereingebracht haben. Und auf diese Weise wird eine große Anzahl von wohlhabenden Personen zur Privatwohlthätigkeit durch Vereine herangezogen, während in dem Momente, wo Sie große Summen an die Bezirksvorsteher hingeben, die Bevölkerung sagen wird, wie dies bereits in den neuen Bezirken der Fall ist: die Gemeinde Wien gibt 1000 fl. und vielleicht in ein paar Jahren 3000 fl., wir geben nichts mehr, und es wird die Privatwohlthätigkeit erlahmen. Ich bin überzeugt, dass Sie diese Summe für die Armen nicht hereinbringen werden, wenn Sie dem Antrage Hawranek zustimmen, der die Privatvereine nicht unterstützen will.

Schieben wir jene Männer und jene Damen, welche durch ihren Einfluss, ihre Bekanntschaft und durch den Sinn und Verständnis für die Bedürfnisse der Armen in deren Interesse wirken, nicht beiseite und seien wir froh, wenn sie uns einen Theil der Last abnehmen, welche uns gewiss sehr arg drücken würde, wenn die Gemeinde alles auf ihre eigenen Schultern nehmen müsste.

Ich bedauere, dass über die Privatvereine in diesem Saale eine so geringe Meinung besteht; das wird nicht dazu beitragen, die Betreffenden anzuspornen, in ihrem Eifer wie bisher fortzufahren. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Tomola: Ich will vor allem anderen auch nur den Schein abwenden, als ob ich irgend etwas gegen die Vereine einzuwenden hätte. Ich bin im Gegentheile ein wahrer Freund jedes Humanitätsvereines und begrüße dessen Wirken aufs lebhafteste. Aber es haben sich darin denn doch mannigfache Übelstände ergeben. Die Privatvereine thun sehr viel, aber was sie thun, ist — wie soll ich sagen — gleich einer Beute, auf welche sich die Thiere stürzen. Wer am geschicktesten ist, erwischt etwas. Es sind mir Fälle bekannt, wo ein und dasselbe Kind von drei und noch mehr Vereinen zu Weihnachten betheilt worden ist, während andere arme Kinder nichts bekommen haben. Es liegt, wie soll ich sagen, in

der physischen und geistigen Fähigkeit, im Talent des betreffenden Kindes, sich bei recht vielen Vereinen gut Kind zu machen und von denselben mehr zu erhaschen. Darum habe ich schon vor kurzer Zeit in meiner ersten Rede gesagt, es solle die ganze Sache soviel als möglich von den Behörden in Angriff genommen werden. So sehr ich diesen Standpunkt vertrete, so wenig kann ich den Standpunkt des Herrn Gem.-Rathes Hawranek billigen.

Wenn Herr Gem.-Rath Hawranek sagt, jedem Bezirke sollen 1000 fl. gegeben werden, so geht das nicht an. Die Noth läßt sich nicht mit dem Lineal messen, man muss eben so viel geben als nothwendig ist; man muss das Maß der Noth erheben und nach diesem Maßstabe geben. Darum ersuche ich Sie nochmals, endlich einmal Maßnahmen zu treffen, damit die wirkliche Noth von jenen Personen, welche dazu berufen sind, nämlich den Obmännern von Schulen, Bezirksausschüssen und Armenräthen, erhoben und darnach die Vertheilung vorgenommen werde.

Gem.-Rath Dr. Vogler: Ich constatiere, dass die letzten Redner sich von dem Gegenstande der heutigen Verhandlung weit entfernt haben, nämlich von der Subvention für die Vereine im XVI. Bezirke. Ich glaube, dass überhaupt die Frage, welche jetzt erörtert wird, später im Gemeinderathe noch zur Besprechung gelangen wird, nachdem noch ein Generalreferat über diese Angelegenheit kommt, und ich beantrage daher Schluss der Debatte.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Die Herren, welche für den Schluss der Debatte stimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Das Wort haben noch die Herren Gem.-Räthe Gregorig, Hawranek und Witzelsberger.

Gem.-Rath Gregorig: Meine Herren! Trotz der gegentheiligen Ansicht des Gem.-Rathes Dr. Vogler bin ich doch der Meinung, dass Herr Gem.-Rath Hawranek mit seinen Ausführungen nicht ganz Unrecht gehabt hat. Durch die vielen Vereine wird wirklich die Wohlthätigkeit sehr zerstreut. Herrn Collegen Hawranek ist es nicht eingefallen, zu verlangen, dass die Wohlthätigkeitsvereine aufgelöst werden sollen, er ist nur dafür, dass die Commune dazu nichts beisteuern soll. Die Leute sollen sich selbst bemühen. Heute wird mitunter bei diesen Vereinen in einer Weise vorgegangen, die lästig ist. Ich habe z. B. ein Gesuch um Unterstützung von einem solchen Vereine bekommen. Wohin soll das führen? Die Leute sollen bei Privatwohlthätern sammeln, die keine öffentliche Function haben, dann ist es ganz richtig. Jetzt gehen aber diese Vereine bei allen möglichen Leuten sammeln, und was geschieht dann mit dem Gelde? Sie gehen zu einem jüdischen Confectionär oder Schuhgroßhändler und kaufen dort Schuhe und Kleider. Das passt nicht. Sie sollen zu einem Schneider oder Schuhmacher gehen und dort das Geld anbringen. Das wäre richtig, aber nicht, wie mir ein Fall vorgekommen ist, dass eine Dame aus der Inneren Stadt in einer Equipage hinausgefahren ist und draußen bei einem Herrn Silberblatt Kleider gekauft hat. Es soll alles in dem Bezirke gekauft werden, wo das Geld gesammelt wurde, und in dieser Richtung möchte ich also meine Bedenken aussprechen.

Gem.-Rath Hawranek: Auf die Rede des Herrn Gem.-Rathes Baugoin muss ich erwidern, dass es den Privat-Wohlthätigkeitsvereinen gar nicht benommen werden soll, fortzuwirken. Aber wir sollen nichts dazu hergeben, denn wenn wir etwas hergeben, so wollen wir auch wissen, wofür, und das muss ausgewiesen werden. Daher ist mein Antrag sehr nothwendig. Die reichen Leute sollen unter sich sammeln und Kinder anziehen, aber nicht auf Kosten der Gemeinde sich einen großen Namen im Bezirke schaffen und dann bei den nächsten Wahlen wieder hausieren gehen.

(Gem.-Rath Witzelsberger verzichtet auf das Wort, ebenso der Herr Referent.)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wir schreiten zur Abstimmung.

Im XVI. Bezirke ist der Verein der Kinderfreunde in Neulerchenfeld; da beantragt der Herr Referent eine Subvention von 50 fl.; Herr Gem.-Rath Hipp beantragt dagegen statt 50 fl. 100 fl. zu geben. Diejenigen Herren, welche mit der höheren Ziffer von 100 fl. einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Gegen die Ziffer von 100 fl. für den Verein „Nikolaus" in Ottakring und die Ziffer von 50 fl. für den Verein „Kinderwohl" wurde keine Einwendung erhoben, diese Anträge sind daher angenommen.

Herr Gem.-Rath Hawranek hat den Antrag gestellt, es soll in Zukunft statt der Subventionierung der Privatvereine jedem Bezirke, und zwar den auswärtigen Bezicken je 1000 fl. und den alten Bezirken je 500 fl. zur Betheilung, resp. Bekleidung armer Schulkinder gegeben werden. Dieser Antrag geht zur Vorberathung an den Stadtrath. Sind die Herren damit einverstanden? (Zustimmung.) Damit ist der Gegenstand erledigt.

Beschluss: Es werden nachstehende Subventionen bewilligt, und zwar an:

Post-Nr. 1, II. Bezirk: Humanitätsverein „Leopoldstädter Kinderschutz"	50 fl.
Post-Nr. 2, II. Bezirk: Leopoldstädter Humanitätsverein	100 „
Post-Nr. 3, II. Bezirk: Humanitätsverein „Kaisermühlen"	50 „
Post-Nr. 4, II. Bezirk: Humanitätsverein „Leopoldstädter Kinderfreunde"	50 „
Post-Nr. 5, III. Bezirk: Verein zur Bekleidung armer Schulkinder im III. Bezirke . .	100 „
Post-Nr. 6, III. Bezirk: Verein zur Bekleidung und Unterstützung armer und würdiger Schüler der städtischen Doppel-Volksschule III. Bezirk, Schulgasse 3	50 „
Post-Nr. 7, V. Bezirk: I. Margarethener Humanitäts-Nikolobrüder-Verein . . .	50 „
Post-Nr. 8, VI. und VII. Bezirk: Gesellschaft der Kinderfreunde „Die Finken" . . .	50 „
Post-Nr. 9, IX. Bezirk: Verein zur Bekleidung armer Kinder von Lichtenthal und Himmelpfortgrund	50 „
Post-Nr. 10, X. Bezirk: Comité zur Veranstaltung einer Christbaumfeier . . .	200 „
Post-Nr. 11, X. Bezirk: Wohlthätigkeitsverein „Sennefelderbund"	50 „
Post-Nr. 12, XI. Bezirk: Unterstützungsverein für arme Schulkinder in Simmering .	200 „
Post-Nr. 13, XII. Bezirk: Kindergarten, Meidling, Schillergasse	400 „
Post-Nr. 13, XII. Bezirk: dem Waisenhause daselbst für die eigenen Waisen . . .	100 „

Post-Nr. 14, XII. Bezirk: Kinderbewahranstalt in Gaudenzdorf	100 fl.
Post-Nr. 15, XII. Bezirk: Verein der Kinderfreunde in Hetzendorf	50 „
Post-Nr. 16, XIII. Bezirk: Verein zur Bekleidung armer Schulkinder in Penzing .	50 „
Post-Nr. 17, XIII. Bezirk: Wohlthätigkeitsverein „Kinderliebe" in Breitensee . . .	50 „
Post-Nr. 18, XIV. Bezirk: Verein der Rudolfsheimer Kinderfreunde	100 „
Post-Nr. 19, XIV. Bezirk: Unentgeltliche Arbeitsschulen, Herklotzgasse 35 . . .	110 „
Post-Nr. 20, XV. Bezirk: dem Bezirksvorsteher für die Christbaumfeier	1000 „
Post-Nr. 21, XVI. Bezirk: Verein für Kinderfreunde in Neulerchenfeld	100 „
Post-Nr. 22, XVI. Bezirk: Humanitärer Verein „Nikolaus" in Ottakring	100 „
Post-Nr. 23, XVI. Bezirk: Wohlthätigkeitsverein „Kinderwohl"	50 „
Zusammen .	3210 fl.

15. Referent Gem.-Rath Dr. v. Billing: Zahl 7720. Dieses Stück gehört eigentlich noch zu dem früheren Referate. Der Humanitätsverein „Wilhelmsdorfer Kinderfreunde" ersucht auch um eine Subvention. Der Verein zählt ungefähr 200 Mitglieder und hat eine Einnahme von circa 700 fl., von denen 525 fl. rund im Vorjahre zur Vertheilung gelangten. Es wurden 60 Kinder betheilt. Der Stadtrath beantragt, diesem Vereine 50 fl. Subvention zu geben.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wünscht jemand das Wort? Nicht der Fall. — Angenommen.

Beschluss: Dem humanitären Vereine der „Wilhelmsdorfer Kinderfreunde in Meidling" wird eine Subvention von 50 fl. bewilligt.

16. Referent Gem.-Rath Dr. v. Billing: Zahl 7717. Es schreitet der pädagogische Verein in Hernals um eine Subvention für die Volksbibliothek ein.

Dieser pädagogische Verein, welcher, abgesehen von seinen sonstigen Zwecken, eine Volksbibliothek erhält, die gut assortiert ist und nach dem vorliegenden Ausweise von Jahr zu Jahr stetig besser und zwar ziemlich zahlreich besucht wird, hat im Vorjahre von Seite des Gemeinderathes für die Volksbibliothek eine Subvention von 250 fl. bekommen. Nachdem auch heuer wieder ein Fortschritt zu verzeichnen ist, so beantragt der Stadtrath, es möge abermals eine Subvention von 250 fl. bewilligt werden.

Bitte um Ihre Genehmigung.

Gem.-Rath Eigner: Hochgeehrte Versammlung! Dieser pädagogische Verein besteht im XVII. Bezirke 24 Jahre, die Volksbibliothek besteht fünf bis sechs Jahre, die Bücher der Volksbibliothek werden ohne Entgelt an die Unbemittelten verliehen. Man darf nur mit dem Meldzettel hingehen und bekommt die Bücher, dadurch werden, wie Sie zugeben müssen, Bücher verschiedener Art in Verlust gerathen, ich will nicht sagen, absichtlich — das weiß man nicht — kurz, man gibt sie dem Vereine nicht zurück und damit ist dieser geschädigt.

Die Gemeinde Hernals hat, solange die Volksbibliothek besteht, jährlich 200 fl. an den Verein gezahlt, und zwar für Wohnung und Heizungsmaterial.

Nun, meine Herren, wenn Sie diesem Vereine nur für das heurige Jahr das bewilligen wollen, so muss der Verein sofort, wenn er die Bezahlung erhalten hat, wieder einkommen, und nächstes Jahr haben wir wieder die nämliche Bewilligung, wie wir sie heuer haben. Mithin erlaube ich mir den Antrag zu stellen, man möge dem pädagogischen Vereine im XVII. Bezirke für die Jahre 1893, 1894 und 1895 je 250 fl. bewilligen, damit dieser Verein nicht wieder genöthigt ist, ein Gesuch einzureichen und wieder die Magistratsbeamten, den Stadtrath und Gemeinderath zu belästigen.

Ich ersuche die Herren von der rechten und linken Seite, diesen Antrag anzunehmen.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Diesen Antrag erlaube ich mir zu unterstützen, vorbehaltlich selbstverständlich des Rechtes, dass, wenn die Verhältnisse sich ändern sollten, die Subvention aufgehoben wird.

Referent: Ich möchte bitten, den Antrag jetzt nicht anzunehmen, sondern der Verein möge veranlasst werden, im nächsten Jahre um eine Subvention auf die Dauer von drei Jahren einzuschreiten. Solche Anträge werden vom Stadtrathe dem Gemeinderathe befürwortend vorgelegt, jedoch mit den Cautelen, dass alle Jahre ein Bericht vorgelegt werden muss und dass dem Gemeinderathe das Widerrufungsrecht zusteht. Ich bitte, bleiben Sie bei der Ordnung und gehen Sie nicht über das was der Verein selbst verlangt, hinaus. Dem Vereine wird dadurch nichts entzogen, er bekommt 250 fl. für heuer; er soll im nächsten Jahre ein Gesuch um eine Subvention auf drei Jahre machen, das kostet keine Mühe, und die werden wir ihm dann bewilligen. Ich bitte daher, den Antrag abzulehnen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wir schreiten zur Abstimmung. Der Herr Referent beantragt, es soll dem pädagogischen Vereine in Hernals eine Subvention für die Volksbibliothek in der Höhe von 250 fl. bewilligt werden.

Herr Gem.-Rath Eigner stellt den Antrag, es soll eine Subvention für drei Jahre, nämlich für 1893, 1894 und 1895, in der Höhe von je 250 fl. bewilligt werden. Die Herren, welche mit dem Antrage Eigner einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Minorität; abgelehnt.

Die Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Dem pädagogischen Vereine in Hernals wird für die Volksbibliothek eine Subvention von 250 fl. pro 1893 bewilligt.

17. Referent Gem.-Rath Dr. v. Billing: Zahl 7568. Der Gemeinderath hat in der Sitzung vom 28. October 1892 beschlossen, dass die Einhebung und Vorschreibung der Gebür für die Canalräumung in denjenigen ehemaligen Vororten, in welchen die Besorgung des Räumungsgeschäftes durch städtische Contrahenten geschieht, nach dem Tarife zu geschehen habe, welcher für die Bezirke I bis X bis Ende 1894 in Kraft steht. Damals wurde beschlossen, dass diese Vorschreibung bis 30. Juni 1894 stattfinden solle, weil mit diesem Tage die Contracte mit den städtischen Contrahenten ablaufen und eine neue Offertverhandlung bezüglich der Vergebung dieser Arbeit stattfinden soll. Seit 1. September 1893

traten nun folgende ehemalge Vororte ebenfalls in den Kreis jener Bezirke, wo die Räumung durch die städtischen Contrahenten geschieht: Gaudenzdorf, Breitensee, Sechshaus, Fünfhaus, Weinhaus, Gersthof, Pötzleinsdorf, Unter-Döbling, Nussdorf, Heiligenstadt und Grinzing. Es ist wohl selbstverständlich, dass von Seite des Gemeinderathes ausgesprochen werden muss, auch für diese Gebiete sei bei der Vorschreibung und Einhebung der Räumungsgebüren dieselbe Scala in Anwendung zu bringen, welche für die Bezirke I bis X gilt. Dies ist auch der erste Antrag des Stadtrathes. Die bezügliche Druckforte trägt die Nummer 201. Um aber eine Gleichmäßigkeit mit den anderen Bezirken herbeizuführen, beantragt der Stadtrath ferner, es möge die Vorschreibung nicht, wie im Jahre 1892 beschlossen wurde, bis 30 Juni, sondern bis Ende December 1894 gelten, weil es nicht gut angeht, mitten im Jahre eine neue Vorschreibung zu machen. Ich bitte um Annahme dieser Anträge.

Gem.-Rath Steiner: Ich habe in einer der letzten Sitzungen den Antrag gestellt, dass die Canaleinmündungsgebüren speciell für die Vororte mit ländlichem Charakter herabgesetzt werden, und glaube, dass derselbe auch bereits der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt worden ist.

Aber auch bei dieser Canalräumungsgebür kommt es vor, dass man Wirtschaftsbesitzern mitunter Unannehmlichkeiten bereitet. Bei dem Wirtschaftsbesitzer ist es so, dass er den Unrath für seine Felder und Weingärten verwendet. Es könnte also vielleicht von Seite des Präsidiums dahin gewirkt werden, dass man den betreffenden Wirtschaftsbesitzern, welche den Unrat zur Düngung der Felder und Äcker brauchen, weniger Schwierigkeiten im Wege lege.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich kann dem Herrn Vorredner nur erwidern, dass in dieser Hinsicht meines Wissens ohnedies mit der größten Rücksicht vorgegangen wird. Gewisse zutage tretende Übelstände kann man auf Straßen mit lebhaftem Verkehre nicht dulden.

(Referent verzichtet auf das Wort.)

Gegen den Referenten-Antrag liegt keine Einwendung vor. Derselbe ist angenommen.

Beschluss: 1. Die Vorschreibung und Einhebung der Canalräumungsgebüren hat in den Bezirkstheilen Gaudenzdorf, Breitensee, Sechshaus, Fünfhaus, Weinhaus, Gersthof, Pötzleinsdorf, Unter-Döbling, Nussdorf, Heiligenstadt und Grinzing für die Zeit vom 1. September 1893 bis Ende December 1894 nach der mit dem Gemeinderaths-Beschlusse vom 12. November 1889, Z. 6743, festgesetzten, für die Bezirke I bis X geltenden Repartitionsscala zu erfolgen;

2. auch in den übrigen im Gemeinderaths-Beschlusse vom 28. October 1892 angeführten Theilen der Vorortebezirke hat diese Scala bis Ende December 1894 in Geltung zu bleiben.

18. Referent Gem.-Rath Dr. v. Billing: Z. 7669. Im Versorgungshause in Ybbs befinden sich fünf Diener; dieselben haben den Wachtdienst am Thore, den Nachtwächterdienst, den Ordnungsdienst im Hause, sie haben auch alle Botengänge und dergleichen zu verrichten, sind also thatsächlich ziemlich beschäftigt. Diese Leute haben 20 fl. Monatslohn, während im Irrenhause die Wächter bei gleicher Thätigkeit 25 fl. monatlich bekommen. Es wird also beantragt, den erstgenannten Dienern vom 1. Jänner 1894 an den Lohn auf 25 fl. monatlich zu erhöhen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? — Angenommen.

Beschluss: Den fünf Wächtern im Ybbser Versorgungshause wird vom 1. Jänner 1894 der Monatslohn von 20 fl. auf 25 fl. erhöht.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung um 3/4 8 Uhr abends.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **16. November 1893.**

Vorsitzender: 2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Kreindl, Dr. Lederer, Dr. Lueger, Matthies, Matzenauer, Meißl, Müller, v. Neumann, Noske, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Dr. Stenzl, Baugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Experten: Oberbuchhalter Nelböck, Magistratsrath Silberbauer, Rechnungsrath Fechner.

Schriftführer: Magistrats-Secretär Roßner.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl eröffnet die Sitzung.

(8085 und 8086.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über das Ansuchen der Allgemeinen österreichischen Elektricitäts-Gesellschaft um Fristerstreckung zur Durchführung von Kabellegungen im diesjährigen Winter und über ein Ansuchen der Internationalen Elektricitäts-Gesellschaft gleichen Inhaltes.

Referent beantragt, es sei diesen Gesellschaften in Abänderung des Stadtraths-Beschlusses vom 30. October 1893, ZZ. 6736 und 7553, wonach im Jahre 1893 keine Bewilligungen für Kabellegungen mehr zu geben wären, die Bewilligung zur Kabellegung bis zum Eintritte des Frostwetters zu ertheilen. (Angenommen.)

(8117.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Allgemeinen österreichischen Elektricitäts-Gesellschaft um Bewilligung zur Herstellung von zwei provisorischen Luftleitungen behufs elektrischer Beleuchtung der Eislaufplätze im k. k. Augarten und im Stadtparke und beantragt die Ertheilung der Bewilligung zur Herstellung einer provisorischen Luftleitung von der Centrale II., Obere Donaustraße Nr. 23, zum Augarten und einer solchen von Or.-Nr. 10 Parkring bis zur Einfriedung des Stadtparkes, beide Leitungen auf Widerruf und unter den übrigen vom Magistrate beantragten Bedingungen, insbesondere gegen Entfernung der Leitungen, Masten und sonstigen Vorkehrungen auf Kosten dieser Gesellschaft nach Ablauf der Eislaufsaison.

(Angenommen.)

(7560.) **St.-R. Boschan** referiert über den Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien für das Jahr 1894.

Die in der Sitzung vom 9. November d. J. abgebrochene Debatte wird fortgesetzt.

Als Experten fungieren: Magistratsrath Silberbauer, Oberbuchhalter Nelböck, Rechnungsrath Fechner.

Gruppe V. „Sicherheitswesen."

Einnahmen:

Sämmtliche Positionen werden nach den mit den Anträgen des Magistrates übereinstimmenden Referenten-Anträgen genehmigt.

Ausgaben.

Ad Ausgabs-Rubrik XIX 2 „Zins für die vom Staate verwendeten Localitäten im städtischen Polizeigefangenhause VI., Theobaldgasse Nr. 2" beantragen die St.-R. Matzenauer und Dr. Lueger, es sei an das Ministerium des Innern das Ersuchen zu stellen, die Erklärung abzugeben, ob es geneigt sei, für die von der k. k. Polizei im Polizeigefangenhause benützten Localitäten den angeforderten Zins zu entrichten. (Angenommen.)

Ad Ausgabs-Rubrik XIX 7 a „Verschiedene Sicherheitsauslagen (für Feldhüter, Nachtwächter) . . . effective Auslagen" beantragt St.-R. Kreindl die Einstellung des Betrages von 10.000 fl. für Feldhüter. (Wird abgelehnt.)

Ad Ausgabs-Rubrik XX 6 b „Erneuerung der Löschrequisiten und Ausrüstungsgegenstände" beantragt Referent, statt der magistratischen Position per 45.000 fl. nur den Betrag von 30.000 fl. einzustellen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, den Betrag von 30.000 fl. einzustellen für Zahlung bereits bestellter Ausrüstungsgegenstände und den Betrag per 10.000 fl. behufs Deckung der Kosten der im Jahre 1894 anzuschaffenden Ausrüstungsgegenstände.

St.-R. Noske beantragt, es sei der Magistrat zu beauftragen, einen Ausweis über das Inventar der Feuerwehr unter Beisetzung der Wertangabe für die einzelnen Gegenstände vorzulegen, um hieraus ein Urtheil über das Abnützungspercent zu erlangen.

Referent modificiert seinen ursprünglichen Antrag dahin, es sei der Betrag von 35.000 fl. einzustellen. In die Anmerkung sei zu setzen, dass hievon 30.000 fl. für bereits im Jahre 1893 bestellte Gegenstände und 5000 fl. für Neuanschaffungen entfallen.

St.-R. Dr. Lueger zieht seinen Antrag zu Gunsten des modificierten Referenten-Antrages zurück.

Der Antrag Noske und der modificierte Referenten-Antrag werden angenommen.

Ad Ausgabs-Rubrik XX 9 „Verschiedene Erfordernisse" beantragt St.-R. Dr. Lueger, den in der Anmerkung angeführten Betrag von 3000 fl. für Drucklegung des Exercier- und Dienstreglements für die Berufsfeuerwehr und von 500 fl. für die Herausgabe einer neuen Telegraphisten-Instruction auszunehmen und hierüber nähere Aufklärungen zu verlangen. (Angenommen.)

Der Rest dieser Position per 5200 fl. wird eingestellt.

Zur nächsten Berathung ist Feuerwehr-Commandant Zier einzuladen.

Ad Ausgabs-Rubrik XX 10 „Subventionen an freiwillige Feuerwehren in den einbezogenen Vorortegemeinden" beantragt St.-R. Matzenauer die Streichung der Worte: „in den einbezogenen Vorortegemeinden". (Angenommen.)

Die übrigen Positionen werden nach den mit den Anträgen des Magistrates übereinstimmenden Referenten-Anträgen angenommen.

Gruppe VI. „Öffentliche Arbeiten."

Einnahmen.

Ad Einnahms-Rubrik XXII 5 b „Übrige Platzgelder" beantragt St.-R. Dr. Huber, das Wort „Übrige" durch „Sonstige" zu ersetzen. (Angenommen.)

Ad Einnahms-Rubrik XXII 11 „Gebüren aus der Verbauung von auf der Schmelz gelegenen Gründen auf Grund des mit allerh. Entschließung vom 10. April 1874 genehmigten Beschlusses des n.-ö. Landtages vom 16. Jänner 1874, L.-G.-Bl. Nr. 19" beantragt St.-R. Rückauf, es sei die Aufhebung der Gebüren anzustreben.

St.-R. Dr. Hackenberg beantragt, den Magistrat zu beauftragen, das Referat wegen Aufhebung dieser Gebüren ehestens zu erstatten.

St.-R. Dr. Lueger beantragt als Zusatz: „und zwar zu einer solchen Zeit, dass eventuell noch die nöthige Eingabe an den n.-ö. Landtag vor Beginn des nächsten Sessions-Abschnittes eingebracht werden kann".

Anträge Dr. Hackenberg und Dr. Lueger angenommen.

Ad Einnahms-Rubrik XXII 12 „Verschiedene Einnahmen und Rückvergütungen, reelle Empfänge" beantragt Oberbuchhalter Nelböck die Streichung des Betrages von . . . . . 12.530 fl.

Dieser Antrag wird angenommen und die magistratische Position per . . . . . 14.590 fl.
auf . . . . . 2.060 fl.
reduciert.

Ad Einnahms-Rubrik XXVI 1 a „Effective Wasserbezugsgebüren für Wasser aus der Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung" beantragt Referent, anstatt der vom Magistrate beantragten Summe
von . . . . . 6250 fl.
an Gebüren für in den neuen Bezirken abgegebenes Hochquellenwasser
den Betrag von . . . . . 30.000 fl.
einzustellen, wodurch die Gesammtposition per . . . 1,330.200 fl.
auf . . . . . 1,353.950 fl.
sich erhöhen würde.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter beantragt, in Abänderung des Referenten-Antrages statt . . . . . 6.250 fl.
den Betrag von . . . . . 25.000 fl.
einzustellen und in der Anmerkung zu setzen: „für Wasserabgabe in den neuen Bezirken".

Nachdem von mehreren Stadträthen noch eine Aufklärung bezüglich der in der Anmerkung sub III angegebenen Summe von 26.117 fl. 50 kr. an Wassergebüren für an fremde Gemeinden und Parteien in denselben, sowie an Parteien in den einbezogenen Vorortegemeinden gewünscht wird, wird die Abstimmung über die in der Rubrik XXVI 1 a einzustellende Ziffer bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Ad Einnahms-Rubrik XXVI 2 a „Durchgeführte Wasserbezugswerte für das zu öffentlichen Zwecken aus der Hochquellenleitung abgegebene Wasser" beantragt St.-R. Dr. Lueger die Streichung der magistratischen Position per . . . . . 170.220 fl.

Dieser Antrag wird abgelehnt und diese Position nach dem mit dem Magistrats-Antrage übereinstimmenden Referenten-Antrage belassen.

Ad Einnahms-Rubrik XXVI 2 b „Für das zu öffentlichen Zwecken aus der Albertinischen Wasserleitung abgegebene Wasser" beantragt St.-R. Schlechter, es sei der Magistrat zu beauftragen, über die Ergiebigkeit und den Zustand der Albertinischen Wasserleitung und der sogenannten Ottakringer Hofwasserleitung, sowie über

die Verwendung des Wassers aus diesen beiden Wasserleitungen dem Gemeinderathe einen eingehenden Bericht vorzulegen.

(Angenommen.)

Die übrigen Einnahms-Positionen der Gruppe VI bis inclusive Rubrik XXVI werden nach den mit den Anträgen des Magistrates übereinstimmenden Referenten-Anträgen angenommen.

Ausgaben.

Ausgabs-Rubrik XXII 1 „Straßenwesen, Erhaltung des Pflasters, Neupflasterungen und Straßenherstellungen" bleibt vorläufig in suspenso.

Ad Ausgabs-Rubrik XXII 4 „Ankauf von Realitäten und Gründen zur Straßenverbreiterung" beantragt Referent die Streichung des Betrages von . . . . . 100.000 fl.
von der magistratischen Position per . . . . . 300.000 fl.
somit Einstellung des Betrages von . . . . . 200.000 fl.

St.-R. Dr. Lueger beantragt die Beibehaltung der vom Magistrate eingestellten Summe per . . . . . 300.000 fl.

Dieser Antrag wird angenommen.

Ad Ausgabs-Rubrik XXII 5 b „Bezüge des Aufsichts- und Straßensäuberungs-Personales" beantragt Oberbuchhalter Nelböck die Streichung eines Betrages von . . . . . 3100 fl.

Referent accommodiert sich, angenommen; es wird daher statt der vom Magistrate beantragten Position per . . 810.940 fl.
nur eingestellt der Betrag von . . . . . 807.840 fl.

Ad Ausgabs-Rubrik XXII 5 d „Pachtschillinge für die Abfuhr des Hauskehrichtes" beantragt Oberbuchhalter Nelböck die Erhöhung der magistratischen Position per . . . . . 162.710 fl.
um den Betrag von . . . . . 26.570 fl.

Referent accommodiert sich; es wird nunmehr die erhöhte Position per . . . . . 189.280 fl.
eingestellt.

Ad Ausgabs-Rubrik XXII 6 c „Wasserbezugsgebüren — durchgeführter Wert des zur Straßenbespritzung verwendeten Hochquellenwassers" beantragt St.-R. Dr. Lueger die Streichung der ganzen Position per . . . . . 43.000 fl.

Dieser Betrag wird eingestellt; es entfällt sonach der Antrag Dr. Lueger.

Ad Ausgabs-Rubrik XXII 8 „Barrièren und Schranken" beantragt St.-R. Dr. v. Billing, von der magistratischen Position per . . . . . 7000 fl.
den Betrag von . . . . . 2000 fl.
abzustreichen; angenommen.

Es wird sonach nur der Betrag von . . . . . 5000 fl.
eingestellt.

Ad Ausgabs-Rubrik XXII 9 „Verschiedene Auslagen" per 10.000 fl. beantragt St.-R. Noske einen Abstrich von . 4000 fl.

Referent accommodiert sich; angenommen. Es werden demnach nur . . . . . 6000 fl.
eingestellt.

Ad Ausgabs-Rubrik XXII 11 „Errichtung von Schöpfbrunnen zur Straßenbespritzung in den einbezogenen Vorortegemeinden" beantragt Referent die Streichung der Worte: „in den einbezogenen Vorortegemeinden". (Angenommen.)

Ad Ausgabs-Rubrik XXIII 4 „Erhaltung sonstiger Brücken in den einbezogenen Vorortegemeinden" wird der gleiche Beschluss gefasst.

Ad Ausgabs-Rubrik XXIII 5 „Erhaltung der Ufer-Gerinne und Regulierung von Bächen" per . . . . . 10.000 fl.
beantragt Referent, bloß den Betrag von . . . . . 6000 fl.
einzustellen. (Angenommen.)

Ad Ausgabs-Rubrik XXIII 8 „Erbauung einer neuen Brücke über den Donaucanal an Stelle der Franzenskettenbrücke" beantragt St.-R. Noske die Streichung der magistratischen Position per 50.000 fl.

St.-R. Müller beantragt die Einstellung eines Betrages von 10.000 fl.

St.-R. Matzenauer beantragt die Einstellung von 5000 fl.

Referent accommodiert sich; dieser Antrag wird angenommen; es werden sohin nur . . . . . 5000 fl.
eingestellt.

Ad Ausgabs-Rubrik XXIII 9 „Herstellung einer hölzernen Fahrbrücke über den Wienfluss zwischen Ober-St. Veit und Baumgarten" beantragt St.-R. v. Götz die Einstellung des Betrages von 6000 fl.

Wird mit 12 gegen 7 Stimmen abgelehnt.

St.-R. v. Götz beantragt weiters, einzustellen:

„Für Überbrückung des Lainzerbaches in Lainz bei der Brunnengasse" . . . . . 1500 fl.

und „für Herstellung eines Gehsteges bei der Station Hütteldorf Bad" . . . . . 1000 fl.

Beide Anträge werden abgelehnt und zwar ersterer mit 11 gegen 8 Stimmen.

Ad Ausgabs-Rubrik XXIV 1 n „Auslagen für außergewöhnliche Garten-Erfordernisse und infolge von Elementar-Ereignissen" beantragt Referent den Abstrich der für Canalisierung des Stadtparkes eingestellten ersten Rate per 16.000 fl., daher statt 34.100 fl. einzustellen den Betrag von . . . . . 18.100 fl.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, die in der Anmerkung enthaltenen Posten:

„Für Nachpflanzung von Bäumen auf der Ring- und Lastenstraße" . . . . . 2500 fl.

und „für die Herstellung einer Cunette auf der Ringstraße" einen Theilbetrag von . . . . . 12.000 fl.
als separate Budgetposten einzustellen.

St.-R. Matzenauer präcisiert diesen Antrag dahin, dass der Betrag von 2500 fl. als Post o α und der Betrag von 12.000 fl. als Post o β einzustellen sei.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, den in der Anmerkung enthaltenen Betrag von 1000 fl. für die Herstellung einer Felspartie im Türkenschanzparke zu streichen.

St.-R. Matzenauer beantragt, nur 500 fl. hievon zu streichen.

Bei der Abstimmung wird:

1. Der Antrag des Referenten auf Streichung von 16.000 fl. angenommen.

2. Der erste Antrag Matzenauer angenommen.

3. Der Betrag von 1000 fl. für die Felspartie im Türkenschanzparke gestrichen.

Es ist sonach einzustellen:

Als XXIV n „Auslagen für außergewöhnliche Erfordernisse und infolge von Elementar-Ereignissen" der Betrag von . . . 2600 fl., wovon laut der zu machenden Anmerkung 500 fl. für die Versetzung eines Theiles der Planke in der städtischen Baumschule anlässlich der Friedhoferweiterung, 500 fl. für Miete eines Locales zum Überwintern von Pflanzen und 1600 fl. für Schneesäuberung und sonstige Auslagen aus Anlass von Elementar-Ereignissen entfallen.

Als Ausgabs-Rubrik XXIV Post o α ist einzustellen:

für Nachpflanzung von Bäumen auf der Ring- und Lastenstraße . . . . . 2500 fl.

Als Ausgabs-Rubrik XXIV Post o β ist einzustellen:

„für Herstellung einer Cunette auf der Ringstraße auf Grund des Gemeinderaths-Beschlusses vom 3. November 1891, Z. 687, ein weiterer Theilbetrag per . . . . . 12.000 fl.

Ad Ausgabs-Rubrik XXIV 2 „Erhaltung der in der Obsorge der Bezirksvorsteher stehenden Anlagen, a) effective Auslagen" beantragt Vice-Bürgermeister Dr. Richter die Ausscheidung jener unter dem Ordinarium enthaltenen Posten, welche außerordentliche Auslagen sind.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, diese Posten für außerordentliche Auslagen in Ausgabs-Rubrik XXIV B „außerordentliche Ausgaben" hinüberzunehmen.

Beide Anträge werden angenommen.

St.-R. Noske beantragt, aus dem Extra-Ordinarium zu streichen 2500 fl. für Herstellung neuer Baumpflanzungen und Anlagen im II. Bezirke, und 3000 fl. für die Anpflanzung von Baumreihen im oberen Theile der Landstraße Hauptstraße.

Beide Posten werden aufrecht erhalten.

St.-R. Rückauf beantragt die Änderung des in der Anmerkung vorkommenden Wortes „Ringstraßenbänke" in „Bänke".

(Angenommen.)

Im Sinne des Antrages Dr. Lueger werden in Ausgabs-Rubrik XXIV B „außerordentliche Auslagen" übertragen:

Für Herstellung von neuen Baumpflanzungen und Anlagen im II. Bezirke . . . . . 2500 fl.

Für Anpflanzung neuer Baumreihen im oberen Theile der Landstraße Hauptstraße . . . . . 3000 fl.

Für den XIII. Bezirk zur Herstellung einer Gartenanlage am Kirchenplatze in Breitensee . . . . . 800 fl.

Für den XIV. Bezirk zur Herstellung von Baumpflanzungen am freien Platze bei der Schmelzbrücke . . . . . 470 fl.

Für den XV. Bezirk zur Anpflanzung von Gesträuchen längs der Einfriedung auf dem Henriettenplatze . . . . . 300 fl.

Für den XVII. Bezirk zur Verbesserung der Allee im oberen Theile der Salmannsdorferstraße . . . . . 300 fl.

Es wird demnach in Ausgabs-Rubrik XXIV 2 a nur eingestellt der Betrag von . . . . . 47.890 fl.
es ist jedoch der hier ausgeschiedene Betrag per . . . . 7.370 fl.
in Rubrik XXIV B als Post 11 bis 16 einzustellen.

Ad Ausgabs-Rubrik XXIV 10 „Herstellung von anderweitigen neuen Gartenanlagen und Baumanpflanzungen in sämmtlichen Bezirken Wiens" beantragt St.-R. Noske, anstatt der magistratischen Position per . . . . . 20.000 fl.
nur 10.000 fl. einzustellen.

Referent accommodiert sich; es wird jedoch die magistratische Position per 20.000 fl. angenommen.

Ad Ausgabs-Rubrik XXV „Eigentliche Beleuchtungskosten und Gasbeleuchtung" beantragt Referent einen Abstrich von . 15.000 fl.
somit Einstellung des Betrages von . . . . . 637.790 fl.
anstatt der magistratischen Position per . . . . . 652.790 fl.

St.-R. Dr. Lueger beantragt Einstellung des vom Magistrate beantragten Betrages per . . . . . 652.790 fl.

(Wird mit 12 Stimmen angenommen.)

Ad Ausgabs-Rubrik XXVI 1 e „Herstellung von Auslaufbrunnen" beantragt St.-R. Noske die Einstellung des Betrages von . 10.000 fl.
anstatt der magistratischen Position per . . . . . 20.000 fl.

St.-R. v. Götz beantragt die Belassung der Position per 20.000 fl.

Referent accommodiert sich dem Antrage Noske.

Der Antrag v. Götz wird abgelehnt; der modificierte Referenten-Antrag auf Einstellung von . . . . . 10.000 fl. angenommen.

Ad Ausgabs-Rubrik XXVI 2 a „Effective Bezüge des Betriebspersonales der Kaiser Ferdinands-Wasserleitung" beantragt Rechnungsrath Fechner einen Abstrich von . . . . . 980 fl.;
es wird sohin statt der magistratischen Position per . . . 2100 fl.
der Betrag von . . . . . 1120 fl.
eingestellt.

Ad Ausgabs-Rubrik XXVI 2 d „Feuerungs-Auslagen" beantragt St.-R. Matzenauer, statt der magistratischen Position per 150 fl.
nur den Betrag von . . . . . 40 fl.
einzustellen. (Angenommen.)

Ad Ausgabs-Rubrik XXVI 2 e „Verschiedene Betriebsauslagen" beantragt St.-R. Noske, statt der magistratischen Position per 300 fl.
nur den Betrag von . . . . . 100 fl.
einzustellen.

Die magistratische Position per . . . . . 300 fl.
wird angenommen.

Ad Ausgabs-Rubrik XXVI 4 „Erhaltung und Betrieb von öffentlichen Wasserleitungen und Brunnen" beantragt Referent, von der magistratischen Position per . . . . . 20.000 fl.
den Betrag von . . . . . 10.000 fl.
abzustreichen.

Über Antrag des St.-R. Dr. Lueger wird diese Post in suspenso gelassen und ist zur nächsten Sitzung der betreffende Bauamts-Referent zur Auskunft vorzuladen.

Ad Ausgabs-Rubrik XXVI 6 „Erweiterung und Fertigstellung der Hochquellenleitung, a) Herstellung neuer Rohrstränge der Hochquellenleitung ꝛc." beantragt St.-R. Dr. Lueger, dass die in der Anmerkung enthaltenen Beträge als Theilpositionen der Ausgabs-Rubrik XXVI a ins Budget einzustellen seien. (Angenommen.)

Ad Ausgabs-Rubrik XXVI 6 c „Vorauslagen für die Einleitung neuer Quellen und für Studien in Angelegenheit der Ergänzung der Wasserversorgung" beantragt St.-R. Matzenauer die Einstellung des Betrages von 20.000 fl. anstatt der magistratischen Position per 10.000 fl.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, in der Anmerkung die Worte: „für Studien wegen Herstellung einer entsprechenden Filteranlage" zu streichen.

Der Antrag Matzenauer und der Antrag Dr. Lueger wird abgelehnt.

Es bleibt sonach die magistratische Position per 10.000 fl.

Ad Ausgabs-Rubrik XXVI f „Ankauf von Gründen und Realitäten außerhalb des Wiener Gemeindegebietes für Zwecke der Hochquellenleitung" beantragt Vice-Bürgermeister Dr. Richter die Streichung des vom Stadtbauamte für allfällige weitere Grunderwerbungen in Aussicht genommenen Betrages per 200.000 fl.

Dieser Antrag wird angenommen.

Es wird sohin statt der magistratischen Position per 1,235.000 fl. der Betrag von 1,035.000 fl. eingestellt.

Ad Ausgabs-Rubrik XXVI 6 g „Entschädigung an Wasserrechts-Interessenten" beantragt Vice-Bürgermeister Dr. Richter die Streichung des Betrages von 180.000 fl., welcher vom Bauamte für Befriedigung von noch schwebenden Entschädigungsansprüchen eingesetzt wurde.

St.-R. Noske beantragt die Streichung des für die Herstellung einer eigenen Wasserleitung für Neunkirchen eingestellten Betrages per 120.000 fl.

Der Antrag Dr. Richter wird angenommen, der vom St.-R. Noske zur Streichung beantragte Betrag per 120.000 fl. jedoch eingestellt.

Es ist somit statt der magistratischen Position per 2,265.690 fl. der Betrag von 2,445.690 fl. einzustellen.

Ad Ausgabs-Rubrik XXVI 8 „Herstellung neuer Wasserleitungen mit Benützung vorhandener Quellen in den ehemaligen Vorortegemeinden" wird die Beschlussfassung vertagt.

Im übrigen werden sämmtliche Ausgabs-Positionen der Gruppe VI nach den mit den Magistrats-Anträgen übereinstimmenden Referenten-Anträgen angenommen.

(Schluss der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **17. November 1893.**

Vorsitzende: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Anwesende: Dr. v. Billing, Müller, Boschan, Noske, v. Götz, Rückauf, Dr. Hackenberg, Schlechter, Dr. Huber, Schneiderhan, Kreindl, Dr. Stenzl, Dr. Lederer, Baugoin, Dr. Lueger, Dr. Vogler, Matzenauer, Witzelsberger, Meißl, Wurm.

Entschuldigt: St.-R. Matthies, v. Neumann.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl eröffnet die Sitzung und theilt mit, dass die St.-R. Matthies und Ritt. v. Neumann ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung entschuldigen.

(Zur Kenntnis.)

(8113.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über das Ansuchen des Joachim Tschiaßny durch Dr. Heinrich Graf um Löschung der grundbücherlich vorgemerkten Verbindlichkeit zur Herstellung des richtigen Niveaus in Gemäßheit des Absatzes 4 des Reverses vom 28. März 1886, M.-Z. 28960, bezüglich der Einl.-Z. 1775, 1913, 1397 und 37 des X. Bezirkes in Wien und beantragt die Ausstellung der Löschungserklärung auf Kosten des Gesuchstellers. (Angenommen.)

(8026.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Alois Schumacher durch Dr. L. Ploderer um Löschung der auf dem Hause Einl.-Z. 1008, VII., Kirchberggasse, grundbücherlich vorgemerkten Reallast die Demolierung und beantragt die Ausstellung der angesuchten Löschungserklärung auf Kosten des Gesuchstellers.

(Angenommen.)

(8027.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Anton und der Aloisia Müllner durch Dr. Joh. Damian um Löschung des auf der Einl.-Z. 1124 in Rudolfsheim haftenden Pfandrechtes für die Caution per 1000 fl. und beantragt, die Löschung auf Kosten der Gesuchsteller zu genehmigen. (Angenommen.)

(7915.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Marie Krautil, Registratorswaise, um Fortbezug der Gnadengabe und beantragt, der Genannten für ihre gänzlich erwerbsunfähige Tochter Marie vom 28. October 1893 an auf die Dauer von drei Jahren, eventuell bis zu einer anderweitigen etwa früher eintretenden Versorgung, statt der bisher bezogenen Gnadengabe jährlicher 70 fl. eine Gnadengabe von jährlich 120 fl. zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(7937.) **Derselbe** referiert über den Stiftbrief-Entwurf der Jakob Kuffner'schen Studienstiftung und beantragt, den im Sinne des Statthalterei-Erlasses vom 28. April 1893, Z. 22014, modificierten, beziehungsweise ergänzten Stiftbrief-Entwurf zu genehmigen.

(Angenommen.)

(7957.) **Derselbe** referiert über den Stiftbrief-Entwurf für den Charlotte Krünes'schen Stiftplatz im Hernalser Officierstöchter-Institut und beantragt die Genehmigung des diesfalls vorgelegten Entwurfes. (Angenommen.)

(8140.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über das Ansuchen der Hermine Scheinberger um Übertragung des von derselben gepachteten Grundes im V. Bezirke bei der Hundsthurmerlinie an Josef Meindl und beantragt, die pachtweise Übertragung des von Hermine Scheinberger mit Vertrag vom 26. October 1892, Z. 170990, gepachteten Theiles per 436 m² der städtischen Parcelle Nr. 509 im V. Bezirke an den Tischler Josef Meindl werde unter folgenden Bedingungen genehmigt:

1. Der Jahrespachtzins ist mit dem angebotenen Betrage von 400 fl. festzusetzen;

2. die am Pachtgrunde befindlichen Bauobjecte dürfen nur zur Ausübung des Möbelhandels und nicht zu anderen Zwecken, insbesondere auch nicht als Tischlerwerkstätte benützt werden;

3. im übrigen sind die Bestimmungen des Vertrages vom 26. October 1892, Z. 170990, in den Pachtvertrag aufzunehmen.

(Angenommen.)

(8104.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis für den Umbau des Canales in der Johannesgasse im XII. Bezirke und beantragt die Genehmigung des Bestbotes der Firma H. Nella & Comp. (4·5 Percent Nachlass, 184 fl. 96 kr. Ersparnis.)

(Angenommen.)

(7911.) **Derselbe** referiert über das neuerliche Offertverhandlungs-Ergebnis puncto Vergebung der Reinigung der Kotzen und Hallinadecken in den städtischen Humanitätsanstalten pro 1894.

Referent beantragt, diese Arbeiten dem Offerenten Saul Pineles in Genehmigung seines Offertes, jedoch nur auf die Dauer eines Jahres, d. i. bis Ende 1894, zu übertragen.

St.-R. Noske beantragt die Ausschreibung einer neuerlichen Offertverhandlung unter Verständigung der Genossenschaft der Wäscher.

St.-R. Meißl beantragt, den Act an den Magistrat zurückzuleiten, damit die Genossenschaft der Wäscher einvernommen werde, um auf Grund dieser Äußerung eine bessere Beurtheilung des vorliegenden Resultates zu erlangen.

Antrag Noske abgelehnt.

Antrag Meißl angenommen.

(7974.) **Derselbe** referiert über die Offerte des Anton Wasserburger, Pächters des Gemeindegasthauses in Neustift a. W., auf käufliche Überlassung dieser Realität, eventuell Verlängerung des Pachtvertrages und beantragt, auf den Verkauf nicht einzugehen, den Pachtvertrag jedoch auf weitere sechs Jahre gegen einen Pachtzins von 1000 fl. pro Jahr zu verlängern.

St.-R. Meißl beantragt die Einleitung von Verkaufsverhandlungen.

Referent beantragt, für den Fall des Verkaufes zu bedingen, dass der Grundtheil, auf welchem sich der Brunnen befindet, vom Verkaufe ausgeschieden oder bezüglich desselben eine Servitut bestellt werde.

Antrag Meißl (unter Rücksichtnahme auf den Eventual-Antrag des Referenten angenommen.

(8108.) **Derselbe** referiert über die Vorstellung des Karl Zmojemsky wegen Abweisung seines Ansuchens um Aufstellung weiterer Lebzelterstände im XII. Bezirke und beantragt, dem Ansuchen theilweise Folge zu geben und zu gestatten, dass Petent in der Wilhelmsstraße bei Nr. 9 und Kriechbaumgasse Nr. 24 je einen Stand aufstellen dürfe. (Angenommen.)

(8023.) **Derselbe** referiert über die Abschreibung eines Mietzinsrückstandes nach Josefa Teuber für die Wohnung Nr. 2 im städt. Hause XII., Meidlinger Hauptstraße 68, per restlichen 4 fl. 11 kr. und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(8077.) **Derselbe** referiert über rückständige Trottoir-Pflasterungskosten nach Josef und Margarethe Wolz für das Haus XII., Hetzendorf, Hauptstraße 90, per 53 fl. 31 kr. und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(7967.) **Derselbe** referiert über verschiedene rückständige Gebüren nach 21 Parteien aus dem XIX. Bezirke im Gesammtbetrage von 156 fl. 19 kr. und beantragt die Abschreibung dieser Gebüren aus den im Magistrats-Antrage angeführten Titeln. (Angenommen.)

(7825.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Eigner wegen Verhaltung des städtischen Contrahenten Rousseau zur Straßensäuberung im XVII. Bezirke bis 31. October 1893 und beantragt, den vorliegenden Bericht des Bezirksvorstehers für den XVII. Bezirk zur Kenntnis zu nehmen, aus welchem hervorgeht, dass über den in Rede stehenden Antrag keine Verfügung getroffen werden könne.

(8106.) **Derselbe** referiert über den mit Bescheid des magistratischen Bezirksamtes für den XII. Bezirk vom 8. November 1893, Z. 30976, ertheilten Bewohnungs- und Benützungsconsens für den Zubau zu dem Hause Conscr.-Nr. 216 Hetzendorf, XII. Bezirk, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(7925.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem VII. Bezirke und beantragt die Ertheilung der Zusicherung an:

Ungar Josef, Posamentierer;

Sundhausen August Albert, Fächermalergehilfe;

Hohenberg Karl, Krankencontrolor. (Angenommen.)

(7926.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem VII. Bezirke und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Laula Stephan, Maurer und Hausbesorger;

Spira Isidor, Möbelhändler;

Geyer Johann Wolfgang, Geschäftsdiener und Hausbesorger;

Kräuterblüth Jakob, Juweliergehilfe;

Swozil Anton, Metalldruckergehilfe;

Bazala Wenzel, Schuhmachermeister;

Meigsner Marie, Weißnäherin;

Schwabl Johann, Tischlermeister;

Moser Anton, Schneidermeister;

Sterba Johann, Schuhmachermeister;

Kosterschitz Josef, Fragner;

Leckel Karoline Magdalena, Bedienerin;

Urban Franz, Gemischtwaren-Verschleißer;

Wolf Roman, Kanzlist;

Novak Helene, Bedienerin. (Angenommen.)

(7965.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Wiener Humanitätsvereines „Union" um Preisermäßigung bei Benützung des Theresienbades, XII. Bezirk, und beantragt mit Beziehung auf das Magistrats-Referat vom 17. November 1893, Z. 211766/92, in Betreff der Organisierung des Betriebes des städtischen Theresienbades die Ablehnung des Ansuchens. (Angenommen.)

(7861.) **St.-R. Matzenauer** referiert über den Bericht des Bibliotheks-Directors, betreffend die seitens des Besitzers des zur Demolierung gelangenden „Darwarhofes", I., Fleischmarkt, Herrn Josef Sucharipa, in Aussicht gestellte geschenkweise Überlassung eines aus der Zeit Kaiser Friedrich III. stammenden gothischen Erkers mit fünf Wappen und beantragt, auf diese geschenkweise Überlassung einzugehen und die vorläufige Aufbewahrung des bezeichneten Objectes im städtischen Materialdepot zu veranlassen. (Angenommen.)

(7782.) **Derselbe** referiert über die Anschaffung von Salvator-Medaillen und beantragt die Genehmigung des Kostenbetrages per 1946 fl. 79½ kr., sowie die Bewilligung eines Zuschusscredites per 2577 fl. 64½ kr. zur Position der Ausgabs-Rubrik LII 7.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, nur den Theilcredit per 600 fl. mit Rücksicht auf die schon erfolgte Ausgabe zu bewilligen, dagegen die Bewilligung eines weiteren Credites abzulehnen.

Referenten-Antrag angenommen.

(Ad 7932.) **St.-R. Boschan** referiert über eine von der Firma H. Engel & Sohn vorgelegte neue Zeichnung für den als Mittelstück der Schuldverschreibung des 35 Millionen-Kronen-Anlehens der Gemeinde Wien zu verwendenden Fries, sowie über die Anbringung eines Trockenstempels auf den Coupons.

Referent beantragt:

1. die nunmehr vorgelegte Zeichnung für das Mittelstück zu genehmigen;

2. von der Anbringung eines Trockenstempels auf den Coupons Umgang zu nehmen.

St.-R. Matzenauer beantragt, von der verlangten Gothik des Mittelstückes abzusehen und es der Firma zu überlassen, die Verzierung im Geiste der übrigen Ornamentik durchzuführen.

Antrag Matzenauer abgelehnt, Referenten-Antrag 1 und 2 angenommen.

(8127.) **St.-R. Dr. Stenzl** referiert über die provisorische Verleihung der durch die Dienstesenthebung des Dr. Victor Baumgarten erledigten Stelle eines städtischen Arztes im XV. Bezirke und beantragt, diese Stelle provisorisch bis zur definitiven Regelung des Gemeinde-Sanitätsdienstes dem Dr. Franz Gutmann zu verleihen und demselben die für diese Stelle fixierte Jahresremuneration per 1000 fl. vom 1. November d. J. unter gleichzeitiger Einstellung seiner bisherigen Supplierungsgebür von 50 fl. monatlich anzuweisen. (Angenommen.)

(7877.) **Derselbe** referiert über die Vermehrung der Zahl der Wärterinnen im Liesinger Versorgungshause und stellt die im Magistrats-Referate vom 1. November 1893, Z. 139459, enthaltenen Anträge.

St.-R. Noske beantragt, vorerst einen Ausweis über den Krankenstand der letzten fünf Jahre zu requirieren.

Dieser Antrag wird angenommen.

(8090.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Dr. Raphael Coën um Überlassung eines Locales in der Mädchen-Volksschule I., Johannesgasse 4, zur Abhaltung von Heilcursen für Stotternde und beantragt die Überlassung unter denselben Bedingungen, unter denen seinerzeit ein Local an der Knaben-Volksschule dortselbst zu diesem Zwecke überlassen wurde.

Die St.-R. Dr. Huber und Dr. v. Billing beantragen, vorerst das Gutachten des Ortsschulrathes einzuholen.

Dieser Antrag wird angenommen.

(6858.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der israelitischen Kinderbewahranstalt und Privat-Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen im II. Bezirke, Schiffamtsgasse 15, um Subventionierung und beantragt, diesem Vereine für das Schuljahr 1892/93 eine Subvention von 200 fl. zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(7257.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Katholischen Waisenhilfsvereines in Wien um Subvention und beantragt, diesem Vereine wie im Vorjahre so auch pro 1893 eine Subvention von 500 fl. zu bewilligen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt eine Subvention von 1000 fl.

Antrag Dr. Lueger abgelehnt.

Referenten-Antrag angenommen; an den Gemeinderath.

(6939.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Touristen-Clubs um einen Beitrag für die Aussichtswarte am Jochgrabenberge bei Rekawinkel und beantragt die Bewilligung eines einmaligen Beitrages von 100 fl., welcher nach dem 1. Jänner 1894 auszuzahlen und im Budget pro 1894 sicherzustellen wäre.

St.-R. Boschan beantragt die Ablehnung des Ansuchens.

St.-R. Matzenauer beantragt die Bewilligung eines Beitrages von 50 fl.

Referenten-Antrag abgelehnt.

Antrag Matzenauer abgelehnt.

(7917.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über das Ansuchen der Kinderbewahranstalt im XVI. Bezirke, Neulerchenfeld, Grundsteingasse 37, um Gewährung eines Beitrages zum Zwecke der Ausführung eines Erweiterungsbaues und beantragt, zu diesem Zwecke einen Beitrag von 1000 fl. zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8035.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Dr. Anton Wojcikowski, Priesters an der Kirche in Unter-St. Veit, um Erhöhung seiner Jahresremuneration und beantragt, die Jahresremuneration desselben von 300 fl. auf 500 fl. vom 1. Jänner 1894 an gegen dem zu erhöhen, dass die Beheizung der Naturalwohnung des Bittstellers künftighin nicht mehr für Rechnung der Gemeinde erfolgt.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, bezüglich der Erhöhung auszusprechen, dass 1. hiemit keine Verpflichtung der Gemeinde anerkannt und 2. eine einjährige Kündigung vorbehalten wird.

Referenten-Antrag angenommen.

Antrag Dr. v. Billing 1 und 2 angenommen.

(An den Gemeinderath.)

(7962.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem XV. Bezirke und beantragt:

a) die Verleihung der Zuständigkeit an:

Beranek Franz, Schuhmachergehilfe;

Böhm Josef, Ledergalanteriearbeiter;

Hajek Josef, Etuimacher;

Kloß Johann, Metallschleifer;

Kolařik Matthias, Tischlerwerkmeister;

Öhlzant Anna, Büglerin;

Popp Johann, Bäckermeister;

Prinz Johann, Maurergehilfe und Heizer;

Raab Johann, Bierabtrager;

Rack Johann, Schuhwaren-Erzeuger;

Randa Franz, Tischlermeister;

Trbuschek Ernst, Gastwirt und Seidenstickereibesitzer;

Uhlíř Josef, k. k. Briefträger;

Wodička Franz Josef, Lackierergehilfe und Hausbesorger;

b) die Ertheilung der Zusicherung an:

Kovařík Josef, Gusmeister. (Angenommen.)

(8130.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen um Überlassung des Turnsaales in dem Schulgebäude XI. Bezirk, Simmering, Marktplatz, an die Simmeringer freiwillige Feuerwehr und beantragt die Gesuchsgewährung bis auf Widerruf unter den mit den Beschlüssen des Stadtrathes vom 10. September 1891, Z. 1517, und vom 3. Jänner 1893, Z. 7208, genehmigten Bedingungen, jedoch unter Übernahme der Kosten der Beleuchtung und Beheizung auf Rechnung der Gemeinde und gegen Beobachtung der seitens des Ortsschulrathes und der Schuldirection geltend gemachten Bedingungen.

(Angenommen.)

(7954.) **St.-R. Wurm** referiert über das neuerliche Offert des Maximilian Spitzer bezüglich des Ankaufes des Grundes in Penzing, Ecke der Siebeneichen- und Rochusgasse im XIII. Bezirke, zu Schulbauzwecken und beantragt, noch weitere Verhandlungen mit dem Grundeigenthümer wegen Herabsetzung des Kaufpreises zu pflegen.

(Angenommen.)

(8121.) **Derselbe** referiert über die Einleitung von Verhandlungen puncto Schadloshaltung für die Grundabtretung bei dem Hause I. Bezirk, Fleischmarkt Nr. 4, und beantragt, die Erhebung und Verhandlung über die Schadloshaltung noch vor der Bauausführung unter der Bedingung einzuleiten, dass der Gesuchsteller die Kosten der Schätzung auf sich nimmt.

Die Giltigkeitsdauer des Resultates wird sodann auf zwei Jahre einzuschränken sein. (Angenommen.)

(8039.) **Derselbe** referiert über den Bauamtsbericht, betreffend den Stand der wichtigsten städtischen Bauten mit Ende des dritten Quartales 1893 und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen.)

(7505.) **St.-R. Müller** referiert über das Ansuchen der Katharina Jekim und Consorten um Anerkennung der von der bestandenen k. k. Bezirkshauptmannschaft Sechshaus unterm 26. October 1889, Z. 77190, bewilligten Parcellierung der Realität Einl.-Z. 562 des Grundbuches Penzing, XIII. Bezirk, und beantragt, dass die Zustimmung zur grundbücherlichen Durchführung der zufolge Erlasses der k. k. Bezirkshauptmannschaft Sechshaus vom 26. October 1889, Z. 77910, genehmigten Parcellierung der Realität Einl.-Z. 562, Parcelle 630/1 Acker, des Grundbuches Penzing, XIII. Bezirk, unter folgenden Bedingungen ertheilt werde:

1. Dass der zur Eröffnung der neuen Straßen und zur Anlage des neuen Platzes, beziehungsweise zur Verlängerung und Verbreiterung der bestehenden Straßen von obiger Realität entfallende Grund, mit Ausnahme der Fläche w k z w, gemäß § 14 der Bauordnung für Niederösterreich vom 17. Jänner 1883, L.-G. Nr. 36, unentgeltlich und im festgesetzten Niveau an die Gemeinde Wien abgetreten und die

kosten- und lastenfreie Abschreibung dieses Grundes gleichzeitig mit der grundbücherlichen Durchführung dieser Grundabtheilung erwirkt werde;

2. dass gleichzeitig die oben erwähnte Verpflichtung zur Übergabe des nach Punkt 1 grundbücherlich abzuschreibenden Straßengrundes in den physischen Besitz der Gemeinde Wien und zur Herstellung des richtigen Niveaus dieses Grundes auf allen neu entstehenden zweiundzwanzig Baustellen als Reallast zu Gunsten der Gemeinde Wien grundbücherlich einverleibt werde;

3. dass die sub Punkt 1 erwähnte Fläche w k z w gleichzeitig mit der grundbücherlichen Durchführung dieser Parcellierung von obiger Realität kosten- und lastenfrei abgeschrieben, sodann in eine separate Grundbuchseinlage mit der Bezeichnung „Straßengrund" übertragen und als Eigenthum der Gesuchsteller ausgezeichnet, gleichzeitig jedoch die Verpflichtung als Reallast zu Gunsten der Gemeinde Wien auf dieser Fläche grundbücherlich einverleibt werde, dass diese Fläche der Gemeinde Wien über ihr jeweiliges Verlangen gegen die in den §§ 12 und 13 der citierten Bauordnung normierte Entschädigung im festgesetzten Niveau ins Eigenthum zu übergeben ist;

4. dass die Baustellen 1, 2, 3, 4, 6, 8, 9, 10, 11, 23, insolange unverbaut bleiben, bis die Straßen oder Gassen, an welchen sie liegen, mit einer der bestehenden Straßen oder Gassen in Verbindung gesetzt sind und bis eine entsprechende Arrondierung derselben durch Nachbargründe stattgefunden hat;

5. dass die Baustellen 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, insolange unverbaut bleiben, bis eine entsprechende Arrondierung derselben durch Nachbargründe stattgefunden hat;

6. dass die Baustellen 5 und 7 insolange unverbaut bleiben, bis die Straße, an der sie liegen, mit einer der bestehenden Straßen in Verbindung gesetzt ist;

7. dass die sub Punkt 4, 5 und 6 ausgesprochenen Bauverbote auf den correspondierenden Baustellen als Reallast zu Gunsten der Gemeinde Wien grundbücherlich einverleibt werden. (Angenommen.)

(7851.) **Derselbe** referiert über die Bewilligung eines Zehrungsbeitrages für den Ingenieursadjuncten J. B. Wärmer und beantragt, demselben für die Dauer der Arbeiten bei der Einwölbung des Krottenbaches im XIX. Bezirke einen Zehrungsbeitrag von täglich 3 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

(8053.) **Derselbe** referiert über die käufliche Überlassung der anlässlich der Aufstellung der Choleraspitalsbaracken vor dem Elisabethspitale im XIV. Bezirke von der Gemeinde Wien hergestellten hölzernen Planke und beantragt, diese Planke der k. k. n.-ö. Statthalterei noe des Wiener k. k. Krankenanstaltenfondes um den angebotenen Preis von 450 fl. zu überlassen. (Angenommen.)

(8124.) **St.-R. Schlechter** referiert über die Anschaffung der Kleidung, Wäsche u. s. w. für die Zöglinge der städtischen Waisenhäuser pro 1894 und beantragt die Anschaffung der in den Buchhaltungs-Ausweisen A bis H angeführten Kleidungsstücke und sonstigen Gegenstände für die Zöglinge der acht städtischen Waisenhäuser pro 1894 mit dem Gesammtkostenbetrage von 17.113 fl. 37 kr. zu genehmigen und weiters zu bewilligen, dass die neuen Stoffe für die Kleidung der Waisenhauszöglinge pro 1894 nach den von den sachverständigen Mitgliedern des Gemeinderathes gewählten Mustern von jenen Firmen bezogen werden, welche diese gewählten Muster offeriert haben.

Weiters beantragt Referent, den Stadtraths-Beschluss vom 14. December 1892, Z. 7604, dahin abzuändern, dass der Magistrat über die Beistellung der Kleidung und sonstigen Gegenstände für die Zöglinge der städtischen Waisenhäuser im nächstfolgenden Jahre alljährlich nach vorausgegangener Prüfung der Muster von Tuch- und Confectionswaren durch sachverständige Mitglieder des Gemeinderathes bis längstens 15. November jeden Jahres zu berichten habe.

(Angenommen.)

(8213.) **Derselbe** referiert über die Ausschreibung einer neuen Offertverhandlung für die in den Bezirken XII, XIII, XIV und XV vorkommenden Anbohrungsarbeiten zur Herstellung von Abzweigungsleitungen der Hochquellenleitung in die Häuser für die Jahre 1894 und 1895 und beantragt, die Ausschreibung einer allgemeinen öffentlichen und schriftlichen Offertverhandlung für die Übertragung und Besorgung der Arbeiten und Lieferungen zur Ausführung der Anbohrungen an den Leitungsröhren der Hochquellenleitung zur Ausführung der Abzweigungen von diesen Röhren in die Häuser und zur Ausführung der Wasserleitungseinrichtungen in den städtischen Gebäuden in den Bezirken XII, XIII, XIV und XV, und zwar in zwei Abtheilungen, eine den XII., die andere den XIII., XIV. und XV. Bezirk umfassend, nach den im Sinne der Äußerung der Buchhaltung hinsichtlich der Caution für die Einleitungsarbeiten abzuändernden Vorschriften und Belassung der bisherigen Übung, bei Reconstructionsarbeiten den 15percentigen Regiezuschlag nicht einzuheben, wobei Referent den Zusatz-Antrag stellt, in die erste Abtheilung eventuell den XI. Bezirk einzubeziehen.

St.-R. Witzelsberger beantragt, die Arbeiten bereits mit 1. December 1893 beginnen zu lassen.

St.-R. Dr. Vogler beantragt, in die speciellen Bedingnisse einen Passus aufzunehmen, dass die Ersteher für diese Bezirke verpflichtet sind, für den Fall, als der Gemeinderath beschließe, während des Zeitraumes 1894 bis 1896 auch den II. Bezirk einzubeziehen, die Einleitung unter denselben Bedingungen auch dort zu übernehmen.

Referent ändert seinen Zusatz-Antrag dahin, dass das Stadtbauamt aufzufordern wäre, die Vorlage für die Wasserabgabe im XI. Bezirke möglichst zu beschleunigen.

Mit dieser Änderung wird der Referenten-Antrag angenommen.

(8074.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Gewerbeschul-Commission um Überlassung von Localitäten für den zweiten Jahrgang an der gewerblichen Fortbildungsschule im II. Bezirke, Staudingergasse 6, und beantragt, der Gewerbeschul-Commission für die Zwecke der gewerblichen Fortbildungsschule die in der Bauamtsäußerung vom 26. October 1893 angegebenen Räumlichkeiten unter Übernahme der Beleuchtungs- und Beheizungskosten auf Rechnung der Gemeinde Wien zur Verfügung zu stellen. (Angenommen.)

(8041.) **Derselbe** referiert über die Aufstellung eines Auslaufbrunnens in der Hegelgasse im I. Bezirke und über den Antrag des Gem.-Rathes Eigner puncto Aufstellung eines Auslaufbrunnens in der Schottengasse im I. Bezirke und beantragt die Aufstellung eines Auslaufbrunnens der Hochquellenleitung in der Hegelgasse, Ecke der Johannesgasse, vor dem Hause Nr. 9, I. Bezirk, mit einem in der Rubrik XXVI 1 e bedeckten Kostenaufwande von ungefähr 250 fl. Hingegen erscheint die von dem Gem.-Rathe Eigner im Interesse der Lohnfuhrwerksbesitzer in der Mölker-, Schotten- und Heßgasse beantragte Aufstellung eines Auslaufbrunnens der Hochquellenleitung in der Schottengasse zwischen der Ringstraße und Mölkergasse mit Rücksicht darauf, dass erst im Frühjahre 1893 im Einverständnisse mit den Vorstehern der Fiaker- und Einspännergenossenschaft zum Behufe der

Wasserbeschaffung für diese Lohnfuhrwerke ein Auslaufbrunnen der Hochquellenleitung in der Wipplingerstraße vor dem Hause Nr. 43 (also nur circa 150 m entfernt von der Schottengasse) aufgestellt wurde, als überflüssig. (Angenommen.)

(8001.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über eine Disciplinar-Angelegenheit.

(7367.) **Derselbe** referiert über die Pensionierung des Schuldieners Michael Kraus und beantragt, den Genannten in Gewährung seines Ansuchens in den bleibenden Ruhestand zu versetzen und ihm unter gnadenweiser Anrechnung der unmittelbar vor seiner Beeidigung in provisorischer Eigenschaft im Communaldienste zugebrachten Zeit vom 1. November d. J. an einen Betrag von jährlich 494 fl. unter gleichzeitiger Einstellung des Activitätsgehaltes und vom 1. Februar 1894 einen Betrag von jährlich 584 fl. unter gleichzeitiger Einstellung des bisher bezogenen Quartiergeldes als Pension anzuweisen und in monatlichen Anticipativraten in der üblichen Weise flüssig zu machen.

(Angenommen; rücksichtlich der Einrechnung der Dienstzeit an den Gemeinderath.)

(6949.) **St.-R. Noske** referiert über den Besetzungsvorschlag für erledigte Stellen bei der städtischen Feuerwehr und beantragt die Ernennung des

Josef Schöppel zum Exerciermeister II. Classe,
Gustav Rörner „ „ III. „
Anton Leschka zum Requisitenmeister,

sämmtliche ab 1. November 1893 und mit dem Beifügen, dass dem Gustav Rörner die in seiner Eigenschaft als Requisitenmeister zurückgelegte Dienstzeit in die Dienstzeit als Exerciermeister III. Classe einzurechnen ist.

Referenten-Antrag auf Ernennung des Schöppel, Rörner und Leschka wird angenommen; die Datierung vom 1. November 1893 wird abgelehnt; die bei Rörner beantragte Einrechnung wird angenommen; rücksichtlich des letzteren Beschlusses an den Gemeinderath.

(8002.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über eine Disciplinar-Angelegenheit.

(6720.) **St.-R. Noske** referiert über Ansuchen um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt, dem Wipplinger Karl, Gemischtwaren-Verschleißer, VII. Bezirk, Stiftgasse 9, das Bürgerrecht zu verleihen. (Angenommen.)

(7545.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Verleihung des Bürgerrechtes aus dem VII. Bezirke. (Der Act wird vom Referenten zurückgezogen.)

Der Vorsitzende theilt mit, dass in das Comité puncto Grundankauf zur Erweiterung der Schule in der Siebeneichengasse, Penzing, XIII. Bezirk, die St.-R. Wurm, Rückauf und Dr. Lueger, in das Comité puncto Verkauf des Gemeindegasthauses in Neustift am Walde, XVIII. Bezirk, die St.-R. Schneiderhan, Müller und Meißl gewählt wurden. (Zur Kenntnis.)

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

(Gemeinderath Michael Buschan jun. †) Michael Buschan jun., am 17. April 1893 vom I. Wahlkörper des XVI. Gemeindebezirkes in den Gemeinderath der Stadt Wien gewählt, ist am Samstag, den 25. November 1893, im 33. Lebensjahre in Wien gestorben.

* * *

(Amtslocalitäten im XIX. Bezirke.) Die Amtslocalitäten des Bezirksausschusses, Ortsschulrathes und Armeninstitutes des XIX. Wiener Gemeindebezirkes werden sich vom 9. December 1893 angefangen im neuerbauten Amtshause des XIX. Bezirkes, Ober-Döbling, Theresiengasse Or.-Nr. 10 und 12, befinden.

* * *

Schulnachrichten.

(Bezirksschulrath der Stadt Wien.)

Sitzung vom 13. November 1893.

Das Gesuch der Oberin der Schwestern vom armen Kinde Jesus im XIX. Bezirke um Umwandlung der achtclassigen Privat-Mädchen-Volksschule in Döbling in eine Privat Volks- und Bürgerschule und um Zuerkennung der Lehrbefähigung für Bürgerschulen für drei Lehrerinnen wird befürwortend an den k. k. n.-ö. Landesschulrath geleitet.

Die Einsetzung eines Comités zur Unterbringung sittlich verwahrloster Kinder in Rettungsanstalten wird beschlossen und die Wahl vorgenommen.

Einem Lehrer wird anlässlich seiner Versetzung in den bleibenden Ruhestand für seine mehr als 40jährige, wiederholt belobte Lehrthätigkeit die Anerkennung ausgesprochen.

Es wird beschlossen, die Ausschreibung der erledigten Oberlehrerstelle an der allgemeinen Volksschule für Mädchen, I. Bezirk, Werderthorgasse Nr. 6, sofort zu veranlassen und der Gemeinderath neuerlich unter Vorlage der Berichte des Ortsschulrathes des I. Bezirkes um die ehebaldige Erbauung einer Volksschule im Nordwesten des I. Bezirkes zu ersuchen.

Der Festgottesdienst für die Schuljugend anlässlich des Namensfestes Ihrer Majestät der Kaiserin wird auf Samstag den 18. November verlegt und verfügt, dass an diesem Tage jede Art Unterricht zu entfallen habe.

Approvisionierung.

(Der tägliche Fleischmarkt.)

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 19. bis 25. November 1893.

1. Fleischsendungen:

a) Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . 226.235 Kg. (Davon aus Nieder-Österreich — 163.719; aus Ober-Österreich — 2172; aus Mähren — 17.491; aus Böhmen 45 —; aus Galizien — 36.166; aus Ungarn — 4896; aus der Bukowina — 1746; aus Croatien — —; aus Steiermark — — Kg.)

Kalbfleisch . . .	8896 Kg.	(Davon aus Nieder-Österreich — 2063; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — 5; aus Galizien — 6609; aus Ungarn — 212; aus der Bukowina — 7 Kg.)
Schaffleisch .	20.345 „	(Davon aus Nieder-Österreich 462; aus Ober-Österreich — —; aus Galizien — 11.715; aus Ungarn — 472; aus der Bukowina — 7682; aus Mähren — 14 Kg.)
Schweinfleisch	30.474 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 21.609; aus Ober-Österreich — —; aus Böhmen — —; aus Mähren — 1842; aus Galizien — 6266; aus Ungarn — 656; aus der Bukowina — —; aus Croatien 101 — Kg.)
Kälber	986 Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 233; aus Ober-Österreich 3 —; aus Mähren — 40; aus Böhmen — —; aus Galizien — 637; aus Ungarn — 32; aus der Bukowina — 30; aus Salzburg — —; aus Tirol — 7; aus Schlesien — 4 St.)
Schafe	527 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 229; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — 9; aus Galizien — 92; aus der Bukowina — 197; aus Ungarn — — St.)
Schweine . .	2129 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 126; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — 18; aus Galizien — 1964; aus Ungarn — 3; aus der Bukowina — 18; aus Croatien — — St.)
Lämmer	5 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 3; aus Ober-Österreich — —; aus Galizien — 2; aus Ungarn — —; aus Tirol — — St.)

b) Für den Approvisionierungsverein.

Rindfleisch . .	18.440 Kg.	Kälber	89 Stück
Kalbfleisch . .	— „	Schafe	67 „
Schaffleisch . .	1624 „	Schweine	5 „
Schweinfleisch .	2237 „	Lämmer . . .	80 „

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch	von	20	bis	72	kr.	per	Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„	50	„	95	„	„	„
extrem		„	—	„	—	„	„	„
Kalbfleisch		„	32	„	66	„	„	„
Schaffleisch		„	18	„	36	„	„	„
Schweinfleisch		„	44	„	66	„	„	„
Kälber		„	36	„	54	„	„	„
Schafe		„	18	„	36	„	„	„
Schweine		„	38	„	54	„	„	„
Lämmer		„	3	„	4½	fl.	„	St.

Obzwar die Zufuhren an Fleischwaren neuerdings geringer waren wie in der Vorwoche, reichten dieselben zur Deckung des Bedarfes dennoch vollkommen hin und konnten sich nur schwer die vorwöchentlichen Verkaufspreise behaupten.

* * *

(Pferdemarkt vom 24. November 1893.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 368 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 90—360 fl. per Stück.
„ „ Schlachtpferde . . . . . 15— 52 fl. „ „

Der Markt war ziemlich lebhaft.

Detailpreise in der Woche vom 19. bis 25. November 1893.

(Geschlachtet wurden 312 Pferde.)

Vorderes Pferdefleisch	vom Pferde	1 Kg.	20—36 kr.
Hinteres „		1 „	26—44 „
Lungen- und Rostbraten . .		1 „	30—44 kr.
Selchfleisch		1 „	30—50 „
Extrawürste		1 „	32—48 „
Dürre Würste		1 „	34—56 „
Rohes Fett		1 „	36—60 „
Geschmolzenes Fett		1 „	40—80 „
Schweifhaare		1 Schweif	25—80 „
Knochen		100 Kg.	fl. 1·80—4·00
Häute		per St.	„ 3—6·50.

* * *

(Schlachtviehmarkt vom 27. November 1893.)

1. Auftrieb.

Mastvieh 2948, Weidevieh 207, Beinlvieh 783,
Summa . 3938.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . . .	1458
Galizische „ . . .	368
Deutsche „ . . .	2067
Büffel „ . . .	45

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	2905
Stiere	489
Kühe	544

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht mit Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere	von	55	bis 67	fl.
(extrem .	„	—	„ 70	„)
Galiz. Schlachtthiere .	„	54	„ 66	„
(extrem .	„	—	„ —	„
Deutsche Schlachtthiere	„	54	„ 68	„
(extrem .	„	—	„ 69	„)
Weidevieh	„	47	„ 58	„
Stiere	„	—	„ —	„
Kühe	„	—	„ —	„
Büffel	„	—	„ —	„
Beinlvieh	„	—	„ —	„

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 36 bis 48 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt ꝛc.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt ꝛc., zugesteht.

b) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht ohne Percentabzug:

Ochsen	von	20	bis 33	fl.
Stiere	„	20	„ 32	„
Kühe	„	22	„ 32	„
Büffel	„	21	„ 24	„
Beinlvieh	„	—	„ —	„
Weidevieh	„	—	„ —	„

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . . . . von 26 bis 80 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts gehandelt.

Unverkauft blieben:

Ochsen . . . . . 102 Stück
Beinlvieh . . . . 23 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 38 Stück Mastthiere mehr aufgetrieben. Die Kauflust war ruhig und sind die Preise der mittleren und minderen Sorten um $^1/_2$ bis 1 fl. per 100 Kg. gefallen, während in Prima-Ware die vorwöchentlichen Preise unverändert blieben.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 25. November 1893.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht 100 Kg.)	. . . .	von	7	fl.	40	kr.	bis	8 fl. 25 kr.	per 100 Kg.
Roggen („ 100 „)	. . . .	„	6	„	10	„	„	6 „ 45 „	
Gerste	. . . . .	„	6	„	—	„	„	9 „ 90 „	
Mais	. . . . .	„	5	„	—	„	„	6 „ 20 „	
Hafer	. . . . .	„	7	„	10	„	„	7 „ 85 „	

b) Mahlproducte.

Grieß	. . . . .	von	13	fl.	10	kr.	bis	14 fl. 50 kr.	per 100 Kg.
Weizenmehl	. . . . .	„	5	„	70	„	„	14 „ 50 „	
Roggenmehl	. . . . .	„	6	„	50	„	„	11 „ 75 „	
Weizenkleie	. . . . .	„	4	„	30	„	„	4 „ 50 „	
Roggenkleie	. . . . .	„	4	„	90	„	„	5 „ — „	

Städtisches Lagerhaus.

Vom 16. bis 23. November 1893.

Waren eingelagert . . . . . 49.108 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . 56.882 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 17.665 Meter-Centner.

Lagerstand vom 23. November 1893: 423.955 Meter-Centner, und zwar:

65.226	Meter-Centner	Weizen,	89.544	Meter-Centner	Roggen,
118·242	„	Gerste,	62.966	„	Hafer,
14.923	„	Mais,	16.694	„	Ölsaaten,
17.738	„	Mehl u. Kleie,	4.958	„	Wein,
124	„	Zucker,	881	Hektoliter à 100%	Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,859.660 fl. öst. Währ.

Gewerbeangelegenheiten.

Bei den am 27. November 1893 unter Intervention des Genossenschafts-Commissärs Dr. Friedrich Riba vorgenommenen Ergänzungswahlen wurde Herr Theodor Platzer in den Vorstand, die Herren Jakob Fröschels und Wilhelm Goldberg in den Überwachung-Ausschuss, die Herren Franz Rade, Franz Hierath, Karl Müller, Josef Schwarzer und August Görl als Delegierte für die Generalversammlung der genossenschaftlichen Krankencassa gewählt.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk, — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht

vom 23. November bis 27. November 1893:

Für Neubauten:

XIV. Bezirk: Erbauung eines städtischen Volksbades, Sechshaus, ehemalige Spitals-Realität, von der Commune Wien, Bauführer Josef Spilka, Stadtbaumeister (26655).
„ „ Erbauung einer Bürgerschule, Sechshaus, ehemalige Spitals-Realität, von der Commune Wien, Bauführer Josef Spilka, Stadtbaumeister (26656).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Jasomirgottgasse 5, von Friedrich Dirnberger, Maurermeister (8606).
„ „ Franz Josefs-Quai 7, von Ed. Friedmann, Bauführer F. Dehm & F. Olbricht (8631).
II. Bezirk: Webergasse 23, von Anton Urbanofsky, Bauführer L. Klima (8660).
IV. Bezirk: Waggasse 2, von Hermine Kühnel, Bauführer ? (8601).
„ „ Taubstummengasse 1, von Anton Detona, Bauführer A. Mayer (8609).
„ „ Schönburggasse 23, von Johann Mintus, Bauführer W. Laitl (8618).
V. Bezirk: Pilgramgasse 18, von Marie Wolf, Bauführer H. Ohrner (8621).
VI. Bezirk: Bienengasse 8, von Chr. Gatty, Maurermeister (8626).
IX. Bezirk: Schlickplatz 4, von Johann Fesemayer, Maurermeister, (8595).
„ „ Kinderspitalgasse 6, von Adalbert Pachner, Maurermeister (8641).
„ „ Glasergasse 18, von Ferdinand Gasselseder, Bauführer F. Bernert (8642).
XII. Bezirk: Altmannsdorf, Breitenfurtherstraße 55, von Georg Kurz, Bauführer Michael Borak (32849).
XV. Bezirk: Fünfhaus, Thalgasse 11, von Anton Ledermayer, Bauführer J. Brunner (22506).
XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Gaullachergasse 27, von Josef Klement, Bauführer Engelbert Schrammel (47963).
„ „ Neulerchenfeld, Gaullachergasse 35, von Eduard Riemer, Bauführer Matthias Millik (48449).
„ „ Ottakring, Saillergasse 35, von Franz und Josefa Katzenbeißer, Bauführer Thomas Mann (48590).
„ „ Neulerchenfeld, Lerchenfeldergürtel 33, von Josef und Marie Exner, Bauführer Th. Weninger (48743).
XIX. Bezirk: Ober-Döbling, Pantzergasse 16, von Heinrich Jaskiewicz, Bauführer ? (20522).

Für diverse (geringere) Bauten:

I. Bezirk: Rauchfangherstellung, Postgasse 4, vom Dominikaner-Convent, Baumeister M. Lindauer (8659).
„ „ Rohrcanal, Johannesgasse 12, von Anna Holdorff, Bauführer Johann Großbies (8667).
II. Bezirk: Veranda, Praterhütte 121, von Johann und Maria Eisler, Bauführer J. Kapetter (8598).
„ „ Veranda, Praterhütte 163, von Aloisia Mayerl, Bauführer J. Kapetter (8599).
„ „ Veranda, Prager Reichsstraße, Parc. 1530/8, Ecke der Nordbahnstraße, von Josef und Maria Vetter, Bauführer J. Kapetter (8638).
„ „ Canal, Obere Donaustraße 91, von der Union-Baugesellschaft (8602).
IV. Bezirk: Schupfe, Gürtelstraße, Cat.-Parc. 99, von Theodor Neumann, Bauführer? (8605).
XI. Bezirk: Senkgrube, Kaiser-Ebersdorf, Kaiser-Ebersdorferstraße 186, von Franz Rubens, Maurermeister, Mannswörth (16211).
XII. Bezirk: Canal-Rohrleitung, Altmannsdorf, Rauchgasse 19, von Anton und Marie Kornfeld, Bauführer Franz Reiter (33021).
XVI. Bezirk: Ottakring, Schottengasse 6, von Karl Himmelbauer, Bauführer Franz Ferenda (48200).
XIX. Bezirk: Steinzeugrohr-Canalisierung, Ober-Döbling, Neustiftgasse 12, von Anton Müller, Bauführer Joh. Schäffer (20689).

Gesuche um Parcellierung wurden überreicht:

VII. Bezirk: Kandlgasse 28, Halbgasse 1, von Georg Flor (8604).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

II. Bezirk: Schwarzingergasse Grundb.-Einl. 2418, von Josef Mück (8643).
" " Klosterneuburgerstraße 40, von Franz Fiala (8596).
VII. Bezirk: Breitegasse 28, von Ludwig Zatka, Baumeister (8628).
X. Bezirk: Simmeringerstraße 1 und 3, Einl.-Z. 1630/10, von Johann Seiter (37105).

Gewerbeanmeldungen vom 22. November 1893.

(Fortsetzung.)

Falk Ferdinand — Commissionsweiser Verschleiß von Schuhwaren — I., Neuthorgasse 10.
Nowak Franz — Selchwaren-Verschleiß — X., Landgutgasse 23.
Verein „Literarische Gesellschaft" in Wien — Verlagsbuchhandel — I., Eschenbachgasse 9.
Triska Matthias — Wagner — X., Absberggasse 35.
Mayer Karl Ludwig Johann — Agentie in Weinen — I., Lugeck 2.
Pohlhammer Leopold — Wirt — I., Jasomirgottstraße 4.
Čech Josef — Ziegelfuhrwerk — X., Wienerberg, Werk IV.
Scheibenberger Jakob — Zuckerbäcker — XVI., Ottakring, Marktplatz 5.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 23. November 1893.

Wagner Heinrich — Ausführung von technische Zeichnungen — IX., Schlagergasse 1.
Schmidinger Anton — Bildhauer — X., Simmeringerstraße 173.
Stier Anna — Brantwein- und Theeschank — V., Lainzerstraße 1.
Kirschbaum Leopold — Bronze-Farbenhandel — VI., Esterhazygasse 20.
Manhart Josefa — Damenkleidermacherin — XVI., Neulerchenfeld, Gürtelstraße 35.
Hermann Jakob — Gaseinleitungsgewebe — VII., Burggasse 6/8.
Dinger Bertha — Gast- und Schankgewerbe — XII., Meidlinger Hauptstraße 15.
Schramel Karl — Gastwirt — II., Malzgasse 1.
Stark Anton — Gastwirt — V., Einsiedlerplatz 11.
May Jakob — Gemischtwarenhandel — VII., Mariahilferstraße 108.
Kohn Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Paulusgasse 5.
Kotzbeck Leopoldine — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Döblingerstraße 38.
Kubesch Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Breitenseerstraße 29.
Schachinger Josefa — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Ottakringerstraße 28.
Strnad Anton — Hafner — XVI., Rosenhügel 21.
Spitz Emil — Handelsagentie — VI., Mariahilferstraße 45.
Thyam Johann — Herausgabe der Zeitung „Papierhändler" — II., Obere Donaustraße 107.
Maurer Karl — Holz- und Kohlen-Verschleiß — V., Embelgasse 36.
Mößlacher Georg — Holz- und Kohlen-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Herklotzgasse 4.
Sandner Katharina — Kastanienbratergewerbe — XIV., Rudolfsheim, Eisenbahnstraße 15.
Epstein Leopold — Krystallsoda-Erzeugung — II., Rothe Sterngasse 14.
Nowak Josef — Kunstblumen-Erzeugung — VI., Engelgasse 7.
Honischek Klara — Lebzelterwaren-Verschleiß — VII., Seidengasse 3.
Schedl Rosalia — Leichenbestattungs-Unternehmung — VII., Burgg. 20.
Balthe Ignaz — Metallschleifer — XV., Fünfhaus, Burggasse 13.
David Anna — Milch-Verschleiß — VII., Zieglergasse 76.
Gritzner Theresia — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVII., Hernals, Rokitanskygasse 43.
Bartonik Marie — Pfaidlerin — III., Hauptstraße 6.
Gerlich Francisca — Pfaidlerin — IX., Sechsschimmelgasse 22.
Forstner Marie — Pferdefleisch- und Selchwaren-Verschleiß — II., Wallensteinstraße 48.
Bazoche Alfred — Provisionsagent — XVIII., Währing, Zimmermannsgasse 17/7.
Gittel Leopoldine — Spirituosen-Erzeugung — III., Schimmelgasse 14.
Duda Josef — Tischler — VI., Ägydigasse 10.
Kraft Heinrich — Tischler — III., Geusaugasse 7.
Greipel Alois — Verabreichung kalter Speisen, Ausschank von Wein und Obstwein — VII., Neubaugasse 43.
Lipa Susanna — Victualienhandel — VII., Kaiserstraße 100.
Wolfer Hermann — Zuckerbäcker — IX., Fuchsthalergasse 13.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 24. November 1893.

Eberharter Franz — Bäcker — XVIII., Währing, Lustkandlgasse 52.
Braunmüller Theodor — Brantweinschank — XII., Unter-Meidling, Rosaliagasse 9.
Chotzer Adolf — Commissions-Verschleiß von Bildnissen des Kaisers in Anhängselform — II., Praterstraße 36.
Effenberger Marie — Damenkleidermacherin — VII., Burggasse 112.
Ceyka Franz — Drechsler — XIV., Rudolfsheim, Stättermayergasse 7.
Schwarz Friedrich — Eisen- und Zinkgießerei — XIV., Rudolfsheim, Buchgasse 6.
Hauser Marie — Federnschmückerin — VII., Kirchengasse 15.
Vogler Zachäus — Fleischhauer — III., Adamsgasse 20.
Bauer Josefa — Fleisch-Verschleiß, — III., Hetzgasse 24.
Federich Michael — Friseur — II., Große Schiffgasse 16.
Schmutzer Marie — Gast- und Schankgewerbe — XII., Meidling, Josefigasse 6.
Wokaun Dionysius — Gast- und Schankgewerbe — XII., Gaudenzdorf, Bäckengasse 16.
Haas Siegmund — Getreidehandel — II., Praterstraße 49.
Dorner Felix — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Theresiengasse 23.
Fiala Leopoldine — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Fugbachgasse 14.
Löwenstein Alfred — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Kaiser Josefstr. 13.
Moczek Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Wallensteinstr. 65.
Seidl Rosalia — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Schüttelstraße 13.
Steininger Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Ackergasse 6.
Thraumb Laura — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Nussdorferstr. 63.
Löffler Hugo — Goldarbeiter — II., Circusgasse 47.
Heres Aloisia — Gratulationskarten und Wunschbücher-Verschleiß — III., Sechskrügelgasse 3.
Eltbogen Hermann, Eltbogen Moriz — Hadern- und Productenhandel — II., Rafaelgasse 12.
Kaiser Josef — Herausgeber der „Internationalen Ausstellungs-Zeitung" — II., Fugbachgasse 10.
Döcker Paul — Holz- und Kohlen-Verschleiß — XVIII., Währing, Wildemanngasse 13.
Heißig Karl — Holz- und Kohlen-Verschleiß — V., Bachergasse 3 b.
Mayer Georg — Knochenhandel im Umherziehen — XIV., Sechshaus, Ullmannstraße 69.
Lion Aaron — Ölgemälde-Verschleiß — II., Vereinsgasse 36.
Chuwen Dine — Pfaidler — II., Klosterneuburgerstraße 10.
Rodler Magdalena — Pferdefleisch-Verschleiß — XVII., Hernals, Rötzergasse 43.
Pahisch Adelheid — Privatarbeitsschule — XVIII., Währing, Hauptstr. 10.
Drucker Elimelech — Privat-Violin- und Clavierschule — II., Obere Donaustraße 73.
Hanak Marie — Selchwaren-Verschleiß — II., Hannovergasse 3.
Bullaty Henriette — Spirituosen-Verschleiß — II., Große Mohreng. 6.
Lang Franz — Tischler — VII., Siebensterngasse 17.
Hoffer Markus — Trödler — XII., Gaudenzdorf, Schönbrunner Hauptstraße 62.
Sinek Francisca — Victualien-Verschleiß — II., Circusgasse 38.
Kleedorf Marie — Victualienhandel im Umherziehen — XVIII., Währ., Johannesgasse 23.
Lustig Aloisia — Wäscheputzerin — V., Kettenbrückengasse 17.
Brenner Josefa — Weißnäherin — XVIII., Währing, Annagasse 16.
Wallent Johann — Wohnungsreinigung — XVIII., Währing, Kreutzgasse 52.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 25. November 1893.

Bernhard Julius — Bronzearbeiter und Ciseleur — VIII., Bennogasse 4.
Steinhart Karl — Buchdruckerei — IX., Hahngasse 12.
Schweigler Johann — Eislaufplatz — XVI., Baldiagasse, Bauplatz.
Friedrich Franz — Fahrräder-Commissions-Verschleiß — X., Himbergerstraße 50.
Brandl Leopoldine — Fragnerin — V., Fockygasse 13.
Baumgartner Johann — Friseur — XVI., Neulerchenfeld, Grundsteingasse 68.
Wimmer Franz — Verschleiß von rohem und gebratenem Geflügel und von koscheren Selchwaren — IX., Liechtensteinstraße 60.
Batke Clementine — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Embelgasse 26.
Fuchsberger Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Mandlgasse 16.
Gruber Alois — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Lerchenfelderstraße 150/152.
Pöschl Michael — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Buchengasse 93.
Kocheles Moses — Hutmacher — IX., Servitengasse 5.
Hirsch Katharina — Kleidermacherin — VIII., Blindengasse 3.
Taschelmar Paul — Mechaniker — XII., Schönbrunner Hauptstraße 1.
Haruštah Thomas — Obst- und Grünwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Payergasse 3.
Adametz Sophie — Papier- und Schulrequisiten-Verschleiß — XIII., Breitensee, Schmelzgasse 6.
Mikiska Adalbert — Parfumerie- und Toiletteartikel-Verschleiß — V., Kettenbrückengasse 13.

Johu Alois — Schuhmacher — XII., Schönbrunner Hauptstraße 96,98.
Rausch Franz — Schuhmacher — VIII., Langegasse 13.
Zák Josef — Schuhmacher — X., Raaberbahngasse 4.
Tomasch Georg — Selchwaren-Verschleiß — IX., Parzellangasse 54.
Malcher Anna — Stadt-Lohnfuhrwerk — X., Fernkorngasse 31.
Malcher Eduard — Stadt-Lohnfuhrwerk — X., Fernkorngasse 31.
Queste Petronella — Tischlergewerbe — VIII., Kochgasse 22.
Steinböck Aloisia — Victualien- und Milchhandel — XII., Schillergasse 12.
Koniczek Johann — Victualien- und Blumenhandel-Verschleiß von Christbäumen — XII., Unter-Meidling, Markt.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 27. November 1893.

Nowotny Antonie — Bäckergewerbe — XIV., Rudolfsheim, Fischerg. 32.
Nowak Thomas — Brot- und Würstelhandel im Umherziehen — III., Dietrichgasse 4.
Scheininger Leon — Cartonpapier-Erzeugung — XI., Canalgasse 6.
Großenbrunner Therese — Einspännergewerbe — XIV., Braunhirschengasse 5.
Vetter Johann — Eislaufplatz — XV., Märzstraße 20.
Feucht Josef — Einspänner (Pachtbetrieb) — V., Matzleinsdorferstraße 66.
Burda Katharina — Feinputzerei — IV., Waltergasse 3.
Ruza Anna — Feinputzerei — III., Hansalgasse 7.
Heger Veronika — Fiakergewerbe — XIII., Penzing, Gurkgasse 16.
Weichselberger Johann — Fiaker — II., Dammstraße 34.
Peringer Anna — Fleischhauergewerbe — X., Raaberbahngasse 8.
Uječ Josef — Fleisch-Verschleiß — IV., Mitterſteig 9.
Toma Georg — Friseur — II., Circusgasse 35.
Gregor Josef — Gastwirt — IV., Rainergasse 12.
Micco Josef — Gastwirt — XVIII., Währing, Gürtel 4.
Prößl Johann — Gastwirt — XVIII., Währing, Kreutzgasse 78.
Kunze Elisabeth — Grünwarenhandel — III., Ungargasse 59.
Lechner Andreas — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Schäffergasse 3.
Schugowitsch Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Dirrerg. 3.
Wawerka Francisca — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Gumpendorferstraße 8.
Adler Ignaz — Hausadministration — II., Große Schiffgasse I a.
Newlinski Michael Ritt. v. — Herausgabe der Zeitschrift „Correspondance de l'Est" — IV., Heugasse 10.
Raus Franz — Herausgabe der period. Druckschrift „L'Echo de Vienne" — IV., Hundsthurmerstraße 4.
Wertheim Abraham — Herausgeber des „Dissident" und „Das Kaffeehaus" — II., Taborstraste 51.
Irblich Emilie — Holz- und Kohlen-Verschleiß — XIV., Goldschlagstraße 86.
Kitzler Karl — Holz- und Kohlen-Verschleiß — XI., Aspangbahnhof.
Kratzer Genovefa — Holz- und Kohlen-Verschleiß — III., Kübeckg. 11.
Benirschke Anna — Kastanienbrater-Gewerbe — IV., Rechts neben dem Schickanedersteg.
Heß Josef — Kleidermacher — II., Wallensteinstraße 18.
Vorreiter Cajetan — Kleidermacher — XI., Pfeifergasse 23.
Hirschler Johanna — Damenkleidermacherin — II., Volkertstraße 14.
Komarek Vincenz — Herrenkleidermacher — II., Pazmanitengasse 24.
Nowotny Antonie — Mehl-Verschleiß — XIV., Fischergasse 32.
Rauscher Katharina — Milch-Verschleiß — XVIII., Währing, Weinberggasse 18.
Winopal Rosa — Milch-Verschleiß — XVI., Ottakring, Gaustererg. 13.
Steigberger Marie — Milch- und Gebäck-Verschleiß — IV., Mozartg. 4.
Gesselbauer Otto, Dr. — Notariat — IX., Währingerstraße 18.
Goláný Johann — Obst- und Grünwarenhandel im Umherziehen — XVIII., Währing, Gürtelstraße 8.
Pretzmann Josef, Knienieder Anton — Papier-, Schreib- und Zeichenrequisiten- und Kurzwaren-Verschleiß — III., Hauptstraße 12.
Huka Sophie — Pfaidlerin — III., Fasangasse 39.
Boigner Francisca — Pferdefleisch-Verschleiß — XV., Fünfh., Herklotzgasse 12.
Flöge Pauline — Privatlehranstalt für Schnittzeichnen, Maßnehmen und Kleidermachen — VI., Gumpendorferstraße 74.
Spondre Moses Adolf — Provisionsagentie — II., Vereinsgasse 2.
Duse Eleonore — Schauspielerin — II., Carltheater.
Pick Samuel — Schuhmacher — II., Miesbachgasse 7.
Šweda Johann — Schuhmacher — II., Taborstraße 67.
Wowarnik Felix — Spengler — III., Dietrichgasse 23.
Schwimmer Sarah — Spirituosen-Verschleiß in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — II., Taborstraße 55.
Weißglas Mina — Spirituosen- und Thee-Verschleiß — III., Mohsg. 25.
Oliva Anton — Tischler — X., Sennefeldergasse 42.
Pilat Wenzel — Tischler — XVI., Ottakring, Gablenzgasse 18.
Vokoun Josef — Tischler — XVI., Neulerchenfeld, Burggasse 30.
Patz Louis — Vermittlung und Verwertung von Privilegien — IV., Frankenberggasse 8.
Orlik Anna — Victualien-Verschleiß — IX., Porzellangasse 52.
Palka Florian — Victualien-Verschleiß — VI., Hofmühlgasse 20.
Moser Olga — Wein-Verschleiß in geschlossenen Gefäßen — III., Hauptstraße 88.
Bauer Wilhelmine — Weißnäherin — IV., Alleegasse 54.
Seifert Wilhelm — Wirkwaren-Erzeugung — VI., Mittelgasse 23.
Heyer Karl — Zinngießer — IV., Paniglgasse 19.
Chiger Nathan — Zuckerbäcker — II., Herminengasse 21.

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 24. November 1893.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Josef Müller und Dr. Stenzl wegen Fernbleibens 2355
2. Danksagung des Präsidiums des Oberlandesgerichtes für das Entgegenkommen der Gemeinde anläßlich der Unterbringung ärarischer Ämter im neuen Amtshause in Döbling 2355
3. Spenden der Direction der Ersten österr. Sparcassa 2355
4. Spenden der Erben nach den Herren Abraham und Hermann May 2355
5. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Trambauer, betreffend das Erscheinen der Sitzungsberichte des Stadtrathes im Amtsblatte 2355
6. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Mareſch, betreffend den Verkauf der am Galitzynberge gelegenen städtischen Baugründe 2356
7. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Herold, betreffend das seitens der Anglobank überreichte Project für die Erbauung einer elektrischen Bahn in Wien 2356
Interpellationen:
8. Gem.-Rath Dr. Lueger, betreffend die Nichterfüllung der Bedingungen der Grufterhaltungswidmung rücksichtlich der gräflich Vecſey'schen Grüfte am Hietzinger Friedhofe 2356
9. Gem.-Rath Seiler, betreffend die Überwachung der Gemeindeanstalten durch den Stadtrath 2358
10. Gem.-Rath Sauerborn, betreffend die nicht gerechtfertigte Einhebung von Zuständigkeitstaxen 2358
Anträge:
11. Gem.-Rath Becker, betreffend die Regulierung der verlängerten Wolfganggasse in Neumargarethen 2358
12. Gem.-Rath Schlögl, betreffend die Neubepflanzung des Henriettenplatzes im XV. Bezirke 2358
13. Gem.-Rath Rauscher, betreffend die definitive Anstellung des städtischen Sanitätsaufseherpersonales 2358
Referate:
14. Gem.-Rath Dr. v. Billing, betreffend Bewilligung von Weihnachts-Subventionen an verschiedene Corporationen 2359
15. Derſelbe, betreffend die Subventionierung des humanitären Vereines der „Wilhelmsdorfer Kinderfreunde" in Meidling . . 2373
16. Derſelbe, betreffend die Subventionierung des pädagogischen Vereines in Hernals für die Volksbibliothek 2373
17. Derſelbe, betreffend die Vorschreibung der Canalräumungsgebüren in den neuen Bezirken pro 1894 2373
18. Derſelbe, betreffend die Erhöhung des Monatslohnes der Wächter im Ybbſer Versorgungshause 2374
Stadtrath:
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 16. November 1893 . . . 2374
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 17. November 1893 . . . 2378
Allgemeine Nachrichten:
Gemeinderath Michael Buſchan jun. † 2382
Amtslocalitäten im XIX. Bezirke 2382
Schulnachrichten:
Bezirksschulrath der Stadt Wien 2382
Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt vom 19. bis 25. November 1893 2382
Pferdemarkt vom 24. November 1893 2383
Schlachtviehmarkt vom 27. November 1893 2383
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 25. November 1893 2384
Städtisches Lagerhaus 2384
Gewerbeangelegenheiten:
Ergänzungswahlen der genossenschaftlichen Krankencassa 2384
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 23. bis 27. November 1893 . . 2384
Gewerbeanmeldungen 2385
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich Edler v. Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. V. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Walfischgasse 10.